

Sonderdruck aus:

# Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Hans-Uwe Bach, Hans Kohler, Emil Magvas,  
Leo Pusse, Eugen Spitznagel

Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland  
in den Jahren 1998 und 1999

## **Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)**

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunkt-Heft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

### *Hinweise für Autorinnen und Autoren*

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter [http://doku.iab.de/mittab/hinweise\\_mittab.pdf](http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf). Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de)).

### **Herausgeber**

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)  
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB  
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim  
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover  
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin  
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.  
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau  
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

### **Begründer und frühere Mitherausgeber**

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

### **Redaktion**

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: [ulrike.kress@iab.de](mailto:ulrike.kress@iab.de): (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: [gerd.peters@iab.de](mailto:gerd.peters@iab.de): (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de): Telefax (09 11) 1 79 59 99.

### **Rechte**

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

### **Herstellung**

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

### **Verlag**

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: [waltraud.metzger@kohlhammer.de](mailto:waltraud.metzger@kohlhammer.de), Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

### **Bezugsbedingungen**

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

### **Zitierweise:**

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)  
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)  
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

**Internet:** <http://www.iab.de>

# Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1998 und 1999

Hans-Uwe Bach, Hans Kohler, Emil Magvas, Leo Pusse, Eugen Spitznagel\*

- Derzeit bestehen außergewöhnlich große Unsicherheiten im Hinblick auf die künftige Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Angesichts dessen legen wir unserer Alternativprojektion eine große Bandbreite bei den Annahmen für das reale Wirtschaftswachstum zugrunde: Sie schließt die Möglichkeit eines leichten konjunkturellen Rückschlags (Bruttoinlandsprodukt: + 1 %) ebenso wenig aus wie eine Fortsetzung des Aufschwungs mit weiterhin kräftigem Wachstum (+ 3 %).

- Die *größte Eintreffenswahrscheinlichkeit* geben wir heute aber der *mittleren Variante* (+ 2 %). Selbst diese wirft auf den Arbeitsmarkt in Deutschland mehr Schatten als Licht, denn die Beschäftigung wird sich dann nicht mehr auf dem bisherigen Entwicklungspfad weiterbewegen, sondern im Verlauf des Jahres erneut sinken. Dennoch nimmt die Zahl der registrierten Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr weiter ab, weil der Rückgang des Erwerbspersonenpotentials um rd. 0,2 Mio Personen die Arbeitsmarktbilanz auf der Angebotsseite entlastet. Im Jahresdurchschnitt erwarten wir dann knapp 4,1 Mio Arbeitslose, rd. 200.000 weniger als im Vorjahr.

- Ein *pessimistisches Szenario* liegt der Variante I zugrunde. Das unterstellte jahresdurchschnittliche Wachstum der Wirtschaft in Höhe von 1 % ergibt sich allein aus der günstigen Entwicklung des Vorjahres: Würde die gesamtwirtschaftliche Produktion (saisonbereinigt) zunächst leicht sinken und dann wieder wachsen, so ergäbe sich im Jahresdurchschnitt diese leichte Zunahme. Es handelt sich hierbei also nicht um ein ausgeprägtes Krisenszenario.

Für den Arbeitsmarkt wäre dies aber ein schmerzhafter Rückschlag, denn es wäre mit einem kräftigen Beschäftigungsrückgang zu rechnen (- 0,3 % bzw. - 100.000 im Jahresdurchschnitt). Die Entlastung auf der Angebotsseite der Arbeitsmarktbilanz würde dies zwar ausgleichen, dennoch wäre im Jahresverlauf – von Saisonbewegungen abgesehen – keine weitere Abnahme der Arbeitslosenzahl zu erwarten. Der Rückgang in jahresdurchschnittlicher Rechnung (um rd. - 120.000 auf knapp 4,2 Mio) ergäbe sich dann allein aus dem relativ niedrigen Jahresanfangsstand.

- Ein *optimistisches Szenario* liegt der Variante III zugrunde: Würde sich die Exportnachfrage als robust erweisen und nur vorübergehend zur Schwäche neigen, so könnte sich – aufs Jahr gesehen – eine wirtschaftliche Aufwärtsbewegung auf breitem Fundament durchsetzen (BIP: + 3 %). Diesem Szenario geben wir aus heutiger Sicht nur eine geringe Eintreffenswahrscheinlichkeit. Unter solch günstigen Bedingungen erwarten wir eine Zunahme der Erwerbstätigkeit um 0,5 % bzw. 160.000 auf 34,1 Mio Personen im Jahresdurchschnitt 1999. Die Arbeitslosenzahl könnte um fast 0,3 Mio auf knapp 4 Mio sinken. Dazu trägt der Rückgang des Erwerbspersonenpotentials entlastend bei.

- Die Arbeitsmarktprojektion wird ergänzt durch die Darstellung von grundlegenden Zusammenhängen zwischen Außenwirtschaft, Produktion und Beschäftigung sowie die Erläuterung von Entwicklungen in den aktuellen weltwirtschaftlichen Krisenregionen. Anschließend werden Tendenzen im Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe und in Bereichen des Dienstleistungssektors dargestellt. Schließlich werden Strukturen, Veränderungen und Potentiale im Bereich der Teilzeitarbeit aufgezeigt.

## Gliederung

1 Die Ausgangslage: Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsmarktbilanz im Jahre 1998

1.1 Alte Bundesländer

1.2 Neue Bundesländer

2 Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsmarktbilanz im Jahr 1999

2.1 Gesamtsituation – Auf des Messers Schneide?

2.2 Alte Bundesländer

2.3 Neue Bundesländer

2.4 Arbeitsmarktpolitik – Verstetigung auf hohem Niveau angestrebt

2.5 Gesamtbetrachtung – Keine durchgreifende Besserung in Sicht

3 Ausgewählte Aspekte der Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt

3.1 Risiken aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld

3.2 Sektorale Entwicklungen divergieren

3.3 Begrenzte Potentiale für mehr Teilzeitbeschäftigung

Tabellen

\* Hans-Uwe Bach, Hans Kohler, Emil Magvas, Leo Pusse, Eugen Spitznagel sind Mitarbeiter im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren.  
Redaktionsschluß: 31. März 1999.

Eckdaten der Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung 1999

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999		
									Var. I	Var. II	Var. III

**A. Die Nachfrage nach Arbeitskräften**

<b>Bruttoinlandsprodukt (real)</b> West (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	West	+ 5,0	+ 1,8	- 2,0	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,1	+ 2,3	+ 2,8	+ 1,0	+ 2,0	+ 3,0
	Ost	- 19,2	+ 7,8	+ 9,3	+ 9,6	+ 4,4	+ 3,2	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,3	+ 2,0	+ 2,8
	Insg.	+ 2,8	+ 2,2	- 1,2	+ 2,7	+ 1,2	+ 1,3	+ 2,2	+ 2,8	+ 1,0	+ 2,0	+ 3,0
<b>Stundenproduktivität</b>	West	+ 3,7	+ 0,2	+ 0,7	+ 3,4	+ 2,9	+ 2,4	+ 3,5	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,7	+ 2,1
	Ost	+ 10,2	+ 7,4	+ 10,6	+ 9,8	+ 5,5	+ 6,0	+ 5,6	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,4
	Insg.	+ 8,9	+ 0,8	+ 1,3	+ 3,8	+ 3,0	+ 2,9	+ 4,0	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,2
<b>Arbeitsvolumen</b>	West	+ 1,3	+ 1,6	- 2,8	- 1,3	- 1,9	- 1,3	- 1,2	+ 0,8	- 0,3	+ 0,3	+ 0,9
	Ost	- 26,7	+ 0,4	- 1,1	- 0,2	- 1,0	- 2,6	- 3,7	+ 0,5	- 0,7	- 0,1	+ 0,4
	Insg.	- 5,6	+ 1,4	- 2,5	- 1,1	- 1,8	- 1,6	- 1,7	+ 0,8	- 0,4	+ 0,2	+ 0,8
<b>Durchschnittl. Arbeitszeit</b>	West	- 1,2	+ 0,7	- 1,2	- 0,1	- 1,3	- 0,2	- 0,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,1	+ 0,3
	Ost	- 11,7	+ 15,1	+ 1,6	- 1,9	- 2,0	- 0,6	- 0,7	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,6
	Insg.	- 3,5	+ 3,3	- 0,7	- 0,4	- 1,4	- 0,3	- 0,4	+ 0,7	- 0,1	+ 0,1	+ 0,3

<b>Erwerbstätige</b> (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	West	+ 2,5	+ 0,9	- 1,5	- 1,2	- 0,7	- 1,1	- 1,0	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,6
	Ost	- 17,0	- 12,8	- 2,6	+ 1,8	+ 1,0	- 2,0	- 3,0	- 0,4	- 0,8	- 0,5	- 0,2
	Insg.	- 2,1	- 1,8	- 1,7	- 0,7	- 0,4	- 1,3	- 1,3	+ 0,0	- 0,3	+ 0,1	+ 0,5
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000)	West	+ 710	+ 268	- 455	- 346	- 192	- 308	- 272	+ 31	- 50	+ 50	+ 170
	Ost	- 1499	- 934	- 168	+ 111	+ 66	- 129	- 189	- 23	- 50	- 30	- 10
	Insg.	- 789	- 666	- 623	- 235	- 126	- 437	- 461	+ 8	- 100	+ 20	+ 160
(Jahresdurchschnitte in 1000)	West	29.189	29.457	29.002	28.656	28.464	28.156	27.884	27.915	27.865	27.965	28.085
	Ost	7.321	6.387	6.219	6.330	6.396	6.267	6.078	6.055	6.005	6.025	6.045
	Insg.	36.510	35.844	35.221	34.986	34.860	34.423	33.962	33.970	33.870	33.990	34.130

**B. Das Angebot an Arbeitskräften**

<b>Erwerbspersonenpotential</b> (Jahresdurchschnitte in 1000)	West	32.133	32.525	32.698	32.707	32.750	32.781	32.823	32.744	32.598	32.598	32.598
	Ost	8.961	8.836	8.731	8.612	8.467	8.345	8.227	8.151	8.078	8.078	8.078
	Insg.	41.094	41.361	41.429	41.319	41.217	41.126	41.050	40.895	40.677	40.677	40.677
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000)	West	+ 431	+ 392	+ 173	+ 9	+ 43	+ 31	+ 43	- 79	- 146	- 146	- 146
	Ost	- 296	- 125	- 105	- 119	- 145	- 122	- 119	- 76	- 72	- 72	- 72
	Insg.	+ 135	+ 267	+ 68	- 110	- 102	- 91	- 76	- 156	- 218	- 218	- 218
davon: Demographie	West	- 92	- 90	- 112	- 158	- 180	- 162	- 128	- 140	- 198	- 198	- 198
	Ost	- 52	- 28	- 27	- 39	- 48	- 45	- 29	- 21	- 32	- 32	- 32
	Insg.	- 144	- 118	- 139	- 197	- 228	- 207	- 157	- 161	- 230	- 230	- 230
Verhaltenskomponente	West	- 165	- 99	- 45	- 25	+ 13	+ 29	+ 77	+ 77	+ 87	+ 87	+ 87
	Ost	+ 117	+ 40	- 93	- 82	- 105	- 103	- 88	- 44	- 44	- 44	- 44
	Insg.	- 48	- 59	- 138	- 107	- 92	- 74	- 11	+ 33	+ 43	+ 43	+ 43
Wanderungseffekte und Pendlersaldo	West	+ 688	+ 581	+ 330	+ 192	+ 210	+ 164	+ 94	- 16	- 35	- 35	- 35
	Ost	- 361	- 137	+ 15	+ 2	+ 8	+ 26	- 2	- 11	+ 4	+ 4	+ 4
	Insg.	+ 327	+ 444	+ 345	+ 194	+ 218	+ 190	+ 92	- 28	- 31	- 31	- 31

**C. Die Arbeitsmarktbilanz**

<b>Registrierte Arbeitslose</b> (Jahresdurchschnitte in 1000)	West	1.689	1.808	2.270	2.556	2.565	2.796	3.021	2.904	2.818	2.752	2.672
	Ost	913	1.170	1.149	1.142	1.047	1.169	1.364	1.375	1.343	1.330	1.317
	Insg.	2.602	2.978	3.419	3.698	3.612	3.965	4.385	4.279	4.161	4.081	3.988
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000)	West	- 194	+ 119	+ 462	+ 286	+ 9	+ 231	+ 225	- 117	- 86	- 152	- 232
	Ost	+ 673	+ 257	- 21	- 7	- 95	+ 122	+ 195	+ 11	- 32	- 45	- 58
	Insg.	+ 479	+ 376	+ 441	+ 279	- 86	+ 353	+ 420	- 106	- 118	- 198	- 291
Arbeitslosenquoten (in % aller Erwerbspersonen)	West	5,7	5,9	7,3	8,2	8,3	9,1	9,8	9,3	9,1	8,8	8,6
	Ost	11,1	15,4	15,1	15,2	14,0	15,7	18,1	18,2	18,0	17,8	17,6
	Insg.	6,7	7,7	8,9	9,6	9,4	10,4	11,4	11,1	10,9	10,6	10,4

<b>Stille Reserve</b> (Jahresdurchschnitte in 1000)	West	1.255	1.260	1.426	1.495	1.721	1.829	1.918	1.925	1.915	1.882	1.842
	Ost	727	1.279	1.363	1.140	1.024	909	785	721	730	723	717
	Insg.	1.982	2.539	2.789	2.635	2.745	2.738	2.703	2.646	2.645	2.605	2.559
davon: Stille Reserve im engeren Sinn	West	809	802	925	1.010	1.207	1.305	1.456	1.516	1.479	1.446	1.406
	Ost	17	69	172	235	383	437	433	428	430	423	417
	Insg.	826	871	1.097	1.245	1.590	1.742	1.889	1.944	1.909	1.869	1.823
Stille Reserve in Maßnahmen	West	446	458	501	485	514	524	462	409	436	436	436
	Ost	710	1.210	1.191	905	642	472	352	293	300	300	300
	Insg.	1.156	1.668	1.692	1.390	1.155	996	814	702	736	736	736

Quelle: Berechnungen des IAB

## 1 Die Ausgangslage: Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsmarktbilanz im Jahre 1998

Die wirtschaftliche Entwicklung und der Arbeitsmarkt standen im Jahr 1998 in mehrfacher Hinsicht im Zeichen eines Umbruchs:

- Der wirtschaftliche Aufschwung gewann im Verlauf des Jahres 1998 an Festigkeit und Breite, nachdem die kräftige Außennachfrage im Zusammenwirken mit verbesserten Angebotsbedingungen im Jahr 1997 eine wirtschaftliche Belebung in Gang gesetzt hatte. Die anhaltend moderate Lohnentwicklung, weiter sinkende Lohnstückkosten und Zinsen, annähernd stabile Preise und höhere Unternehmenserträge sorgten erneut für insgesamt bessere Bedingungen auf der Angebotsseite. Zwar wurde zunehmend auch die Binnennachfrage erfaßt, aber dennoch hielt sie mit der Außennachfrage wieder nicht Schritt, denn die Anlageinvestitionen kamen nur allmählich in Schwung und vom privaten Verbrauch gingen nur relativ schwache Impulse aus. Die reale *gesamtwirtschaftliche Produktion* von Waren und Dienstleistungen stieg im Jahr 1998 zwar um 2,8 % an (1997: + 2,2 %), aber von einem nachhaltigen, eigendynamischen Aufschwung kann bislang nicht die Rede sein.

- Bis zur Mitte des Jahres 1998 zeigten die Lagebeurteilung und die Zukunftserwartungen der Wirtschaft im Ganzen eine Aufhellung des *Wirtschaftsklimas* an. Im Verlauf der zweiten Jahreshälfte haben sich jedoch wichtige Konjunkturindikatoren verschlechtert, wohl stark beeinflusst von krisenhaften Wirtschaftsentwicklungen in Südostasien, Japan, Rußland und Lateinamerika. Die Zuversicht nimmt seit Monaten tendenziell ab. Seit Oktober überwiegen im exportintensiven Verarbeitenden Gewerbe die pessimistischen Einschätzungen der Betriebe (vgl. Schaubilder 1a und 1b).

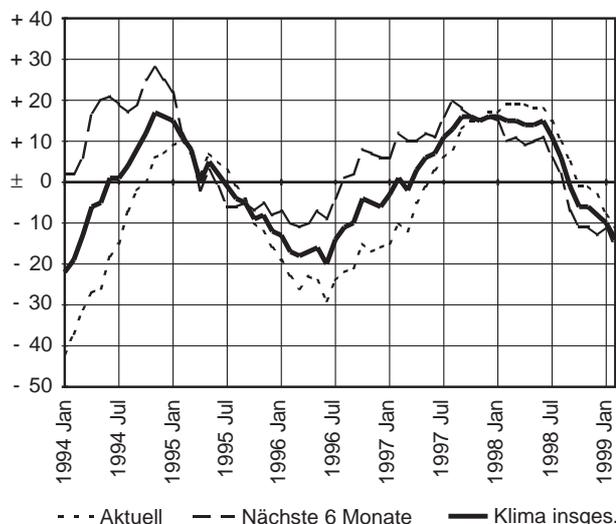
- Waren die Wachstumsimpulse 1997 noch zu schwach gewesen, um eine Wende am Arbeitsmarkt in Deutschland herbeizuführen, so hat sich der positive Zusammenhang zwischen Nachfrage-, Produktions- und Beschäftigungsentwicklung im Jahr 1998 durchgesetzt. Zum Jahresbeginn wendete sich die Beschäftigungsentwicklung, und die Zahl der *Erwerbstätigen* stieg im weiteren Verlauf stetig an. Auch beschäftigungsschaffende Maßnahmen in Ostdeutschland haben dazu beigetragen. Allerdings wurden kaum mehr als die Arbeitsplatzverluste des Vorjahres wettgemacht. Mit rd. 34 Mio übertraf die jahresdurchschnittliche Erwerbstätigenzahl den Vorjahresstand nur knapp (+ 10 000 Personen). Erstmals seit sechs Jahren gingen damit von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der Arbeitsnachfrage keine belastenden Impulse mehr aus (vgl. Tabelle 1).

- Das gesamtwirtschaftliche effektive *Arbeitsvolumen* stieg deutlich an (+ 0,8 %), denn die Arbeitnehmer leisteten im Durchschnitt mehr Arbeitsstunden als in den Jahren davor, weil es kalenderbedingt mehr Arbeitstage gab.

- Nachdem der Einsatz *arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen* im Jahr 1997 spürbar eingeschränkt worden war, konnten im Jahresverlauf 1998 wieder erheblich mehr Personen gefördert werden, vor allem in den neuen Bundesländern. Diese Entwicklung hat den Arbeitsmarkt zunehmend entlastet.

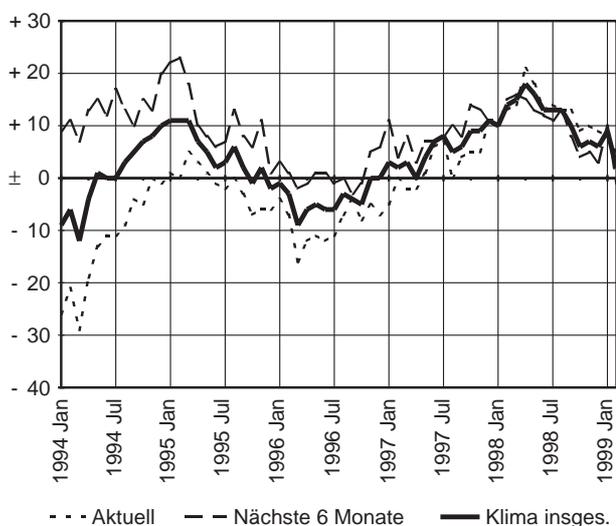
- Das *Erwerbspersonenpotential* nahm 1998 erheblich stärker ab als im Vorjahr. Nachdem die Außenwanderungsbilanz 1997 noch einen deutlichen Zuwanderungsüberschuß ergeben hatte, war 1998 erstmals ein Abwanderungsüberschuß zu verzeichnen. Deshalb kamen die demographisch bedingten Entlastungen beim Arbeitsangebot insgesamt stärker zum

Schaubild 1a: Wirtschaftsklima im Verarbeitenden Gewerbe (West) – saisonbereinigt



Quelle: ifo-Konjunkturtest

Schaubild 1b: Wirtschaftsklima im Verarbeitenden Gewerbe (Ost) – saisonbereinigt



Quelle: ifo-Konjunkturtest

Tragen als im Vorjahr (vgl. Tabellen 2a und 2b). Der Rückgang des Erwerbspersonenpotentials in Deutschland war 1998 mit rd. - 160 000 Personen doppelt so groß wie im Jahr davor (rd. - 80 000 Personen).

- Dem kräftigen Anstieg der *Arbeitslosenzahl* im Jahr 1997 folgte ein, von jahreszeitlichen Schwankungen abgesehen, stetiger und kräftiger Rückgang von Beginn des Jahres 1998 an. Durch positive konjunkturelle und arbeitsmarktpolitische Impulse sowie v. a. aufgrund von Entlastungen beim Arbeitsangebot wurde aber nur ein Teil der Hypothek des Vorjahres abgetragen: Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ging um rd. 100 000 auf knapp 4,3 Mio zurück, nachdem sie 1997 um gut 400 000 auf fast 4,4 Mio Personen angestiegen war.

Den weiteren Ausführungen sei eine methodische Anmerkung vorangestellt: Das Statistische Bundesamt wird Ende April 1999 Ergebnisse einer sog. großen Revision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vorlegen. Damit ändert sich die Datenbasis für Arbeitsmarktanalysen und -projektio-

nen. Die Ergebnisse unserer Untersuchung sind auf dieser neuen Grundlage zu überprüfen.

### 1.1 Alte Bundesländer

#### *Arbeitsnachfrage zog leicht an*

Das *Bruttoinlandsprodukt* in Westdeutschland ist von Quartal zu Quartal mit fast unvermindertem Tempo gewachsen. Die jährliche Wachstumsrate ist überhangbedingt dennoch um 0,5 %-Punkte größer gewesen als im Vorjahr. Zu dieser Entwicklung trug mehr und mehr die inländische Nachfrage nach Investitionsgütern bei. Besonders lebhaft entwickelten sich der Maschinenbau, der Straßenfahrzeugbau und die Herstellung von elektrotechnischen Investitionsgütern sowie von Büromaschinen und DV-Geräten. Auch vom privaten Verbrauch gingen etwas stärkere Impulse aus als bisher. Die Stabilisierung der Baunachfrage festigte sich, und im zweiten Halbjahr 1998 konnten hier bereits wieder leichte Produktionszuwächse beobachtet werden. Die Dynamik der Auslandsnachfrage blieb treibende Kraft, hat aber allmählich nachgelassen. Die in weiten Bereichen gute Auftragslage hat aber die Produktion zunächst gesichert.

Alles in allem war im Jahr 1998 in Westdeutschland ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 2,8 % zu verzeichnen. Mögliche wachstumsdämpfende Einflüsse der Asienkrise dürften noch nicht durchgeschlagen haben.

Die durchschnittliche *jährliche Arbeitszeit* je Erwerbstätigen nahm 1998 um 0,7 % zu (vgl. Tabellen 1 und 3a). Kalenderbedingt gab es 0,8 % mehr Arbeitstage. Die tägliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer war etwas kürzer als im Vorjahresdurchschnitt (- 0,1 %). Die einzelnen Arbeitszeitkomponenten entwickelten sich teils gegenläufig. Die tarifliche Arbeitszeit wurde zwar in verschiedenen kleinen regionalen Fachbereichen verkürzt. Auf alle Arbeitnehmer gerechnet fielen diese Einflüsse aber nicht ins Gewicht. Die Teilzeitarbeit hat weiter zugenommen, sowohl bei sozialversicherungspflichtigen als auch infolge von mehr geringfügigen Beschäftigungen. Die konjunkturellen Arbeitszeitkomponenten (weniger Kurzarbeit, etwas mehr Überstunden) sowie der erneut leicht niedrigere Krankenstand wirkten sich arbeitszeitverlängernd aus.

Infolge der lebhaften Wirtschaftsentwicklung ist das Volumen der bezahlten Überstunden im Jahr 1998 leicht auf 1,59 Mrd Stunden angestiegen (Vorjahr: 1,57 Mrd Stunden). Die Zunahme ist schwächer ausgefallen als in früheren Jahren mit vergleichbar starker konjunktureller Entwicklung. Dazu dürfte die kalenderbedingte Zunahme der jährlichen Arbeitstage beigetragen haben, die den Betrieben mehr Spielraum für Warenproduktion und Dienstleistungen eröffneten. Eine wichtige Rolle dürfte auch die immer weitere Verbreitung flexibler Arbeitszeitregelungen gespielt haben. Die Überstunden werden hier in der Regel *nicht* bezahlt, sondern in Freizeit ausgeglichen, wenn die Zeiten konjunkturell oder saisonbedingt ruhiger sind. Nach Meldungen aus einzelnen Wirtschaftsbereichen haben sie erheblichen Umfang angenommen.<sup>1</sup> Das gesamtwirtschaftliche Volumen solcher transitorischer Überstunden ist allerdings nicht genau zu beziffern.

Die Zahl der *Erwerbstätigen* übertraf im Jahresdurchschnitt 1998 knapp den Vorjahresstand (+ 0,1 % bzw. + 30 000 Per-

sonen). Die effektive gesamtwirtschaftliche Arbeitskräftenachfrage hat 1998 erstmals seit fünf Jahren wieder zugenommen, wenn auch nur schwach (vgl. Tabelle 1). Seit Jahresbeginn zeigte die (saisonbereinigte) Beschäftigung steigende Tendenz. Beschäftigungschaffende Maßnahmen haben diese Entwicklung nicht nennenswert beeinflusst, denn die Zahl der in Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM) und Struktur Anpassungsmaßnahmen (SAM) geförderten Personen ist gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig angestiegen (um 4 000 auf rd. 71 000 im Jahresdurchschnitt).

Das gesamtwirtschaftliche *Arbeitsvolumen* stieg um 0,8 % auf 43,6 Mrd. geleistete Jahresarbeitsstunden an. Für die *Arbeitsproduktivität* (je Stunde) resultierte aus dieser Konstellation von Produktion, Arbeitszeit und Erwerbstätigkeit eine Zunahme um 2,0 %.

#### *Arbeitsangebot nahm ab*

Nach Jahren zunehmenden Arbeitsangebots in den alten Bundesländern ergibt die Summe der Veränderungen aller das Angebot bestimmenden Komponenten für 1998 erstmals eine Abnahme des *Erwerbspersonenpotentials* (- 80 000 Personen). Die einzelnen Potentialkomponenten trugen zu diesem Saldo folgendermaßen bei (vgl. Tabelle 2a):

- Bevölkerung (Demographie): - 140 000 Personen,
- Erwerbsverhalten: + 77 000 Personen,
- Wanderungssaldo: - 16 000 Personen,
- Pendlersaldo: wenig Änderung

Die Effekte aus demographischer Entwicklung und Erwerbsbeteiligung entsprechen der Größenordnung nach etwa den Vorjahresveränderungen. Die Wanderungsbeziehungen insbesondere mit dem Ausland sind grundsätzlich schwieriger einzuschätzen. Zur Zeit liegen die Ergebnisse der Gesamtwanderungsstatistik nur bis zum 1. Halbjahr 1998 vor. Für die beiden Zuwanderungsgruppen der Spätaussiedler und der Asylbewerber gibt es aktuellere Daten. Für die Schätzung der Jahresgrößen 1998 wurden die letztverfügbaren Entwicklungstendenzen berücksichtigt.

Im einzelnen bedeutet das für 1998 erneut geringere Zuzugszahlen von Spätaussiedlern und Asylbewerbern. So wurden in Deutschland insgesamt 103 000 Spätaussiedler registriert, rd. 30 000 weniger als 1997. Davon verbleiben rd. 82 000 in den alten Bundesländern. Als Hauptgründe für die abnehmenden Aussiedlerzahlen sind zu nennen: Hoffnung auf Besserung ihrer wirtschaftlichen Situation in den Herkunftsländern, Nichtbestehen des Sprachtests sowie befürchtete Eingliederungsprobleme in Deutschland.

1998 gab es rd. 100 000 neue Asylsuchende für das Bundesgebiet insgesamt (Vorjahr: + 104 000), von denen 80 % auf das Bundesgebiet West entfallen dürften. Ausschlaggebend für diese Entwicklung ist die in Gang gekommene Befriedung in Teilen des ehemaligen Jugoslawiens. Für die aktuelle Entwicklung des Arbeitsangebots ist bedeutsam, daß seit Mai 1997 für neu eingereiste Asylbewerber keine Arbeits-erlaubnisse mehr erteilt werden. Deshalb dürfte sich aus den Asylzuwanderungen der Folgemonate keine Zunahme des Arbeitsangebots ergeben haben.

Vor Jahresfrist hatten wir den Potentialrückgang noch größer eingeschätzt. Vor allem die Rückwanderung von Kriegsflüchtlings nach Bosnien-Herzegowina blieb hinter unseren damaligen Einschätzungen zurück.

#### *Arbeitsmarktbilanz verbesserte sich leicht*

Erstmals seit vielen Jahren ließ der Angebotsdruck auf den Arbeitsmarkt in den alten Bundesländern nach (- 80 000). Die

<sup>1</sup> So berichtet z. B. der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA), daß die Flexibilisierung mit Arbeitszeitkonten zusätzliche Spielräume eröffnet habe (vgl. Jahrespressekonferenz des VDMA vom 11. März 1999). GESAMTMETALL schätzt, daß 0,5 % der in der Metall- und Elektroindustrie 1998 insgesamt geleisteten Stunden auf Zeitkonten gutgeschrieben wurden (vgl. Geschäftsbericht 1998).

Entlastung auf der Nachfrageseite war erheblich geringer (+ 30 000 Erwerbstätige).

Im Jahresdurchschnitt 1998 haben die Arbeitsämter rd. 2,9 Mio *Arbeitslose* registriert, das waren immerhin rd. 120 000 weniger als im Vorjahr (vgl. Tabelle 1). Zum Jahresende hin betrug der Vorjahresabstand fast 200 000. Die *Stille Reserve in Maßnahmen* nahm ebenfalls ab (jahresdurchschnittlicher Bestand: gut 0,4 Mio). Vor allem die rückläufige Zahl von Teilnehmern an beruflicher Weiterbildung und Personen in vorruhestandsähnlichen Maßnahmen ließ sie sinken. Die *Stille Reserve im engeren Sinne* nahm gegenüber dem Vorjahr um ca. 60.000 Personen zu (Bestand: rd. 1,5 Mio Personen). Hier spielt auch herein, daß Leistungsempfänger, die ihre Meldung beim Arbeitsamt nicht rechtzeitig erneuern, seit April 1998 nicht im Register geführt werden. Jene Personen unter ihnen, die sich nach einiger Zeit wieder zurückgemeldet haben, werden bilanzanalytisch für den Ausfallzeitraum der Stillen Reserve im engeren Sinne zugeordnet; sie wurden in dieser Zeit nicht als Arbeitslose gezählt. Diejenigen, die sich nicht zurückgemeldet haben (25 – 30 %), lassen sich keinem Konto eindeutig zuordnen. Ein Teil von ihnen dürfte erwerbstätig geworden sein, ein anderer Teil hat sich in die Nichterwerbstätigkeit zurückgezogen, letztlich müssen wohl auch einige von ihnen der Stillen Reserve im engeren Sinne zugeordnet werden.

## 1.2 Neue Bundesländer

### *Arbeitsnachfrage durch beschäftigungsschaffende Maßnahmen gestützt*

Die wirtschaftliche Entwicklung hat sich im Jahr 1998 in den neuen Bundesländern leicht belebt, aber die gesamtwirtschaftliche Produktion ist erneut schwächer gewachsen als in Westdeutschland. Das Wachstumsgefälle betrug fast 1 Prozentpunkt.

Die kräftige Produktionszunahme in Teilen des Verarbeitenden Gewerbes schlägt bislang gesamtwirtschaftlich noch nicht stark zu Buche, weil der Anteil dieses Sektors an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung immer noch relativ gering ist. Umgekehrt schrumpfte das Baugewerbe, das aber nach wie vor einen relativ hohen Wertschöpfungsanteil aufweist, weiter. Vom Dienstleistungssektor gingen vergleichsweise Wachstumsimpulse aus.

Das *reale Bruttoinlandsprodukt* ist in Ostdeutschland 1998 um 2,0 % gestiegen. Das Wirtschaftswachstum ist damit noch weiter als im Vorjahr hinter der Entwicklung in den alten Bundesländern zurückgeblieben.

Die durchschnittliche *Jahresarbeitszeit* der Erwerbstätigen nahm 1998 um 0,9 % zu (vgl. Tabellen 1 und 3b). Ein Teil der kalenderbedingten, außergewöhnlich kräftigen Mehrung der Arbeitstage (+ 1,2 %) wurde kompensiert durch die (teils gegenläufigen) anderen Arbeitszeitkomponenten. Während die tarifliche Arbeitszeit leicht verkürzt wurde und Teilzeitarbeit sich weiter verbreitete, wirkten die konjunkturellen Komponenten (weniger Kurzarbeit, etwas mehr Überstunden) sowie der leicht rückläufige Krankenstand arbeitszeitverlängernd. Mit der insgesamt verhaltenen Wirtschaftsentwicklung ist das Volumen der bezahlten Überstunden im Jahr 1998 nur schwach auf 0,23 Mrd Stunden angestiegen. Wie im Westen dürften kalenderbedingt mehr Arbeitstage und anhaltende Verbreitung flexibler Arbeitszeitregelungen den Anstieg gebremst haben. Das Polster transitorischer Überstunden ist allerdings nicht quantifizierbar. U. a. aufgrund der im ganzen schwächeren Wirtschaftsentwicklung dürften sie aber weni-

ger ins Gewicht fallen als im Westen. Alles in allem nahm die tägliche Arbeitszeit ab (- 0,3 %).

Die Zahl der *Erwerbstätigen* ist – getragen von *ABM und SAM* – im *Jahresverlauf* seit Februar (in saisonbereinigter Rechnung) angestiegen. Der zunächst sprunghafte Anstieg der Teilnehmerzahlen in diesen beschäftigungsschaffenden Maßnahmen hat zum Jahresende allmählich nachgelassen. Um die Jahreswende 1998/1999 war ein Bestand von rd. 430 000 Geförderten erreicht. Diese Zahl liegt um gut 100 000 über dem Jahresdurchschnitt.

Die Beschäftigung *außerhalb* von *ABM und SAM* ist dagegen anhaltend und kräftig geschrumpft. In jahresdurchschnittlicher Rechnung hat die Zahl der abhängig Beschäftigten im „ersten Arbeitsmarkt“ um rd. 130 000 abgenommen. Im „zweiten Arbeitsmarkt“ gab es dagegen rd. 85 000 Beschäftigte mehr als im Vorjahr. Dieser Zuwachs geht allerdings ausschließlich auf die neue Fördervariante der Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen zurück. Diese Fördervariante liegt eigentlich zwischen dem ersten und zweiten Arbeitsmarkt.

Im ganzen – einschließlich der Selbständigen und Mithelfenden (+ 30.000 Personen) – blieb die jahresdurchschnittliche Erwerbstätigenzahl unter dem Stand des Vorjahres (- 0,4 % bzw. - 20 000 Personen).

Das effektive gesamtwirtschaftliche *Arbeitsvolumen* ist im Jahr 1998 um 0,5 % auf 10,1 Mrd geleistete Arbeitsstunden angestiegen (vgl. Tabelle 1). Bei dieser Konstellation von Produktion, Arbeitszeit und Erwerbstätigkeit ergab sich für die *Produktivität* je Stunde eine Zunahme um 1,4 %, das ist ein Viertel des Vorjahresanstiegs (+ 5,6 %). Dazu haben beige-tragen

- das relativ schwache Wirtschaftswachstum,
- die produktivitätsdämpfende kalenderbedingte Zunahme der Arbeitszeit sowie
- die Zunahme von *ABM und SAM*, in denen vorwiegend arbeitsintensiv produziert wird bzw. nicht selten Einstellungen vorgezogen werden.

Ohne diese Sondereinflüsse wäre die Produktivitätsrate wohl um 1½ Prozentpunkte höher ausgefallen.

### *Arbeitsangebot kräftig gesunken*

Die Tendenz zur Abnahme des Arbeitsangebots in den neuen Bundesländern setzte sich, wenn auch abgeschwächt, 1998 fort: Im Jahresdurchschnitt dürfte sich das Erwerbsspersonspotential um rd. 80 000 Personen verringert haben. Zu dieser Abnahme trugen sowohl die *demographische Entwicklung* (rd. - 25 000) als auch die veränderte *Erwerbsbeteiligung* (rd. - 45 000) bei (vgl. Tabelle 2b). Der angebotsmindernde Einfluß von Änderungen im Erwerbsverhalten nahm ab. Die Annäherung der Bildungsbeteiligung im Osten an die Verhältnisse in den alten Bundesländern ist mittlerweile fortgeschritten, so daß die Potentialerwerbsquoten in den Altersgruppen bis zum 25. Lebensjahr nur noch wenig zurückgehen. Für die Quoten ab dem 25. Altersjahr wurde in Fortsetzung der seit 1991 zu beobachtenden Entwicklung eine erneute leichte Abnahme angenommen, wobei hier die weiterhin hohe Erwerbsneigung der ostdeutschen Frauen berücksichtigt ist.

Die Wanderungen dürften 1998 im ganzen das Potential etwas geschmälert haben. Die Pendlerbeziehungen mit den alten Bundesländern (einschließlich West-Berlin) sind in ihrer absoluten Größe zwar nach wie vor beachtlich, sie beeinflus-

ten aber wegen geringer Veränderungen die Entwicklung des Arbeitsangebots kaum.

#### *Arbeitsmarktbilanz leicht verbessert*

Die Entlastung auf der Angebotsseite (rd. - 80 000 Personen) war 1998 erheblich größer als die Belastung auf der Nachfrageseite (rd. - 20 000 Erwerbstätige).

Das ausgeprägte Ungleichgewicht der Arbeitsmarktbilanz nahm deshalb nur leicht ab. Die Komponenten des Saldo veränderten sich allerdings unterschiedlich (vgl. Tabelle 1): Die Stille Reserve in Maßnahmen verminderte sich, v.a. weil vorruhestandsähnliche Maßnahmen ausliefen und weniger Personen in beruflicher Weiterbildung gefördert wurden als im Vorjahr. Die Stille Reserve im engeren Sinne blieb dagegen fast unverändert. Es dürften infolge der Ausweitung beschäftigungsschaffender Maßnahmen Umschichtungsprozesse stattgefunden haben, da in ABM und SAM in der Regel nur registrierte Arbeitslose (v.a. Leistungsempfänger) einmünden. In die gleiche Richtung wirkten seit dem Frühjahr evtl. Meldeversäumnisse der Leistungsempfänger.

Mit knapp *1,4 Mio Arbeitslosen* im Jahresdurchschnitt 1998 wurde der Vorjahresstand leicht überschritten (+ 10 000). Im *Jahresverlauf* war allerdings saisonbereinigt ein kräftiger Rückgang zu verzeichnen, so daß die Zahl des Vorjahres im *Dezember 1998* um gut 150 000 unterschritten wurde.

## **2 Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsmarktbilanz im Jahr 1999**

### **2.1 Gesamtsituation – Auf des Messers Schneide?**

Die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1999 sind nicht schlecht. Aber es bestehen heute außergewöhnlich große Unsicherheiten im Hinblick auf die künftige Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Einerseits sind auf der Angebotsseite die Voraussetzungen für eine weiterhin kräftige Entwicklung so gut wie lange nicht mehr, denn die Zinsen sind relativ niedrig, die Ertragslage ist gut und es drohen keine externen Kostenschübe. Risiken bestehen hauptsächlich auf der Nachfrageseite. So ist fraglich, ob, wann und in welchem Umfang der Export sich erholt, auch mit Blick auf eine mögliche konjunkturelle Abkühlung in den USA. Der weitere Verlauf hängt v.a. davon ab, in welchem Umfang und mit welchem Zeitprofil die Wirtschafts- und Finanzkrisen in mehreren Weltregionen auf direktem oder indirektem Wege die Konjunktur in Deutschland beeinträchtigen werden (vgl. Abschnitt 3.1).

Hatte die lebhafte Exportnachfrage das Wachstum 1998 noch gefördert, so dürfte ihre Abschwächung die Wirtschaftsentwicklung 1999 merklich bremsen, denn andere Nachfragekomponenten werden wohl nicht entsprechend zulegen. Die Investitionstätigkeit könnte an Schwung verlieren, denn die Entwicklung der Ausrüstungen wird zwar weiter vom internationalen Wettbewerbsdruck getrieben, andererseits aber von der nachlassenden Exportnachfrage weniger gezogen. Die privaten Bauinvestitionen werden sich wohl fangen, aber zum Wachstum werden sie 1999 nur wenig beitragen. Eine auf Konsolidierung gerichtete öffentliche Finanzpolitik wird direkt nur wenig zur gesamtwirtschaftlichen Nachfrage beisteuern, auch wenn sie konjunkturbedingte Defizite hin- nimmt. Die Zunahme des größten Nachfrageaggregats, des privaten Verbrauchs, wird zwar von der steuerlichen Nettoentlastung der privaten Haushalte gestützt, hängt im wesentlichen aber von der Lohn- und Beschäftigungsentwicklung ab.

Welches gesamtwirtschaftliche Ergebnis sich letztlich im Zusammenwirken aller interdependenten Einflußgrößen einstellt, ist derzeit jedenfalls so unsicher und umstritten wie selten zuvor. Die vorliegenden Prognosen verschiedener Institute und Institutionen für das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland liegen denn auch in einem außergewöhnlich breiten Korridor, der unten mit 1 1/2 %, oben mit 2 3/4 % begrenzt ist. Angesichts dieser Unsicherheiten halten wir in unserer Alternativprojektion eine große Bandbreite bei den Annahmen für das reale Wirtschaftswachstum für angemessen: Sie schließt die Möglichkeit eines leichten konjunkturellen Rückschlags (BIP: + 1 %) ebenso wenig aus wie eine Fortsetzung des Aufschwungs mit weiterhin kräftigem Wachstum (+ 3 %). Die größte Eintreffenswahrscheinlichkeit geben wir heute aber der mittleren Variante. Das Tempo der gesamtwirtschaftlichen Expansion hat zwar seit Herbst 1998 spürbar nachgelassen, und das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im 4. Quartal (saison- und arbeitstäglich bereinigt) stagniert haben. Dennoch halten wir das Abgleiten in eine Rezession für wenig wahrscheinlich und nehmen an, daß die konjunkturellen Auftriebskräfte letztlich die Oberhand behalten. Allerdings rechnen wir mit einer zunächst flacheren Gesamtentwicklung, weil sich der Anstieg der Auslandsnachfrage weiter verlangsamen dürfte und die Abschwächung wohl nicht in vollem Umfang durch andere Nachfragekomponenten ausgeglichen wird.

Alle drei Varianten sind mit Blick auf den Arbeitsmarkt durchgerechnet worden (vgl. Tabelle 1). Im folgenden werden die Wirkungen für die *mittlere BIP-Variante* (+ 2 %) skizziert, die wir aus heutiger Sicht favorisieren. Ihr liegt die Erwartung zugrunde, daß die anfängliche Wachstumsschwäche im Jahresverlauf allmählich überwunden wird, und sich die auf Expansion gerichteten Kräfte durchsetzen.

Wir haben bei diesen *Alternativrechnungen* angenommen, daß eine schwächere Gesamtentwicklung die neuen Bundesländer zwar relativ weniger trafe, daß diese aber von einer stärkeren Gesamtentwicklung auch weniger profitieren würden. Die den Alternativrechnungen jeweils zugrundeliegenden Wachstumsannahmen sind demnach in den neuen Bundesländern weniger stark gespreizt als in den alten.

### **2.2 Alte Bundesländer**

#### *Arbeitsnachfrage stagniert*

In unserer mittleren Variante ist ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des *realen Bruttoinlandsprodukts* in Höhe von 2 % unterstellt. Dies bedeutet, daß die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion von Waren und Dienstleistungen spürbar an Schwung verliert.

Für die durchschnittlich geleistete *Jahresarbeitszeit* je Erwerbstätigen erwarten wir gegenüber dem Vorjahr nur einen leichten Anstieg (+ 0,1 %). Dies ergibt sich allerdings aus teils gegenläufigen Entwicklungen der einzelnen Arbeitszeitkomponenten. Maßgebend dafür ist (wie im Vorjahr) ein auf Verlängerung wirkender Arbeitstageeffekt (+ 0,5 %). Bei der tariflichen Arbeitszeit zeichnen sich keine größeren Veränderungen ab. Die Teilzeitarbeit dürfte weiter zunehmen. Konjunkturbedingt ist mit mehr Kurzarbeit und weniger Überstunden zu rechnen. Der Krankenstand dürfte leicht zurückgehen. Für die tägliche Arbeitszeit ergeben die einzelnen Komponenten per Saldo einen Rückgang um 0,4 %. Im ganzen gehen von der Arbeitszeitentwicklung 1999 keine spürbaren Wirkungen auf die Beschäftigung aus. Das Volumen der im Zuge der lebhaften Wirtschaftsentwicklung im

Vorjahr in Teilbereichen der Wirtschaft aufgebauten transitorischen Überstunden könnte 1999 beschäftigungssichernd eingesetzt werden, mögliche Entlastungseffekte lassen sich allerdings kaum abschätzen (vgl. Abschnitt 1.1).

Unter den Annahmen der Variante II unserer Alternativrechnung wird die Zahl der *Erwerbstätigen* 1999 mit rd. 28 Mio um 50 000 bzw. 0,2 % leicht über dem Durchschnitt des Vorjahres liegen (vgl. Tabelle 1). Im *Jahresverlauf* erwarten wir (gemessen an den saisonbereinigten Zahlen) eine schwächere Entwicklung als im Vorjahr. Die Erwerbstätigkeit dürfte zunächst eher abnehmen und im weiteren Jahresverlauf stagnieren. Der leichte Anstieg in *jahresdurchschnittlicher* Rechnung ergibt sich im wesentlichen aus dem bezogen auf den Jahresverlauf 1998 relativ hohen Stand am Anfang des Jahres 1999 (Überhang).

Bei nahezu unveränderter Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen wird das gesamtwirtschaftliche *Arbeitsvolumen* um 0,3 % größer sein als im Vorjahr. Für die *Arbeitsproduktivität* (je Stunde) resultiert daraus eine Zunahme um 1,7 % (vgl. Tabelle 1). Die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen *Arbeitsproduktivität* reflektiert sowohl die Bildung konjunktureller Auslastungsreserven aufgrund der Abschwächung des Wirtschaftswachstums als auch produktivitätsdämpfende Einflüsse der seit mehreren Jahren zurückhaltenden Lohnpolitik, die allmählich stärker zum Tragen kommen könnten. Außerdem dürfte die kalenderbedingt längere Jahresarbeitszeit die Produktivitätsentwicklung etwas dämpfen, denn nicht alle Sektoren werden sie in vollem Umfang durch Mehrproduktion auslasten bzw. durch entsprechende Reaktionen bei anderen Komponenten des Arbeitsvolumens (weniger Beschäftigte, weniger Überstunden, mehr Kurzarbeit etc.) kompensieren. So wie arbeitszeitverkürzende Faktoren z.T. die Produktivitätsentwicklung beschleunigen, dürfte diese durch den positiven Arbeitstageeffekt etwas verlangsamt werden. Wir schätzen diesen Effekt 1998 auf  $\frac{1}{4}$  Prozentpunkt. Um diesen Betrag nimmt die Produktivität weniger zu als bei unveränderter Zahl von Arbeitstagen.

#### *Arbeitsangebot entlastet stärker*

Wir erwarten im Jahr 1999 in Westdeutschland eine weitere Abnahme des *Angebots an Arbeitskräften* (um knapp - 150 000 Personen). Dieser Saldo ergibt sich aus teils gegenläufigen Komponenten (vgl. Tabellen 1 und 2a).

Wie im Vorjahr werden v.a. die angebotsmindernden *demographischen Einflüsse* wirksam. Für sich genommen ergibt sich aus der Bevölkerungsentwicklung (ohne Wanderungen) ein Rückgang des Erwerbspersonenpotentials um rd. 200 000. Langfristig wirkende negative Effekte bei der deutschen Bevölkerung (vermehrte Altersabgänge) werden durch positive Effekte der vergleichsweise jüngeren ausländischen Bevölkerung nicht aufgewogen. Angebotserhöhend wirken sich dagegen Veränderungen im *Erwerbsverhalten* aus, v.a. die weiter steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen (+ 90 000 Personen).

Aus den *Wanderungsbeziehungen* ist 1999 insgesamt eine etwa gleiche Abnahme beim Arbeitsangebot zu erwarten wie im Vorjahr (Potentialeffekt - 20 000 Personen). Die Zuzüge von Aussiedlern und Asylbewerbern dürften gegenüber dem Vorjahr unverändert bleiben, wobei letztere zunächst ohne Auswirkung auf das Arbeitsangebot bleiben. Bei den sonstigen Zuwanderungen aus dem Ausland nehmen wir an, daß die bisherige Entwicklungstendenz anhält. Infolge der anhaltenden Rückkehr von Kriegsflüchtlingen dürften die Fortzüge von Ausländern zunehmen. Der Umfang der Außenwande-

rungen wird allerdings erfahrungsgemäß auch von nicht vorhersehbaren politischen Ergebnissen beeinflusst.

Der 1998 fast ausgeglichene *Pendlersaldo* wird 1999 ins Minus umschlagen, da für die Zahl der Einpendler aus den neuen Ländern mit einem leichten Rückgang gerechnet wird, während die der Auspendler weiter leicht steigen dürfte. Diese Entwicklung entlastet das Arbeitsangebot in den alten Bundesländern aber nur in geringem Umfang (- 14 000).

#### *Arbeitsmarktbilanz etwas besser*

Wie im Vorjahr wird die westdeutsche Arbeitsmarktbilanz auf der Angebotsseite stark entlastet (- 150.000 Personen). Der Anstieg der Beschäftigung spielt demgegenüber eine bescheidene Rolle (+ 50.000 Personen, vgl. Tabelle 1).

Diese Entlastungen werden das Arbeitsmarktgleichgewicht erneut spürbar verringern. Im Jahresdurchschnitt rechnen wir für die mittlere Variante mit rd. 2,75 Mio *Arbeitslosen*, das wären rd. 150 000 weniger als im Vorjahr. Die Abbautendenz dürfte im Jahresverlauf anhalten und allmählich auch die *Stille Reserve im engeren Sinne* erfassen (- 70 000). Die *Stille Reserve in Maßnahmen* dürfte zunehmen (vgl. Tabelle 1).

### **2.3 Neue Bundesländer**

#### *Arbeitsnachfrage nimmt wieder ab*

Anders als im Vorjahr dürfte 1999 der Produktionsanstieg in Ost- und Westdeutschland etwa gleich groß sein.

Das Verarbeitende Gewerbe wird weiterhin kräftiger wachsen als im Westen, allerdings mit etwas geringeren Raten als im laufenden Jahr. Diese Entwicklung schlägt gesamtwirtschaftlich allerdings nur schwach zu Buche, weil die Wachstumsbasis noch zu schmal ist. Die erneut rückläufigen Bauleistungen drücken dagegen die Gesamtentwicklung, weil sie nach wie vor hohen Anteil an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung haben. Die Wertschöpfung im ostdeutschen Baugewerbe wird zwar erneut sinken, doch dürfte der Rückgang deutlich geringer ausfallen als im Vorjahr. Vom Dienstleistungsbereich können wieder stärkere Wachstumsimpulse als bisher erwartet werden.

Im ganzen rechnen wir in unserer mittleren Variante – wie in Westdeutschland – mit einer jahresdurchschnittlichen Zunahme des realen *Bruttoinlandsprodukts* um 2 %.

Die durchschnittliche *Jahresarbeitszeit* je Erwerbstätigen wird in den neuen Bundesländern wie im Vorjahr alles in allem spürbar zunehmen (+ 0,4 %) (vgl. Tabellen 1 und 3b). Noch stärker als in Westdeutschland schlägt hier wegen etwas anderer Feiertagsregelungen der Kalendereffekt zu Buche (+ 0,8 %). Die tarifliche Arbeitszeit nimmt im Durchschnitt aller Arbeitnehmer nur mehr wenig ab. Der Trend zu mehr Teilzeitarbeit dürfte anhalten. Arbeitszeitausfälle infolge von Kurzarbeit, Krankheit und Schlechtwetter könnten gegenüber dem Vorjahr etwa unverändert bleiben. Bei den durchschnittlichen Überstunden rechnen wir mit einem leichten Rückgang. Die Veränderungen dieser Komponenten führen in der Summe zu einem Rückgang der täglichen Arbeitszeit je Arbeitnehmer (- 0,6 %) und schmälern damit den arbeitszeitverlängernden Kalendereffekt. Zu möglichen beschäftigungssichernden Wirkungen eines Abbaus transitorischer Überstunden gilt das oben für die alten Bundesländer Gesagte entsprechend.

Die Arbeitszeitunterschiede zwischen Ost und West ist von 1994 bis 1997 zwar allmählich kleiner geworden, aber seit

dem Vorjahr kommt der Annäherungsprozeß kaum mehr voran. Wie schon 1998 dürfte die Arbeitszeitentwicklung die Beschäftigungsentwicklung 1999 nicht stützen, sondern eher leicht dämpfen.

Bei der *Arbeitsproduktivität* (je Stunde) erwarten wir eine etwas stärkere Zunahme als im Vorjahr. Hier wirken erneut mehrere, teils gegenläufige Einflüsse zusammen: Da die Löhne der Produktivitätsentwicklung vorausgeeilt sind, besteht hier ein Nachholbedarf. Es ist damit zu rechnen, daß die Betriebe weiter bemüht sind, den Kostendruck durch Produktivitätssteigerung zu mildern. Andererseits dürfte die zunehmende Zahl von Beschäftigten in ABM und SAM erneut etwas produktivitätsdämpfend wirken. Da es sich hier größtenteils um arbeitsintensive Projekte handelt (ABM) bzw. nicht selten Einstellungen über den aktuellen Bedarf hinaus vorgezogen werden dürften (SAM), vermindert dies im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt die rechnerische Zuwachsrate der Produktivität etwas. Außerdem kann unterstellt werden, daß der kalenderbedingte Arbeitstageeffekt die Produktivitätsentwicklung etwas abschwächt.

Nach Berücksichtigung dieser transitorischen Einflüsse, deren Gesamteffekt wir auf insgesamt rd. 1 Prozentpunkt veranschlagen, schätzen wir die Zunahme der Arbeitsproduktivität im Jahresdurchschnitt 1999 auf 2,1 %.

Bei dieser Konstellation von Wirtschaftswachstum, Produktivitäts- und Arbeitszeitentwicklung erwarten wir in jahresdurchschnittlicher Rechnung einen Rückgang der Erwerbstätigkeit um 0,5 % (- 30 000 Personen) (vgl. Tabelle 1).

#### *Beschäftigungsschaffende Maßnahmen leicht rückläufig*

Wie schon im Jahr 1998 wird die Arbeitsmarktentwicklung in den neuen Bundesländern auch im Jahr 1999 stark vom Umfang der *ABM und SAM* bestimmt. Bei den derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Aussichten ist in der Entwicklung ungestützter Beschäftigung keine Tendenzwende zu erwarten. Wir unterstellen in dieser Vorausschau weder eine weitere Zunahme von ABM und SAM im *Verlauf* des Jahres 1999, noch erwarten wir einen Rückgang der Teilnehmerzahlen etwa auf den Stand am Anfang des Jahres 1998. Unter den gegenwärtigen Bedingungen besteht finanzieller Spielraum, um die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf relativ hohem Niveau zu halten. Wir nehmen deshalb bei ABM und SAM nur einen behutsamen Rückgang der Teilnehmerzahlen von Monat zu Monat an. Im Jahresdurchschnitt läge der Teilnehmerbestand mit rd. 370 000 Personen aber noch um rd. 50 000 über dem Vorjahr (vgl. Tabelle 1). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Arbeitsämter seit 1998 im Rahmen des Eingliederungstitels ihren Instrumentenmix selber bestimmen und im Laufe eines Jahres auch verändern können. Insofern kann es sich hier nur um grobe Schätzungen handeln.

Unter diesen Voraussetzungen ist aufgrund der schwachen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung damit zu rechnen, daß allmählich die anhaltenden Abbautendenzen der nicht gestützten Beschäftigung wieder die Oberhand gewinnen.

#### *Arbeitsangebot erneut rückläufig*

Auch in den neuen Bundesländern setzt sich die Tendenz zum *Rückgang des Arbeitsangebots* 1999 fort (vgl. Tabelle 2b). Die Abnahme wird nach unseren Vorausschätzungen mit per Saldo rd. 70 000 Personen etwa die gleiche Größenordnung wie im Vorjahr haben. Im wesentlichen folgt dieses Ergebnis aus der demographischen Entwicklung (- 30 000), der Verhaltenskomponente (- 40 000) und der Wanderungsbewegung (- 10 000). Aus der Veränderung des Ost-West-Pendlersaldos

erwarten wir eine leichte Zunahme des Erwerbspersonenpotentials (rd. 15 000 Personen).

#### *Arbeitsmarktbilanz kaum besser*

Die Entlastungen auf der Angebotsseite (rd. - 70 000) überwiegen im Jahresdurchschnitt 1999 die Belastungen auf der Nachfrageseite (- 30 000 Erwerbstätige), die trotz des anhaltend hohen Einsatzes Beschäftigungsschaffender Maßnahmen weiter verbleiben. *Jahresdurchschnittlich* rechnen wir dementsprechend mit einem leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit auf 1,33 Mio (vgl. Tabelle 1). Dies ist allerdings allein auf die relativ günstige Ausgangssituation zur Jahreswende 1998/1999 zurückzuführen. Im *Jahresverlauf* würde die *Arbeitslosigkeit* wieder ansteigen. Die *Stille Reserve* im engeren Sinne dürfte in etwa unverändert bleiben.

#### **2.4 Arbeitsmarktpolitik – Verstetigung auf hohem Niveau angestrebt**

In Deutschland fehlen im Jahr 1999 rd. 7 Mio Arbeitsplätze. Für uns ist unstrittig, daß die Wege zum Abbau eines Arbeitsplatzdefizits dieser Größenordnung vorrangig über den ersten Arbeitsmarkt führen und daß das Ziel nicht in wenigen Jahren zu erreichen ist.

Angesichts der aktuellen Beschäftigungsperspektiven und konjunkturellen Risiken haben die arbeitsmarktpolitische Instrumenten der BA nach wie vor große Bedeutung, vor allem im Hinblick auf den sicherlich langwierigen wirtschaftlichen Annäherungsprozeß der neuen an die alten Länder.

Nach den Wechsellagen der letzten zwei Jahre – Rückgang im Jahr 1997 und Anstieg in 1998 – wird für 1999 eine relativ stabile Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik auf fast unverändert hohem Niveau angestrebt (vgl. Schaubilder 2a und 2b).

Für die sog. Ermessensleistungen der Arbeitsförderung im Haushalt der BA stehen den Arbeitsämtern 1999 insgesamt 27,4 Mrd DM zur Verfügung (1998: 25,3 Mrd DM). Sie können die finanziellen Mittel im Rahmen eines einzigen Eingliederungstitels der jeweiligen regionalen Problemlage entsprechend mischen und so Zielgenauigkeit, Effektivität und Effizienz der Arbeitsmarktpolitik steigern. Da es außer unverbindlichen Orientierungen keine quantitativen Vorgaben für die *einzelnen* Instrumente gibt, können wir die voraussichtliche Inanspruchnahme der verschiedenen Maßnahmen nur äußerst vorläufig abschätzen (vgl. Tabellen 5a und 5b).

In *Westdeutschland* erwarten wir, daß sich die Arbeitsmarktpolitik übers Jahr 1999 etwa auf dem zum Ende des Vorjahres hin erreichten Niveau bewegt. Dies gilt mehr oder weniger für alle hier einbezogenen Instrumente. Aufs ganze Jahr 1999 gesehen, ergibt sich (überhangbedingt) gleichwohl eine etwas höhere Wirkung als 1998. Wir beziffern die Entlastungseffekte der Arbeitsmarktpolitik für die Arbeitslosigkeit auf knapp 0,5 Mio gegenüber 0,45 Mio im Jahr 1998. Dieser Rechnung liegt die Annahme zugrunde, daß die Maßnahmen nicht zu Lasten anderer beschäftigungswirksamer Aktivitäten finanziert werden.

In *Ostdeutschland* rechnen wir im Verlauf des Jahres 1999 mit einer behutsamen Rückführung der Teilnehmerzahlen in Beschäftigungsschaffenden Maßnahmen und in Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung. Aufgrund der sprunghaften Anstiegs der Teilnehmerzahlen im Vorjahr ergibt sich aufs ganze Jahr gesehen (überhangbedingt) mit 0,55 Mio dennoch eine etwas größere Entlastungswirkung als im Vorjahr (0,52 Mio).

Schaubild 2a: Zur Entwicklung ausgewählter arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in Westdeutschland

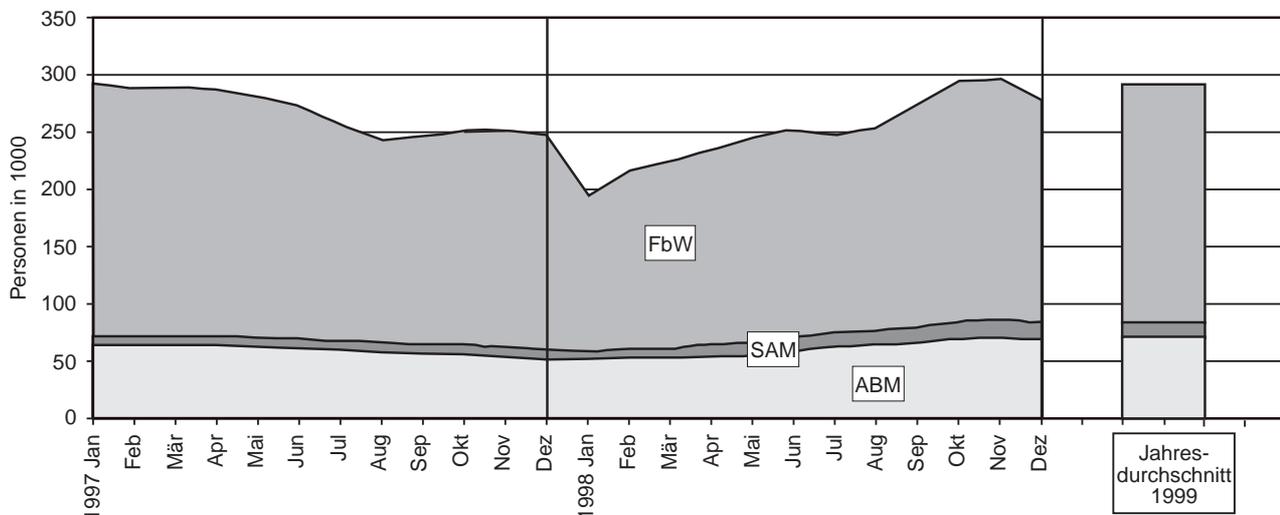
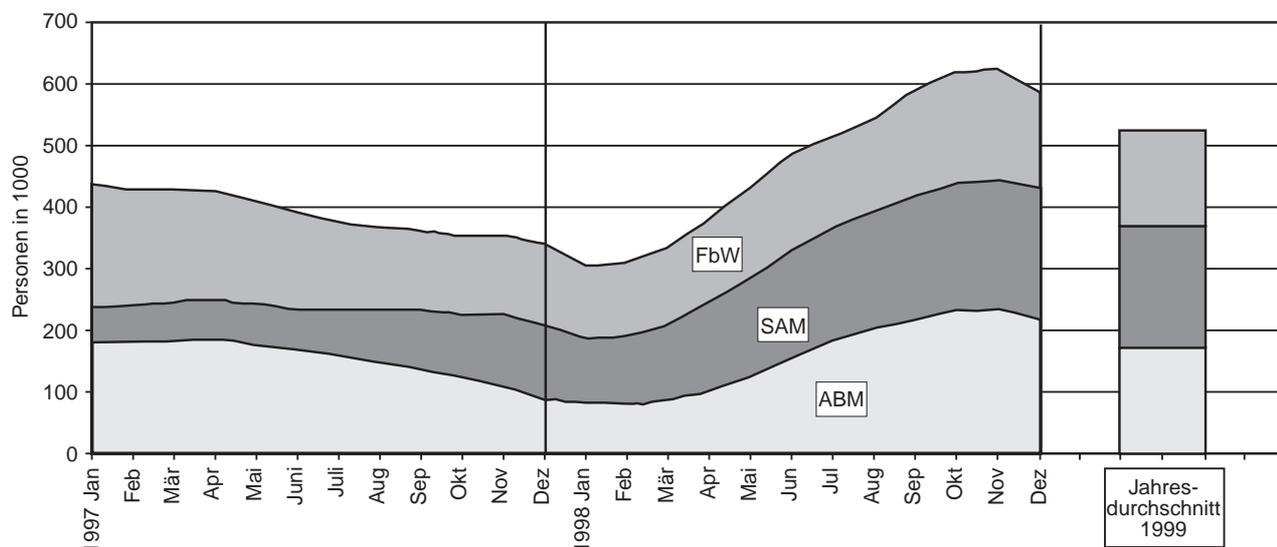


Schaubild 2b: Zur Entwicklung ausgewählter arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen in Ostdeutschland



FbW = Förderung der beruflichen Weiterbildung (nur Vollzeit)  
 ABM = Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung  
 SAM = Strukturanpassungsmaßnahmen (§§ 272-279, 415 SGB III)

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Schätzung des IAB in Anlehnung an den Haushalt der BA

Neben diese arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der BA tritt im Jahr 1999 das „Sofortprogramm für Jugendliche“. Aus Finanzmitteln in Höhe von 2 Mrd DM, die noch aus anderen Haushalten aufgestockt werden, sollen im Lauf des Jahres 100.000 Jugendliche zusätzlich in Beschäftigung sowie schulische und berufliche Ausbildung gebracht werden. Als Zielgruppenprogramm stellt es vor allem auf die Verbesserung von Eingliederungschancen ab.

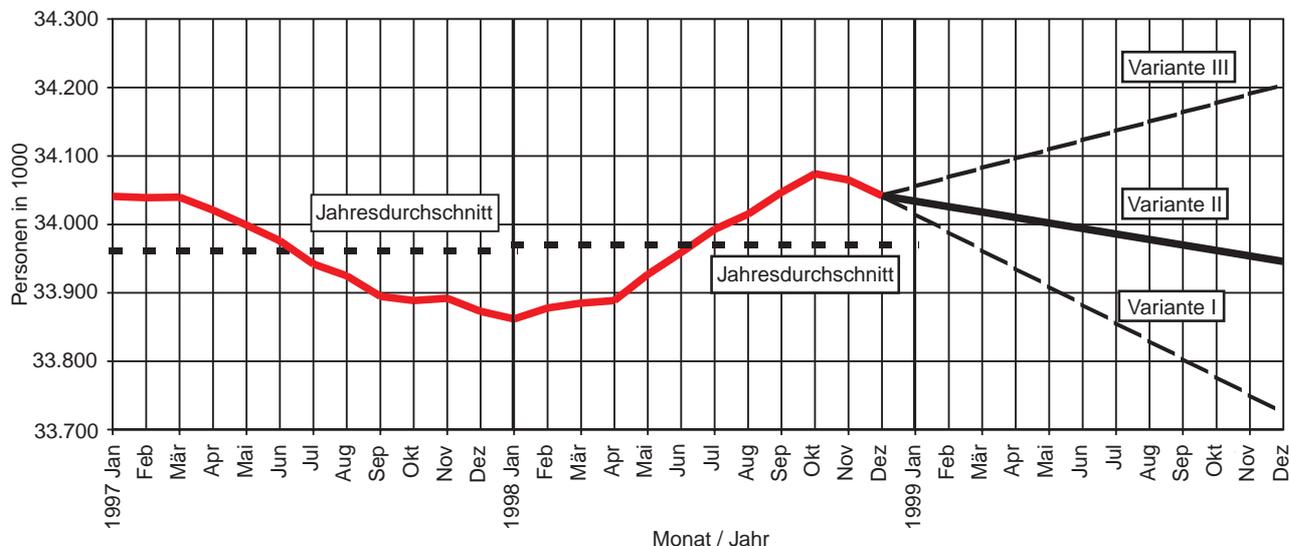
Inwieweit durch dieses Programm auch eine quantitative Entlastung des Arbeitsmarktes im Jahr 1999 entsteht, ist besonders schwer zu beziffern. Ungewiß sind Umfang und zeitliche Verteilung der Inanspruchnahme sowie das Ausmaß möglicher Substitutionseffekte, z.B. mit regulären betrieblichen Aktivitäten oder anderen arbeitsmarktpolitischen Alternativen.

Offen ist auch die Verteilung auf einzelne Programmsegmente. Es sollen sowohl zusätzliche Arbeits- und Ausbildungs-

plätze für arbeitslose Jugendliche geschaffen als auch die Voraussetzungen für den Berufseinstieg durch Förderung schulischer Ausbildung und vorbereitender Praktika gefördert werden. Die Arbeitslosigkeit würde (unter sonst gleichen Bedingungen) demnach sowohl durch mehr Übergänge in Beschäftigung als auch in die Stille Reserve entlastet. Andererseits sollen ausdrücklich auch „entmutigte“ Jugendliche auf den Arbeitsmarkt zurückgeholt werden.

Nur unter günstigen Bedingungen, d.h. wenn das Programm schnell anspricht, im Laufe des Jahres rd. 100.000 Jugendliche eintreten und keine Substitution stattfindet, könnte die Arbeitslosigkeit im Jahr 1999 der Größenordnung nach um 40.000 - 60.000 Personen entlastet werden. Im Hinblick auf die längerfristigen Programm-Wirkungen, wie z.B. Dauerhaftigkeit des Integrationserfolgs und Verwertbarkeit der vermittelten Inhalte, sind derzeit noch keinerlei Einschätzungen und Voraussagen möglich.

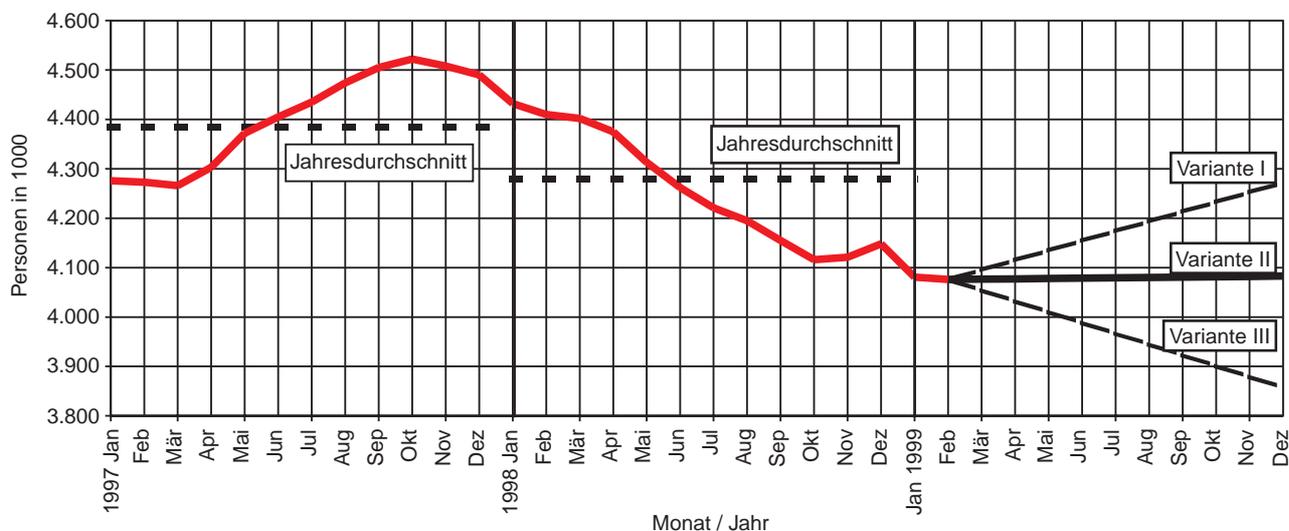
**Schaubild 3: Entwicklungstendenzen der Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland bis 1999\***



\* Saisonbereinigte Zahlen

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IAB

**Schaubild 4: Entwicklungstendenzen der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland bis 1999\***



\* Saisonbereinigte Zahlen

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IAB

**2.5 Gesamtbetrachtung – Keine durchgreifende Besserung in Sicht**

Für die Arbeitsmarktentwicklung 1999 in *West- und Ostdeutschland* bestehen bei derzeit außergewöhnlich großen Unsicherheiten v.a. über die weltwirtschaftlichen Tendenzen und ihre binnenwirtschaftlichen Auswirkungen sowohl Chancen als auch Risiken (vgl. Tabelle 1):

- Eine Entwicklung am *oberen Rand* des Spektrums unserer Alternativrechnungen steht im Einklang mit der Erwartung einer anhaltenden Belebung der Arbeitskräftenachfrage und weiter steigender Beschäftigung im Verlauf des Jahres 1999.
- Eine Entwicklung am *unteren Rand* des Spektrums würde sich mit erneut abnehmender Beschäftigungsentwicklung im *Verlauf* des Jahres 1999 verbinden.

Die projizierten Tendenzen der Erwerbstätigen- und Arbeitslosenzahlen in Deutschland unter den Annahmen der beschriebenen Szenarien sind in den Schaubildern 3 und 4 dargestellt. Aufgrund von vielfältigen konjunkturellen, saisonalen und Sondereinflüssen im Jahresverlauf wird die tatsächliche monatliche Entwicklung nicht genau diesen Pfaden folgen, sondern sie überlagern. Die Schaubilder zeigen lediglich, in welche Richtung sich der Arbeitsmarkt unter alternativen gesamtwirtschaftlichen Annahmen entwickeln würde.

Die *mittlere Variante* wirft auf den Arbeitsmarkt in Deutschland mehr Schatten als Licht: Unter dieser Konstellation wird sich die Beschäftigung nicht auf dem bisherigen Entwicklungspfad weiterbewegen, sondern im Verlauf des Jahres erneut sinken. Dem hier unterstellten Konjunkturprofil entsprechend, ist das eher in der ersten Jahreshälfte als in der zweiten zu erwarten. Die leichte Zunahme der Erwerbstätigenzahl gegenüber dem Vorjahr, in jahresdurchschnittlicher

Rechnung auf rd. 34 Mio Personen, ergibt sich aus dem relativ hohen Stand zum Jahresanfang. Dennoch sinkt die Zahl der registrierten Arbeitslosen weiter, weil die Abnahme des Erwerbspersonenpotentials um rd. 0,2 Mio Personen die Arbeitsmarktbilanz auf der Angebotsseite entlastet. Im Jahresdurchschnitt erwarten wir dann knapp 4,1 Mio Arbeitslose, rd. 200.000 weniger als im Vorjahr.

Ein *pessimistisches Szenario* liegt der Variante I zugrunde. Es ist hier unterstellt, daß die Exportschwäche längere Zeit anhält oder die Ausfuhr gar einbricht, und daß dies die Investitionsneigung spürbar verringert. Ein Rückgang der Investitionsgüternachfrage und der Exportnachfrage könnte dann eine vorübergehende Wachstumspause oder gar eine zeitweise rezessive Entwicklung einleiten. Das unterstellte jahresdurchschnittliche Wachstum des BIP in Höhe von 1 % ergibt sich allein aus der günstigen Entwicklung des Vorjahres: Würde die gesamtwirtschaftliche Produktion (in saisonbereinigter Rechnung) zunächst leicht sinken, dann wieder wachsen, so ergäbe sich im Jahresdurchschnitt diese Zunahme. Es handelt sich hier also nicht um ein ausgeprägtes Krisenszenario. Für den Arbeitsmarkt wäre dies aber ein schmerzhafter Rückschlag. Auch unter sonst günstigen Bedingungen – wenn das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen zunächst nur teilweise dem Konjunkturverlauf angepaßt wird, und wenn die Arbeitszeit als Puffer wirkt – wäre mit einem kräftigen Beschäftigungsrückgang zu rechnen (- 0,3 % bzw. - 100.000 im Jahresdurchschnitt). Die Entlastung auf der Angebotsseite der Arbeitsmarktbilanz würde die Belastung auf ihrer Nachfrageseite zwar ausgleichen, dennoch wäre im Jahresverlauf – von Saisonbewegungen abgesehen – keine weitere Abnahme der Arbeitslosenzahl zu erwarten. Der Rückgang in jahresdurchschnittlicher Rechnung (um rd. - 120.000 auf knapp 4,2 Mio) ergibt sich allein aus dem relativ niedrigen Jahresanfangsstand.

Ein *optimistisches Szenario* liegt der Variante III zugrunde: Würde sich die Exportnachfrage als robust erweisen und nur vorübergehend zur Schwäche neigen, so könnte sich, aufs ganze Jahr gesehen, eine wirtschaftliche Aufwärtsbewegung auf dem breiten Fundament einer anhaltend kräftigen Investitionstätigkeit und einer gefestigten Konsumnachfrage durchsetzen. Nach einer kurzzeitigen Abschwächung um die Jahreswende wäre dann im weiteren Verlauf wieder mit Beschäftigungszuwächsen zu rechnen. Unter solch günstigen Bedingungen erwarten wir eine Zunahme der Erwerbstätigkeit um 0,5 % bzw. 160.000 auf 34,1 Mio Personen im Jahresdurchschnitt 1999. Die Arbeitslosenzahl könnte um fast 0,3 Mio auf knapp 4 Mio sinken. Dazu trägt der Rückgang des Erwerbspersonenpotentials entlastend bei. Diesem optimistischen Szenario geben wir aus heutiger Sicht nur eine geringe Eintreffenswahrscheinlichkeit.

### 3 Ausgewählte Aspekte der Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Die Darstellung von Grundlinien und Perspektiven der Arbeitsmarktentwicklung kann in diesem Rahmen der Vielfalt des Arbeitsmarktgeschehens bei weitem nicht gerecht werden. Im folgenden untersuchen wir deshalb zumindest ausgewählte Elemente näher. Sie sind Bestandteil der bisherigen

Analyse und wurden schon in gebotener Kürze angesprochen. Sie stehen aber auch für sich, zumal sie unter analytischen wie beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten von Bedeutung sind.

Vor dem Hintergrund der Situation von Wirtschaft und Arbeitsmarkt im Jahr 1998 und mit Blick auf die Perspektiven im Jahr 1999 werden Entwicklungen in den aktuellen weltwirtschaftlichen Krisenregionen analysiert sowie grundlegende Zusammenhänge zwischen Außenwirtschaft, Produktion und Beschäftigung erläutert. Anschließend geht es um wirtschaftsfachliche Besonderheiten und teils divergierende Entwicklungen im Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe und in Bereichen des Dienstleistungssektors. Schließlich werden Entwicklungen, Strukturen und ihre Veränderungen im Bereich der Teilzeitarbeit analysiert.

#### 3.1 Risiken aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld

##### *Ausgangslage*

Noch im Frühjahr des vergangenen Jahres wurde in der Konjunkturprognostik für 1999 von einem realen Wirtschaftswachstum in Deutschland von rd. 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub> % ausgegangen, im Herbst des Jahres hielten die meisten Prognostiker eine Revision dieses Wertes um ca. 0,5 Prozentpunkte für notwendig und mittlerweile erscheinen – wie vorne ausgeführt – gerade noch 2 % als am aussichtsreichsten. Hauptsächlich wird dafür die außenwirtschaftliche Entwicklung verantwortlich gemacht. Der gesamtdeutsche Außenhandel, die entscheidende Stütze des jüngsten konjunkturellen Aufschwungs, kann zwar für 1998 Rekordwerte aufweisen, was die Jahreswerte von Export (rd. 950 Mrd DM), Import (rd. 821 Mrd DM), Bilanzüberschuß (rd. 129 Mrd DM)<sup>2</sup> anbelangt, doch der Jahresverlauf und der Jahresvergleich dieser Größen im Verein mit den einschlägigen Indikatoren und den fundamentalen Bestimmungsgrößen deutet für 1999 auf eine ungünstigere Entwicklung hin – mit zu erwartenden Einbußen bei Produktions- und Beschäftigungswachstum. So nahm 1998 der Export um 6,9 % zu, nach 12,6 % im Vorjahr. Zweistellige Zuwachsraten gab es noch zu Anfang des Jahres 1998 mit einer abschwächenden Tendenz. Im Dezember unterschritten die Exporte sogar die Werte des Vormonats um 2,8 %, während die Importe immer noch zunahmen (+ 6,3 %).

Die Dynamik der weltwirtschaftlichen Produktionsentwicklung ist bereits 1998 auf ein etwa 2 % jährliches Wachstum halbiert worden.<sup>3</sup> Mit einer weiteren Expansionsabschwächung im laufenden Jahr wird allgemein gerechnet.<sup>4</sup>

Als Ursprünge für diesen Umschwung im Außenhandel lassen sich die Finanz- und Währungskrisen in Südostasien, China, Rußland und Lateinamerika ausmachen. Zwar ist im einzelnen und insgesamt die Bedeutung dieser Regionen für die deutsche Außenwirtschaft – zu über 70 % werden nach Europa Waren exportiert – vergleichsweise gering, doch weil die Ökonomien aller Handelspartnerländer Deutschlands ebenfalls von den Einbrüchen in den Krisenländern mehr oder weniger beeinträchtigt werden, können aufgrund der internationalen ökonomischen Interdependenz und der starken außenwirtschaftlichen Orientierung Deutschlands deutliche negative Auswirkungen auf das hiesige Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum eintreten.

Es besteht die Gefahr, daß die USA und ganz Westeuropa<sup>5</sup> in den Sog dieser Regionalkrisen geraten und einer weltweiten Rezession nicht mehr entgegenwirken können. Zwar wäre die USA den unmittelbaren Einflüssen aus dem asiatischen und

<sup>2</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Mitteilung für die Presse 43/99

<sup>3</sup> Vgl. RWJ-Konjunkturbrief Nr. 3, S. 1

<sup>4</sup> Vgl. Weinert, G.: Zunehmende Belastung der Weltkonjunktur durch Asienkrise. In: Wirtschaftsdienst 1998/VIII, S. 483ff

<sup>5</sup> Ebenda, S. 487

lateinamerikanischen Raum besonders stark ausgesetzt, die generell stark außenwirtschaftlich ausgerichtete Bundesrepublik Deutschland wäre vom internationalen Finanz- und Wirtschaftsgeschehen ebenfalls in überdurchschnittlichem Maße tangiert<sup>6</sup>.

### Übersicht 1: Jährliche Wachstumsraten sowie Import- und Exportquoten ausgewählter Länder

	Wachstumsraten <sup>1</sup>			Import- quote <sup>2</sup>	Export- quote <sup>3</sup>
	1997	1998	1999		
Rußland	0,8	-6,0	-6,0	1,9	1,7
Ungarn	4,3	5,1	4,6	1,7	1,6
Tschechien	1,0	-0,7	1,3	2,0	1,9
Polen	6,9	5,7	5,1	2,0	2,5
Argentinien	8,6	4,0	1,5	0,2	0,4
Brasilien	3,7	0,8	-1,5	0,8	1,0
Venezuela	5,1	-1,0	-1,0	0,1	0,1
China	8,8	7,6	7,7	2,8	1,2
Indonesien	4,7	-15,5	-3,0	0,5	0,4
Malaysia	7,8	-4,7	-0,5	0,6	0,4
Hong Kong	5,2	-4,5	1,5	0,5	0,7
Singapur	7,5	0,0	0,5	0,7	0,6
Taiwan	6,8	4,5	4,0	1,1	0,9
Philippinen	5,1	-0,5	2,0	0,3	0,2
Thailand	-0,4	-7,0	2,0	0,5	0,3
Japan	0,8	-2,6	0,2	5,0	1,9

<sup>1</sup> reales Bruttoinlandsprodukt

<sup>2</sup> Spezialhandel. Anteil an der deutschen Einfuhr – Januar/Sept. 1998

<sup>3</sup> Spezialhandel. Anteil an der deutschen Ausfuhr – Januar/Sept. 1998

Quelle: OECD: OECD Wirtschaftsausblick 64/1998; Statistisches Bundesamt, Fachserie 7, Reihe 1

### Entwicklungstendenzen in den einzelnen Krisenregionen

#### Rußland und die Europäischen Reformländer

Seit August vergangenen Jahres herrschen in Rußland extreme wirtschaftliche Unsicherheit und Instabilität. Ein Zusammenbruch der Finanzmärkte, Preisrückgänge für Erdöl und andere wichtige Exportgüter, Schwierigkeiten in der Bedienung von Auslandsschulden, Verfall des Rubels, enorme Inflationsraten, im Inland Störungen im Geldversorgungssystem führten zu einem erheblichen Rückgang von gesamtwirtschaftlicher Produktion und Volkseinkommen.

Mangels eines wirkungsvollen, überzeugenden, wirtschaftspolitischen Konzeptes zur Beendigung der Krise ist bis auf weiteres mit Inflationsdruck und schrumpfender Produktion zu rechnen. Von der Importnachfrage Rußlands werden daher kaum Impulse auf die Ausfuhren Deutschlands ausgehen können, wobei der russische Anteil mit unter 2% vergleichsweise gering ist.<sup>7</sup>

Im Gegensatz zu Rußland war 1998 die wirtschaftliche Entwicklung in Mittel- und Osteuropa weiter deutlich aufwärts gerichtet. Dies gilt insbesondere für Ungarn, Tschechien und Polen, deren Außenhandelsbeziehungen ausgesprochen west-

orientiert sind und zu Rußland nur noch gering sind.<sup>8</sup> Ungarn z.B. exportiert zu 70% in den EU-Bereich, nach Rußland und den übrigen Ländern der GUS lediglich zu rd. 7%, während Deutschland zu rd. 5% beliefert wird. Allerdings ist wegen der zu erwartenden Abflachung der Exporte in die konjunkturgeschwächten Hauptabnehmerländer und des Anstiegs der Risikoprämien für Geldkapital mit einer Dämpfung der Konjunkturentwicklung in diesen Ländern zu rechnen, die auch deren Importe und damit u.a. den Export Deutschlands in diese Länder beeinträchtigen wird, der gut 5<sup>1/2</sup>% aller Ausfuhren ausmacht.

#### Lateinamerika

Brasilien mit dem auf der Welt achthöchsten Bruttoinlandsprodukt stellt in Lateinamerika die bedeutendste Wirtschaftsmacht dar. Möglicherweise induziert durch die Krisen in Asien breitete sich Mißtrauen insbesondere ausländischer Investoren gegenüber den brasilianischen Schuldnern aus. Die Verschlechterung der Haushaltslage sowohl der zentralen als auch der regionalen Verwaltungen wurde immer mehr als Risikofaktor gesehen mit der Folge steigender Risikoprämien und Zinssätze. Die öffentlichen Schulden steigerten sich beträchtlich. Immer höhere Zinsen wirkten den Kapitalrückflüssen zwar tendenziell entgegen, doch ein letztlich enormer Abwertungsdruck führte zu massiven Kursverlusten der brasilianischen Währung mit der Folge noch größerer Lasten aus der Verschuldung gegenüber dem Ausland in ausländischer Währung. Das hohe Zinsniveau indes vermindert in der Regel über ein verringertes ökonomisches Aktivitätsniveau die Einfuhren, d.h. die Exporte der Lieferländer wie z.B. Deutschland. Diese Tendenz wird verstärkt durch die mit der Abwertung implizierten Verteuerung der einzuführenden Güter und Dienste. Von entscheidender Bedeutung für das Vertrauen auf eine brasilianische Wirtschaftskonsolidierung und -erstarkung wird die Effektivität insbesondere fiskalpolitischer Konsolidierungsmaßnahmen sein, die auch als Voraussetzung für eine Fortsetzung der Unterstützung durch den internationalen Währungsfonds durchzuführen sind.<sup>9</sup>

Zwar fällt mit einem rd. 1%igen Anteil der Export Deutschlands nach Brasilien relativ gering aus, doch wegen der über großen Bedeutung der brasilianischen Wirtschaft für ganz Lateinamerika – mit nahezu der Hälfte des gesamten Bruttoinlandsproduktes dieser Region – ist ein Übergreifen der Krisenlage auf die Nachbarländer nicht mehr auszuschließen, wie z.B. auf Argentinien, das sich mit einer immer festeren Bindung an die US-amerikanische Währung und hohe Zinsen einer Abwertung entgegengesetzt. Mittlerweile wurde auch Ecuador von einer Wirtschaftskrise erfaßt, die zur Abwertung seiner Währung führte. Möglicherweise stellte die Entwicklung in diesem relativ kleinen Land ein wichtiges Symptom für den weiteren ökonomischen Fortgang in der Region insgesamt dar.

#### Ostasien

Diese Region hatte sich noch bis vor wenigen Jahren durch eine ausgesprochene Wachstumsdynamik ausgezeichnet. Doch seit 1997 (Thailand) änderte sich die ökonomische Lage in z.T. dramatischem Ausmaße (insbes. Indonesien).<sup>10</sup> Starke Währungsabwertungen verschärften die relativ hohe Auslandsverschuldung. Eine restriktive Geldpolitik mit Zinserhöhungen wirkte zwar Kapitalabflüssen sowie der Inflation entgegen, leitete jedoch einen konjunkturellen Abschwung ein, bis hin zum Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion in einigen Ländern. Aufgrund der starken intraregionalen Ex- und Importverflechtung verschärfte sich die Ge-

<sup>6</sup> Vgl. Pusse, L.: Export als Bestimmungsfaktor der Beschäftigung. Ökonometrische Analysen auf makroökonomischer Ebene, in: MittAB 1/1998, S. 108 ff.

<sup>7</sup> Vgl. Epp, W.: Rußlandkrise und Exportwirtschaft. In: WISU 3/99, S. 258

<sup>8</sup> Vgl. Borowski, J.: Wirkungen der Rußlandkrise auf die Wirtschaftsentwicklung in Mittelosteuropa. In: IFO-Schnelldienst 34-35/98, S. 12

<sup>9</sup> Vgl. OECD: OECD Wirtschaftsausblick 64/1998, S. 155ff

<sup>10</sup> Vgl. Borowski, J.: a.a.O., S. 11

samtentwicklung in dieser Region. Der ökonomische Wiederaufschwung wird hier davon abhängen, ob der Finanzsektor seine Schwächen überwinden und als Transmissionsapparat für Impulse einer expansiven Geldpolitik fungieren kann, die angesichts moderater Verschuldungsgrade der öffentlichen Hand durch zusätzlich expansive Fiskalpolitik unterstützt werden könnte.<sup>11</sup>

Die chinesische Wirtschaft hat bisher die ostasiatische Krise relativ gut überstanden, doch insbesondere das Ausbleiben einer durchgreifenden Reformierung des immer noch schwachen Finanzsystems, wo es in jüngster Zeit zu aufsehenerregenden Insolvenzen gekommen ist, sowie des unrentablen Bereiches der Staatsbetriebe haben offenbar zu einer Wachstumsverlangsamung geführt. Dem Abwertungsdruck der chinesischen Währung, induziert durch abnehmendes Vertrauen der ausländischen Kapitalgeber sowie durch die Abwertung der asiatischen Konkurrenzländer, wurde bislang erfolgreich Widerstand geleistet. So sind z.B. finanzielle Vergünstigungen für die Exportwirtschaft sowie Reglementierungen zur Verhinderung von Kapitalabflüssen eingeführt worden. Eine Abwertung der chinesischen Währung könnte dagegen den Wettbewerbsdruck in der ganzen Region so massiv erhöhen, daß sich auch der in den Nachbarländern notwendige Aufschwung verzögern würde.

### *Japan*

Nach einem deutlichen Rückgang der Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes im Jahre 1997 ist die japanische Wirtschaft 1998 sogar geschrumpft. Als Erklärungsansätze für die ökonomische Problemlage Japans können ein Vertrauensschwund in den Finanzsektor, zurückgehende Auslandsnachfrage aus Südostasien und eine zu schwach antizyklisch ausgerichtete Finanzpolitik ausgemacht werden. Die sich verschlechternde Ertragslage der Unternehmen, Beschäftigungs- sowie Einkommensrückgänge und das Zinsniveau hochtreibende, steigende Risikoprämien im japanischen Bankensektor, Einbrüche bei den Aktienkursen und Immobilienwerten haben in eine Konjunkturkrise geführt. Mittlerweile ist eine Vielzahl staatlicher Maßnahmen zur Stabilisierung insbesondere des Finanzsektors eingeleitet worden, die eine Verbesserung der Geldversorgung und eine Steigerung der privatwirtschaftlichen und staatlichen Nachfrage zum Ziele haben. Eine Wiederbelebung der Konjunktur in Japan würde sicherlich deutlich positive Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung des ganzen asiatischen Umfeldes nach sich ziehen. Doch ob die dazu notwendigen Voraussetzungen wie z.B. ein günstiger Außenwert des Yen und insbesondere eine zunehmende Vertrauensbasis der ökonomischen Akteure sich schnell und nachhaltig einstellen werden, erscheint immer noch fraglich, so daß gängige Prognosen für 1999/2000 von höchstens schwachem Wirtschaftstum mit Deflation und steigender Arbeitslosigkeit ausgehen.

Die ökonomische Bedeutung Japans für Deutschland ist dabei vergleichsweise gering. So beträgt der Anteil des Exports nach Japan lediglich um die 2%, während der Importanteil an die 5% beträgt. Für China und die ASEAN-Länder<sup>12</sup> lauten die entsprechenden Werte ca. 1% bzw. 2% (Export) und jeweils etwa 2,8% (Import).

<sup>11</sup> Vgl. OECD: a.a.O., S. 148

<sup>12</sup> Thailand, Laos, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Myanmar, Brunei, Singapur, Philippinen

### *Versuch einer Generalisierung*

Das Erscheinungsbild der weltregionalen Konjunktur- und Wachstumsschwächen ähnelt sich in bemerkenswertem Maße. Brennpunkte sind Volkswirtschaften, die im Zuge ihres Wirtschaftsaufbaus auf Nettokapitalimporte zurückgreifen, hohe Budgetdefizite zulassen, über ein u.U. erst im Aufbau sich befindendes Finanzsystem mit mangelhafter Transparenz und Kontrolle verfügen und ihre Währung an fixe Wechselkurse, meistens fest an den US-Dollar, gebunden haben. Zusätzlich hohe Zinsen stellen den wesentlichen Anreiz für den notwendigen Kapitalimport dar. Unter der Konstellation hoher Renditen und eines anscheinend fehlenden Wechselkursrisikos erhöhen sich in der Regel auch die kurzfristigen, möglicherweise spekulativen Finanzanlagen. Prinzipiell kann dabei die Währungsposition nur dann stabil gehalten werden, wenn die Wirtschaftspolitik, insbesondere die Geldpolitik, ausdrücklich wechselkursorientiert ausgerichtet ist und durchgehalten wird. Ansonsten wird ein einsetzender Vertrauensschwund Kapitalabzüge in Gang setzen und Währungsabwertungsdruck erzeugen. Wenn die Währungsreserven nicht wechselkursstabilisierend eingesetzt werden können, bleibt als weitere Maßnahme die Heraufsetzung der Leitzinsen – mit bisweilen verheerenden Folgen für das konjunkturelle Wirtschaftswachstum. U.U. verschärfen die Auflagen unterstützender Institutionen, wie z.B. des Internationalen Währungsfonds, die regelmäßig einen Restriktionskurs in der staatlichen Verschuldungspolitik beinhalten, die negativen kurzfristigen Impulse. Chancen für einen ökonomischen Wiederaufschwung dürften sich jedoch dann eröffnen, wenn eine letztlich doch unvermeidliche Neufestlegung des Außenwerts der Währung, möglicherweise verbunden mit einer Änderung des Wechselkursregimes erfolgt und vor allem auch ordnungspolitische Strukturveränderungen durchgeführt werden – als neue Vertrauensbasis für die in- und ausländischen Investoren. Dies gilt insbesondere für die Finanzsektoren in Asien und Rußland.

### *Auswirkungen der Regionalkrisen auf Deutschlands Wirtschaft und Arbeitsmarkt*

Insbesondere weil die außenwirtschaftliche Bedeutung der angesprochenen Krisenregionen jeweils für sich genommen relativ gering ist, erschienen die konjunkturellen Einbrüche in diesen Ländern im einzelnen zwar als sehr beeindruckend, teilweise überraschend, doch letztlich nicht als ausschlaggebend für den Wirtschaftsverlauf in Deutschland.

Doch von den Ökonomien der Krisenregionen gehen (direkte) güterwirtschaftliche sowie geld- und finanzökonomische Impulse auf die deutsche Volkswirtschaft aus. So verändert der Export bzw. Import von Gütern und Diensten nach bzw. von diesen Ländern das Sozialprodukt oder das Inlandsprodukt aus definitiven Gründen unmittelbar und die Geld- und Kapitalbewegungen bezüglich dieser Länder beeinflussen prinzipiell auch das deutsche Zins-, Kurs-, Wechselkurs- und Preisniveau.

Nach gängigen Theorieansätzen hängt die Beschäftigung einer Volkswirtschaft hauptsächlich sowohl vom gesamtwirtschaftlichen Produktionsniveau als auch von den Preisen der Produktionsfaktoren – also auch vom Lohnsatz – ab. Das jeweilige quantitative Ausmaß dieser Abhängigkeiten, ohnehin eine Frage der Empirie, bestimmt sich auch aus den Strukturen dieser gesamtwirtschaftlichen Größen, so z.B. gemäß der Aufteilung der gesamtwirtschaftlichen Produktion auf die Wirtschaftssektoren. Diese wiederum weisen spezifische Arbeitskoeffizienten (bzw. Arbeitsproduktivitäten) auf, die die Gesamtbeschäftigung mitbestimmen – gemäß des definitori-

## Übersicht 2: Beschäftigte, Produktion, Arbeitskoeffizient und Exportquote in den Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 1997

Wirtschaftszweige	Beschäftigte	Produktion <sup>1</sup>	Arbeitskoeffizient	Exportquote <sup>3</sup>
	Struktur	Struktur	(normiert <sup>2</sup> )	%
Ernährungsgewerbe	8,1	10,0	81,5	11,1
Tabakverarbeitung	0,2	1,9	11,3	9,4
Textilgewerbe	2,1	1,3	166,2	30,4
Bekleidungsgewerbe	1,4	0,7	205,0	25,7
Ledergewerbe	0,5	0,2	200,0	24,2
Holzgewerbe (ohne H. v. Möbeln)	1,9	1,6	116,4	11,0
Papiergewerbe	2,4	2,5	95,0	32,7
Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	4,2	2,3	181,0	6,1
Kokerei, Mineralverarbeitung, H. v. Brutstoffen	0,4	4,0	9,3	3,2
Chemische Industrie	8,1	11,7	69,3	45,8
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	5,6	4,1	135,0	26,5
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden	4,2	3,9	106,7	16,1
Metallerzeugung und -bearbeitung	4,4	4,7	94,1	35,6
H. v. Metallerzeugnissen	9,1	7,9	114,4	20,1
Maschinenbau	15,9	12,4	128,7	46,8
H. v. Büromaschinen, Datenverarbeitungsger. u. -einrichtungen	0,7	2,3	32,3	38,6
H. v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	7,2	5,5	132,5	34,3
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	2,4	4,6	51,6	48,9
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	3,6	3,6	98,4	40,3
H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	11,3	10,7	105,5	52,1
Sonstiger Fahrzeugbau	2,5	1,4	174,5	48,0
H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten usw.	3,8	2,6	143,7	18,8
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>32,2</b>

<sup>1</sup> Produktionsvolumen in Preisen von 1991

<sup>2</sup> Verarbeitendes Gewerbe = 100

<sup>3</sup> Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1998; Prognos Report Nr. 2, 1998; eigene Berechnungen

schen Zusammenhangs zwischen (sektor-)durchschnittlicher Produktivität, Produktion und Beschäftigung.

Der Außenhandel, Export sowie Import, hat für die Wirtschaftssektoren ganz unterschiedliche Bedeutung. In Deutschland weisen z.B. der Fahrzeugbau, die Elektrotechnik, der Maschinenbau und die Chemie von allen Wirtschaftssektoren die höchsten Exportquoten auf (vgl. Übersicht 2) – auch bezüglich der aktuellen Weltkrisenregionen<sup>13</sup>. Ihre Produktion wird damit auch am stärksten von Exportveränderungen betroffen. Der Beschäftigtenanteil allein dieser vier Sektoren beträgt fast 38% des Verarbeitenden Gewerbes und der entsprechende Produktionsanteil insgesamt fast 40%. Insbesondere Fahrzeugbau und Maschinenbau weisen vergleichsweise hohe Beschäftigtenanteile auf und produzieren mit überdurchschnittlich hohen Arbeitskoeffizienten, d.h. überdurchschnittlich beschäftigungsintensiv. Dagegen sind für die chemische Industrie und den Gewerbebereich Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik unterdurchschnittliche Arbeitskoeffizienten zu verzeichnen. In diesen Sektoren wird die Beschäftigung deshalb prinzipiell auch unterdurchschnittlich von Exportschwankungen tangiert. Doch

wenn der sektorale Produktionsanteil so überdurchschnittlich hoch ist wie in der Chemie, wird der absolute Beschäftigungseffekt von Exportveränderungen gleichwohl von großer Bedeutung sein.<sup>14</sup>

Ceteris paribus erhöhen Exporte und verringern Importe die Inlandsproduktion (BIP). Mit dieser Tendenz wird sich prinzipiell auch die Zahl der Arbeitsplätze verändern. So brauchen Güter und Dienste, die im Ausland erstellt und ins Inland eingeführt werden, nicht im Inland durch den Einsatz von Kapital und Arbeit erstellt zu werden, während Exporte zwar Arbeitsplätze im Inland erfordern, aber nicht zur Verfügung stehen für inländischen Konsum oder Investitionen in heimische Produktionsanlagen. In der Realität führt die Variabilität insbesondere von Wechselkursen, Zins- und Preisniveau tendenziell zu einem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht, das allerdings nicht unbedingt einen Ausgleich von „Arbeitsplatzverlusten“ aufgrund von Importen und „Arbeitsplatzgewinnen“ aufgrund von Exporten impliziert.

Im Falle einer verbesserten Wettbewerbsposition der Krisenländer als Folge abgewerteter Währungen und besonderer Anstrengungen, über Exporte die Devisenposition zu verbessern – insbesondere zur Erfüllung durch die Abwertung erhöhter Auslandsverbindlichkeiten –, ist mit einer Tendenz erhöhter Importe auch Deutschlands zu rechnen. Je nach Betroffenheit der Branchen mit ihren spezifischen Arbeitskoeffizienten werden sich entsprechende Arbeitsplatzverluste einstellen.

Die Auswirkungen der durch die Krisen induzierten, internationalen Finanzströme auf die nationalen Güter- und Arbeitsmärkte sind keinesfalls zu vernachlässigen. Von kurzfristigen, eher spekulativen Geld- und Kapitalbewegungen abgesehen,

<sup>13</sup> Vgl. Lahmann, H., Luchtmeier, H.: Handel mit Ostasien im Zeichen der Währungskrise. In: DIW-Wochenbericht 39/98, S. 702. Bezüglich einiger ostasiatischer Länder nehmen feinmechanische und optische Erzeugnisse die vierte Rangstelle anstatt chemischer Erzeugnisse ein.

<sup>14</sup> Die oben beschriebenen sektoralen Beschäftigungswirkungen stellen die direkten Effekte dar. Die indirekten Beschäftigungsveränderungen ergeben sich aus der intersektoralen Lieferverflechtung. Hierzu vgl. Stäglich, R., Filip-Köhn, R.: Quantitative Analyse der wirtschaftlichen Verflechtungen von alten und neuen Bundesländern und ihrer Arbeitsmarktwirkungen, BeitrAB 183 (1994) S. 74 ff.

die nichtsdestoweniger in erheblichem Maße auf das internationale Wechselkursgefüge einwirken können, sind Kapitalbewegungen mit längerfristigem Anlagehorizont, z.B. die Direktinvestitionen<sup>15</sup>, für die Beschäftigungssituation von großer unmittelbarer und mittelbarer Bedeutung. Als wichtige Variablen des mittelbaren Wirkungszusammenhangs können z.B. das Zins- und Preisniveau, eventuell auch ein verändertes Sparverhalten der Konsumenten angesehen werden. So könnte beispielsweise eine Reduktion japanischer Anlagegelder in den USA das USA-Kursniveau so sehr drücken, daß der amerikanische Konsum einmal über den Realkasseneffekt, zum anderen aus dem Vorsichtsmotiv oder zur Wiedererlangung der alten Vermögensposition zurückgehen und sich kontraktiv auf die konjunkturelle Produktion und Beschäftigung auswirken mit Folgen für die gesamte Weltwirtschaft.

Insbesondere das überhöhte Zinsniveau in den Krisenländern zur Vermeidung von Kapitalabflüssen und Abwertungsdruck über einen längeren Zeitraum wird sich in aller Regel negativ auf die dortige Ökonomie und den Arbeitsmarkt auswirken. Die Zurücknahme ausländischer Direktinvestitionen in den Krisenländern wird sich auf den Aufbau von Produktions- und Arbeitsplatzkapazitäten relativ unmittelbar negativ auswirken. Für den Fall, daß die internationalen Geld- und Kapitalanleger (auch der Krisenländer) die Länder des Euroraumes immer mehr bevorzugen sollten, könnten Aktien- und Wertpapierkurssteigerungen sowie Aufwertungstendenzen für den Euro induziert werden mit entsprechenden Nachteilen für den Export und dann sogar für die Gesamtwirtschaft, wenn eine geldpolitische Gegensteuerung durch die europäische Zentralbank mit dem Ziel einer Senkung des Zinsniveaus aus Geldwertstabilitätsgründen nicht in Frage kommt.

Zur Quantifizierung der Auswirkungen der Regionalkrisen auf Deutschlands Wirtschaft und Arbeitsmarkt genügt es daher nicht, selektiv den Außenhandel (mit Waren) ausschließlich ins Kalkül zu ziehen, wengleich seiner Entwicklung die größte Aufmerksamkeit in den Medien gezollt wird. Doch ein weiteres Problem kommt hinzu: Aus kreislauftheoretischen Gründen (Multiplikator)<sup>16</sup> werden sich mit den Außenwirtschaftsgrößen in der Regel auch die übrigen Definitionsbestandteile wie Konsum oder private Investition verändern. Diese Zusatzeffekte beeinflussen ebenfalls die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Produktion und Beschäftigung.

Außerdem wird nicht nur Deutschland von der Entwicklung in den Krisenregionen tangiert, sondern im Prinzip alle Welthandelsländer, mit denen aber auch Deutschland in ökonomischer Beziehung steht. Von diesen Außenwirtschaftsverflechtungen hängen die deutsche Produktion und Arbeitsmarktsituation ebenfalls ab, und zwar über unmittelbare und mittelbare (multiplikatorische) Effekte. Schließlich ist die Rückwirkung aus der deutschen Entwicklung auf die übrige Welt einzukalkulieren. Es ist also damit zu rechnen, daß sich die negativen Impulse einmal aus den eigentlichen Krisenherden selbst, ein andermal aus Deutschlands Wirtschaftspartnerländern, die ebenfalls unter den weltwirtschaftlichen Turbulenzen zu leiden haben, überlagern und gegenseitig verstärken.

Angesichts dieses umfangreichen und komplexen Beziehungsgeflechtes dürfte eine umfassende und verlässliche Quantifizierung der Gesamtwirkung der von den Krisen-

regionen ausgehenden Impulse auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt Deutschlands nur auf Basis eines empirischen Simultan-Modells für die Krisenländer und alle betroffenen Welthandelsländer möglich sein (Inter-Link-Modell).

### 3.2 Sektorale Entwicklungen divergieren

#### *Verarbeitendes Gewerbe*

Das in Abschnitt 1 beschriebene gesamtwirtschaftliche Umfeld bestimmte im Jahresverlauf 1998 zunehmend auch die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe. Dieser Wirtschaftsbereich hat 1998 einen überproportionalen Beitrag zum Wirtschaftswachstum geleistet. Sein reales Produktionsvolumen nahm um knapp 6 % gegenüber dem Jahr 1997 zu. Besonders bemerkenswert ist die hohe Steigerung der Industrieproduktion in den neuen Bundesländern (rd. 9 %, zum Vergleich Westdeutschland + 5 %), die allerdings wegen des niedrigen Ausgangsniveaus nur begrenzt Auswirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum insgesamt und auf den Arbeitsmarkt hatte.

Nachdem im Herbst 1997 der Beschäftigungsabbau in *Westdeutschland* im wesentlichen zum Stillstand gekommen ist, war im *Jahresverlauf* 1998 eine leichte Zunahme zu konstatieren, die sich im *Jahresdurchschnitt* der Erwerbstätigen in einer im Vergleich zu den Vorjahren geringeren Abnahme äußerte (vgl. Übersicht 3). Daß es kurzfristig zu keinem Beschäftigungszuwachs kam, ist auf die allgemein hohen Produktivitätssteigerungen als Folge von Rationalisierungseffekten nach vorangegangenen Investitionen in moderne Ausrüstungen zurückzuführen.

In den einzelnen *Branchen* des Verarbeitenden Gewerbes gestaltete sich indes die Entwicklung durchaus differenziert.

Die *Investitionsgüterproduktion* erwies sich erneut als Hauptstütze der Entwicklung. Dabei zeigten der *Maschinenbau* und die *Elektroindustrie* eine besondere Dynamik. Die bisher bestimmende Exportnachfrage wurde seit Mitte 1998 allmählich von steigenden Auftragseingängen aus dem Inland ergänzt. Der allgemeine Aufschwung im Verarbeitenden Gewerbe machte unter den Bedingungen einer hohen Kapazitätsauslastung nämlich verstärkt Ausrüstungsinvestitionen notwendig. Der langjährige Beschäftigtenabbau konnte gestoppt werden, so daß 1998 wieder Neueinstellungen größeren Ausmaßes erfolgten. In Teilbereichen (Stahlverformung, Maschinenbau) wurden vorgesehene Erweiterungen vorübergehend durch Fachkräftemangel behindert.<sup>17</sup>

Unter den *Gebrauchsgüterproduzenten* dominierte erneut der *Straßenfahrzeugbau*. Die Autokonjunktur scheint ungebrochen. Das gilt sowohl für Pkw als auch für Nutzkraftwagen. Hierbei erwies und erweist sich sowohl die Binnen- als auch die Außennachfrage gleichermaßen expansiv. Diese günstige Entwicklung machte sich auch im Beschäftigtenstand bemerkbar. Der Fahrzeugbau gehört zu den wenigen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes mit deutlich zunehmender Erwerbstätigenzahl.

Die *Nahrungs- und Genußmittelindustrie* zeigte in den alten Bundesländern ein unterdurchschnittliches Wachstum (während sie in den neuen Bundesländern erneut stärker expandierte). Mit einer wachsenden Binnennachfrage werden auch in diesen Branchen günstigere Entwicklungsaussichten für die Zukunft erhofft.

Die *Chemieproduktion* war zwar weiter aufwärtsgerichtet, aber aus den Krisenregionen in Asien machten sich dämpfende Einflüsse im Zeitverlauf immer stärker bemerkbar.

<sup>15</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung Nr. 260 vom 11.11.1998: Auslandsinvestitionen erreichen weltweit neue Rekordhöhen (Unctad-Report) sowie Sheman, H.: Europäische Union: Direktinvestitionen in Drittländern vermehrt in der Form von Fusionen und Übernahmen. In: ifo-Schnelldienst 27/98, S. 7ff

<sup>16</sup> Vgl. Pusse, L.: a.a.O., S. 110-111, 119-120

<sup>17</sup> Vgl. Ifo-Konjunkturtest.

In den genannten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes (Straßenfahrzeugbau, Elektrotechnische Industrie, Maschinenbau, Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und chemische Industrie) arbeiten in Westdeutschland rd. 54 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dieses Wirtschaftsbereiches.

Auch in den *neuen Bundesländern* konzentrieren sich die Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe auf wenige Branchen. Die strukturellen Unterschiede sind nach wie vor erheblich. So arbeiten allein in den Zweigen Nahrungs- und Genussmittelindustrie sowie Stahl- und Leichtmetallbau ein gutes Viertel aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes (im Westen nur 14%). Es folgen der Straßenfahrzeugbau, die Elektrotechnik und der Maschinenbau. Die genannten Industriebranchen umfassen 58 % aller Beschäftigten. Diese Rangfolge macht zugleich die noch vorhandene Strukturschwäche der ostdeutschen Industrie deutlich; die Produktion des Ernährungsgewerbes ist vorrangig auf lokale Märkte orientiert. Überregionale Verflechtungen sind gering. Damit sind auch Impulse auf andere Zweige wenig ausgeprägt.

Das große Gewicht des Stahl- und Leichtmetallbaus wiederum resultiert zum großen Teil aus dem noch dominierenden Baugewerbe. Nachdem der Nachholbedarf an Baulichkeiten der Infrastruktur sowie an Gewerbebauten weitgehend gedeckt ist, kann, wie im Baugewerbe selbst, auch im Stahl- und Leichtmetallbau mit dem Abbau von Überkapazitäten und entsprechenden Konsequenzen für den Beschäftigungsstand gerechnet werden.

### Übersicht 3: Erwerbstätige im Verarbeitenden Gewerbe (Jahresdurchschnitt)

	Veränderung zum Vorjahr				Anteil an Erwerbstätigen insg. (%)	
	Westdeutschland		Ostdeutschland		West	Ost
	in 1000	in %	in 1000	in %		
1995	-175	-2,2	-15	-1,4	27,3	16,2
1996	-244	-3,1	-32	-3,1	26,7	16,0
1997	-176	-2,3	-14	-1,4	26,4	16,3
1998	-18	-0,2	14	1,4	26,3	16,6

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die *Aussichten für 1999* sind, wie schon die Tendenzen aus der vergangenen Entwicklung andeuten, uneinheitlich. Die *Auftragseingänge* im Verarbeitenden Gewerbe sind nach einem zwischenzeitlichen Hoch gegen Jahresende 1998 zuletzt wieder etwas ungünstiger als ein Jahr zuvor. Die deutliche Verschlechterung bei der Auslandsnachfrage konnte auch nicht durch höhere Inlandsaufträge kompensiert werden. Etwa gleich geblieben ist zuletzt (Stand Oktober 1998) die Lage bei den Investitionsgüterproduzenten. Die schon seit Jahresbeginn 1998 zu beobachtende Zunahme bei den Gebrauchsgüterproduzenten setzte sich auch in den letzten Monaten fort, so daß hier mindestens für das 1. Halbjahr 1999 günstige Produktionsaussichten zu erwarten sind. Eine Trendwende zum Negativen war zur Jahresmitte 1998 bei den Vorleistungsproduzenten zu verzeichnen. Bei den Produzenten von Verbrauchsgütern liegen die Auftragseingänge schon seit

längerer Zeit unterhalb des Niveaus von 1995. Diese für Gesamtdeutschland skizzierte Entwicklung verläuft in den neuen Bundesländern etwas positiver als im Westen. Der Anteil des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung dieses Wirtschaftsbereichs in Gesamtdeutschland betrug jedoch 1997 nur knapp 11%, so daß die etwas günstigere Situation in Ostdeutschland noch nicht durchschlägt.

In der Beurteilung des *Geschäftsklimas* zeigt sich in Westdeutschland der Saldo aus positiven und negativen Firmenmeldungen zunehmend negativ (ifo-Konjunkturtest Februar 1999: -14). Ostdeutsche Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes beurteilen seit längerer Zeit die Geschäftslage überwiegend positiv. Allerdings ist der Saldo zuletzt zurückgegangen (Februar: +2). Dieser Differenzierung entsprechen in etwa auch die kurzfristigen Beschäftigungserwartungen für das 1. Quartal 1999 aus der gleichen Befragung: Westdeutschland: Saldo -17 (Vorjahr: -13), Ostdeutschland: -13 (Vorjahr: -14).

Die exportorientierten Branchen wie Maschinenbau, Fahrzeugbau, Chemie und Elektrotechnik, die ja auch besonders beschäftigungsintensiv sind, bewerten lt. Umfragen die weitere Wirtschaftsentwicklung skeptisch<sup>18</sup>. Dennoch erwarten sie und die meisten anderen Zweige, daß ihr Personalbestand 1999 im großen und ganzen gehalten werden kann. Mit weniger Beschäftigten rechnen Branchen der Verbrauchsgüterindustrie (Ernährungsgewerbe, Textil- und Bekleidungsindustrie, Lederindustrie), aber auch Zweige der Eisen- und Stahlindustrie.

#### Baugewerbe

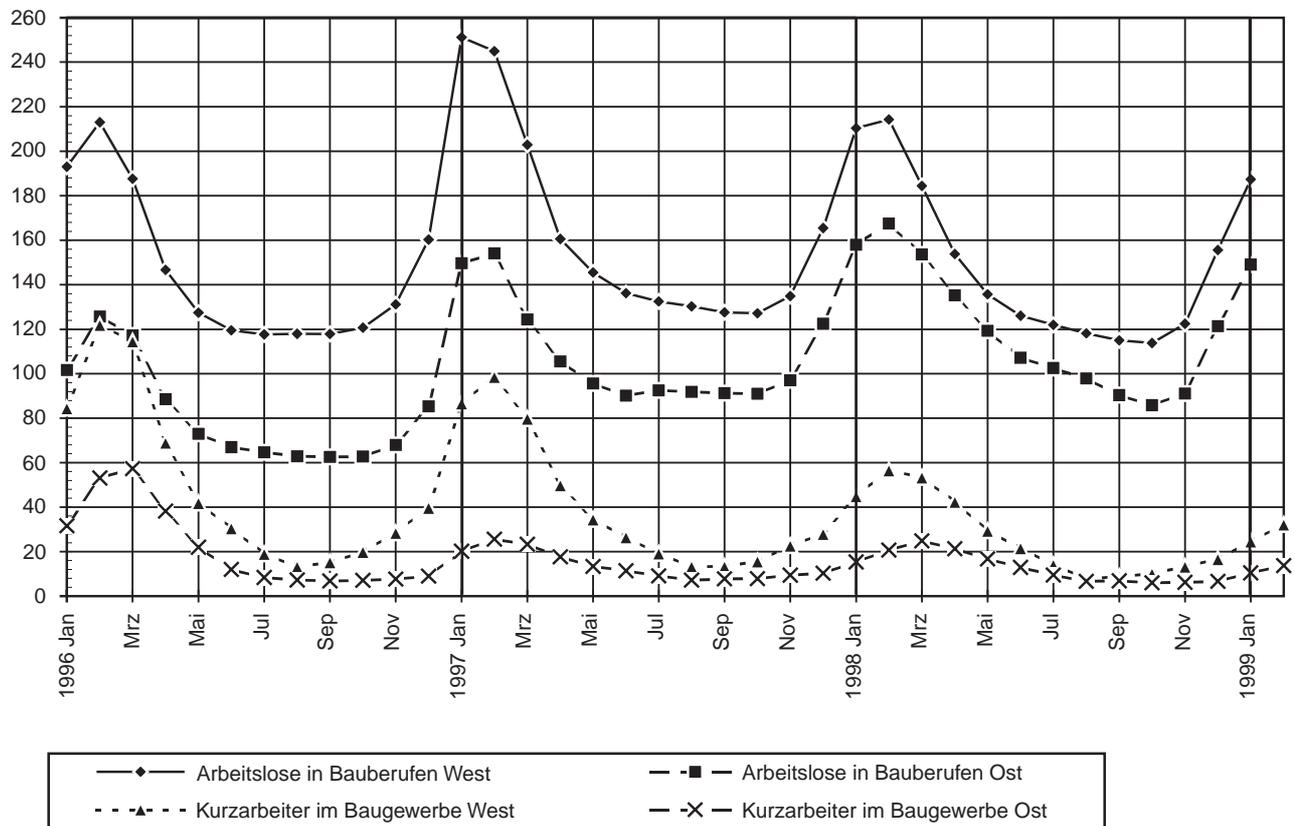
Auch 1998 konnte die mehrjährige Krise im Baugewerbe *Westdeutschlands* nicht überwunden werden. Die Investitionen im Wohnungsbau und im Wirtschaftsbau haben sich gegenüber dem Vorjahr erneut deutlich verringert (vgl. Tabelle 7). Lediglich Investitionen im öffentlichen Bau wurden weniger stark reduziert als in den Jahren seit 1995. Allerdings ist ihre Abnahme gegenüber 1997 im Vergleich zu den anderen Bausparten noch immer bedeutend kräftiger. Da der öffentliche Bau nur mit gut 12% an den gesamten Bauinvestitionen beteiligt ist, macht sich seine tendenziell günstigere Entwicklung im Gesamtbild aller Bauinvestitionen nicht weiter bemerkbar.

In den *neuen Bundesländern* setzte sich die Tendenz zu geringeren Bauinvestitionen verstärkt fort. Im Wohnungsbau ist die Phase der Expansion zunächst zu Ende gegangen. Änderungen in der Bauförderung als Folge eines gewissen Überangebots an Neubauten in Teilbereichen bremsen die Bauproduktion und führten zum Abbau von überschüssigen Produktionskapazitäten. Knappe finanzielle Mittel der großen Wohnungsunternehmen, die den größten Teil der zahlreichen noch in Plattenbauweise entstandenen Wohngebäude verwalten, engten die dringend notwendigen Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Altwohnungsbestand weiter ein. Die sich bereits 1997 andeutende Entwicklung kam im Jahresverlauf 1998 zur vollen Entfaltung (Abnahme der Bauinvestitionen im Wohnungsbau um rd. 10%).

Ähnlich dramatisch war die Entwicklung im Wirtschaftsbau. Überkapazitäten an Gewerbeflächen, die in den expansiven Jahren nach 1990 geschaffen wurden, schränken den Investitionsbedarf nunmehr merklich ein. Erweiterungen der Kapazitäten im sich relativ günstig entwickelnden Verarbeitenden Gewerbe konnten das Gesamtbild nicht spürbar aufhellen. Ähnlich wie in Westdeutschland hat sich die Lage im Öffentlichen Bau gegenüber den Vorjahren nicht weiter verschlech-

<sup>18</sup> Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln: Umfrage bei 42 Wirtschaftsverbänden, in: Direkt-Pressinformation aus dem IW, Nr.72/1998

Schaubild 5: Arbeitslose<sup>1</sup> und Kurzarbeiter<sup>2</sup> im Baugewerbe, Bundesgebiet West und Ost (1000 Pers.)



<sup>1</sup> Berufsgruppen 44-47, Stand Monatsende  
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

<sup>2</sup> Wirtschaftszweige 59-61, Stand Monatsmitte

tert. Im Gegenteil, die Bauinvestitionen in dieser Sparte konnten ihr Volumen halten gegenüber einer Gesamtabnahme der Bauinvestitionen um gut 8%.

Die skizzierte Entwicklung bei den Bauinvestitionen hatte entsprechende Auswirkungen auf die *Beschäftigtenentwicklung*. Die Abnahme der Beschäftigtenzahl im Baugewerbe betrug im Jahresdurchschnitt 1998 für West rd. 45.000 und für Ost knapp 50.000 Personen (vgl. Tabelle 6). Zwischen beiden Landesteilen bestanden allerdings im Hinblick auf die Entwicklung im Jahresverlauf große Unterschiede. Der Beschäftigungseinbruch im 1. Quartal 1998 war insbesondere im Baugewerbe der neuen Länder bedeutend größer als in den alten. Die im 2. Quartal 1998 einsetzende leichte Erholung konnte ihn zwar nicht kompensieren, aber die Abnahme der Beschäftigtenzahl im Baugewerbe fiel 1998 in Ostdeutschland mit 5 % doch um 1,1 %-Punkte geringer aus als im Jahr zuvor. In Westdeutschland war die Entwicklung im Jahresverlauf ausgeglichener. Die Abnahme der Beschäftigtenzahl war mit 2,5 % im Jahr 1998 nur halb so groß wie 1997.

Spiegelbildlich dazu nahm die Zahl der Arbeitslosen mit Bauberufen in Ostdeutschland bis zum Februar 1998 wieder zu, wenn auch schwächer als in den beiden Vorjahren. Sie lag im Jahresmittel trotz der im weiteren Jahresverlaufs wieder günstigeren Entwicklung über dem Niveau von 1997 (vgl. Schaubild 5). In Westdeutschland ist die Entwicklung anders ver-

laufen: Der Anstieg zum Jahreswechsel 1997/1998 konnte im Jahresverlauf abgebaut werden, so daß im Jahresdurchschnitt die Arbeitslosenzahl im Baugewerbe deutlich unter dem Vorjahr lag.

Für 1999 deutet sich in *Westdeutschland* das Ende der Rezession in der Bauwirtschaft an. Dabei sind die Erwartungen für die einzelnen Bausparten nicht einheitlich. Das ifo-Institut für Wirtschaftsforschung rechnet in allen drei Bausparten mit einer Zunahme der Produktion<sup>19</sup>, die insgesamt um real gut 2% höher als 1998 ausfallen könnte. Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie erwartet für Westdeutschland für 1999 eine Erhöhung der Bauinvestitionen um lediglich 1%.<sup>20</sup> Im Wohnungsbau wird aufgrund einer allmählichen Wiederbelebung der Nachfrage eine Zunahme um 1,5% bis 2% erwartet. Auch der Wirtschaftsbau könnte ein reales Wachstum um 1,5% bis gut 2% erreichen. Bei den seit Jahren ständig abnehmenden Bau-Investitionen des Staates deutet sich für 1999 eine Wende an. In der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes sind höhere Ansätze für Bauinvestitionen vorgesehen. Aber auch Länder und Kommunen dürften ihre Bauvorhaben insbesondere im Infrastrukturbereich nicht weiter aufschieben. Die Schätzungen zur Investitionsentwicklung im Öffentlichen Bau insgesamt reichen von -1% bis +1,5%. Bei Ansatz gleicher Produktivitätsentwicklung im westdeutschen Baugewerbe wie in den letzten beiden Jahren ergäbe sich hieraus dennoch eine leichte Abnahme des Beschäftigtenbestandes im Jahresdurchschnitt 1999 von schätzungsweise 20.000 Personen.

Die Perspektiven der Bauwirtschaft in *Ostdeutschland* sind ungünstiger. Überkapazitäten der Bauwirtschaft, hohe Leer-

<sup>19</sup> Vgl. Müller, J.: Westdeutsche Bauwirtschaft: 1999 wieder höhere Investitionsbudgets, in: ifo Schnelldienst 33/98, S. 9-13

<sup>20</sup> Vgl. Knipper, M.: Die Lage der deutschen Bauwirtschaft zum Jahreswechsel 1998/99, in: Wirtschaftsdienst 1998/12, S. 705-708

standsquoten bei Gewerbeimmobilien, knappe Finanzmittel bei potentiellen Investoren u. a. einschränkende Faktoren kennzeichnen auch 1999 das Umfeld des ostdeutschen Baugewerbes. Der geschätzte weitere Rückgang der Bauinvestitionen liegt zwischen 3,5% und 4%.<sup>21</sup> Sowohl der Wohnungs- als auch der Wirtschaftsbau haben mit weiteren Rückgängen in den Investitionen zu rechnen, wenn auch nur etwa halb so stark wie 1998. Im Öffentlichen Bau wird ein leichter Zuwachs erwartet.<sup>22</sup>

Legt man für die Arbeitsproduktivität eine gleiche Steigerung wie 1998 zugrunde (rd. 2,2% pro Beschäftigten), so würde die Erwerbstätigenzahl 1999 im ostdeutschen Baugewerbe erneut um gut 40.000 Personen abnehmen.

#### Dienstleistungssektor

Der Wirtschaftsbereich der Dienstleistungsunternehmen (einschl. Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe) gewann auch 1998 weiter an volkswirtschaftlicher Bedeutung. Nachdem bereits 1996 seine Bruttowertschöpfung (in Preisen von 1991) erstmals die des Produzierenden Gewerbes übertraf, setzte sich diese Tendenz auch in den Folgejahren fort. 1998 lag sein Beitrag knapp 4% über dem des Produzierenden Gewerbes. Die jährlichen und vierteljährlichen Wachstumsraten lagen stets deutlich über dem volkswirtschaftlichen Durchschnitt.

Dieses Gesamtbild wird noch nahezu ausschließlich durch die Situation in Westdeutschland geprägt. In den neuen Bundesländern sind zwar die Wachstumsraten der Dienstleistungsunternehmen ebenfalls eindeutig am höchsten, aber aufgrund der unterentwickelten Ausgangslage dieses Bereiches ist das absolute Volumen seiner Wirtschaftsleistung noch vergleichsweise niedrig. Es machte 1998 knapp zwei Drittel der Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes aus.

Hinter dieser durchschnittlichen Entwicklung stehen sehr verschiedene Entwicklungslinien einzelner Branchen aus dem breiten Leistungsspektrum der Dienstleistungsunternehmen. Neben expandierenden Unternehmen beispielsweise der Informationsverarbeitung oder der unterschiedlichsten Beratungsdienste stehen auch Unternehmen mit schwacher oder rückläufiger Entwicklung. So erfassen Rationalisierungen mit Konsequenzen zur Personalreduzierung seit einiger Zeit auch das Kredit- und Versicherungsgewerbe. Andere unternehmensnahe Dienstleister wie Architekten oder Bauberater sind von der Krise des Baugewerbes besonders betroffen. Diese kurzen Hinweise sollen die Heterogenität dieses Wirtschaftsbereiches unterstreichen, dessen statistische Durch-

leuchtung manche Wünsche offen läßt. Mehr als bei anderen Wirtschaftszweigen muß im Dienstleistungsbereich mit Schätzungen, Umrechnungen, Analogieschlüssen usw. gearbeitet werden.

#### Übersicht 4: Erwerbstätige in Dienstleistungsunternehmen sowie in den Bereichen Staat, Organisationen ohne Erwerbscharakter<sup>1</sup>, Bundesgebiet West und Ost (Jahresdurchschnitt)

	Dienstleistungsunternehmen				Staat				Organisationen ohne Erwerbscharakter <sup>1</sup>			
	West		Ost		West		Ost		West		Ost	
	in 1000	z. Vorj. in 1000	in 1000	z. Vorj. in 1000	in 1000	z. Vorj. in 1000	in 1000	z. Vorj. in 1000				
1993	6022	1111	170	100	4302	1322	-27	-104	1419	253	38	13
1994	6200	1223	178	112	4275	1249	-27	-73	1466	289	47	36
1995	6366	1306	166	83	4210	1199	-65	-50	1506	311	40	22
1996	6536	1341	170	35	4164	1156	-46	-43	1554	313	48	2
1997	6661	1337	125	-4	4120	1090	-44	-66	1581	302	27	-11
1998	6884	1392	223	55	4048	1060	-72	-30	1588	305	7	3

<sup>1</sup> einschl. private Haushalte

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die günstige Beschäftigungsentwicklung, insbesondere im Westen wird stark durch die Entwicklung der Dienstleistungsunternehmen geprägt (vgl. Übersicht 4). So überwiegt seit dem 2. Vierteljahr 1997 die positive Entwicklung des Personalbestandes bei rd. 1000 vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) quartalsweise befragten unternehmensnahen Dienstleistern.<sup>23</sup> Die Situation in den neuen Bundesländern ist zwar weniger günstig. Sie hat sich aber gegenüber 1997 und noch mehr gegenüber 1996 in der Tendenz deutlich verbessert.

Die konjunkturellen Schwankungen der Wirtschaft wirkten und wirken sich auf die Geschäftstätigkeit und Beschäftigtenentwicklung dieser Unternehmen branchenspezifisch unterschiedlich aus. In den beiden Branchen „EDV-Dienste“ und „Unternehmensberatung“ dominierten eindeutig die positiven Meldungen. Ebenso eindeutig, aber negativ gestaltete sich die Personalentwicklung in den Branchen „Architektur“ sowie „Technische Beratung und Planung“. In den übrigen Zweigen war die Entwicklung uneinheitlich und gemischt, zeigte aber zuletzt wieder positive Tendenzen.

Die Erwerbstätigenzahl ist in den westdeutschen Dienstleistungsunternehmen insgesamt mit beachtlichen Raten gewachsen (1996: +2,7 %, 1997: +1,9 %, 1998: +3,3 %). In den ostdeutschen Unternehmen war die Entwicklung zwar unsteigend, aber dennoch ebenfalls tendenziell zunehmend (1996: +2,7 %, 1997: -0,3 %, 1998: +4,1 %).

Im Dienstleistungsbereich „Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherungsträger und Einrichtungen ohne Erwerbszweck“ sind Zweige mit sehr unterschiedlichen Beschäftigungstendenzen zusammengefaßt. Die Zahl der Erwerbstätigen in der öffentlichen Verwaltung geht seit Jahren zurück, sowohl in Westdeutschland als auch verstärkt in den neuen Bundesländern. Die Ursachen der Entwicklung sind vielfältig: Straffung von Aufgabenabläufen (Stichwort „schlanker Staat“), Ausgliederung von Tätigkeitsfeldern im Zuge der Privatisierung, Abbau von systembedingten Überbesetzungen im Osten bei gleichzeitigem Aufbau von den westlichen Bundesländern entsprechenden Verwaltungsstrukturen.

<sup>21</sup> Vgl. Prognose des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, in: Die Welt, 4.1.99. Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie rechnet sogar mit einem Rückgang um 4%. in: Knipper: a.a.O.

Das ifo Institut für Wirtschaftsforschung setzt eine Abnahme um 3,9% an. in: Die Welt, 4.1.99. Im Juni 1998 legte das ifo Institut für Wirtschaftsforschung eine Prognose der ostdeutschen Bauinvestitionen 1998 bis 2002 vor. Danach wäre mit einer Abnahme der Bauinvestitionen im Jahresdurchschnitt von 1997 bis 2002 um 2,3% zu rechnen. Die mittlerweile für 1998 vorliegenden statistischen Daten lassen aber zumindest für 1999 eine noch schlechtere Entwicklung erwarten. Vgl. Gluch, E.: 1998 und 1999: Zwei schwere Jahre für die ostdeutsche Bauwirtschaft, in: ifo Schnelldienst 29/98, S.3-10. ders.: Anhaltender Rückgang der ostdeutschen Baunachfrage bis zum Jahre 2008 - Prognose der ostdeutschen Bauinvestitionen 1998 bis 2002/2008, in: ifo Dresden berichtet 6/1998, S.17-28

<sup>22</sup> Vgl. Knipper: a.a.O.

<sup>23</sup> Seit 1994 befragt das ZEW Mannheim in Zusammenarbeit mit dem Verband Vereine Creditreform quartalsweise rd. 1000 Unternehmen im gesamten Bundesgebiet aus zehn unternehmensnahen Dienstleistungsbranchen nach ihrer Geschäftsentwicklung einschl. ihrer Beschäftigtenentwicklung. Im einzelnen werden folgende Branchen unterschieden: EDV-Dienste; Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung; Unternehmensberatung; Architektur; Technische Beratung und Planung; Werbung; Fahrzeugvermietung; Spedition und Lagerei; Abfall- und Abwasserentsorgung. Eine ähnliche Befragung führt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung München seit Anfang 1995 speziell bei rd. 300 EDV-Dienstleistern durch.

Ergebnisse der Personalstandsstatistik für den *Öffentlichen Dienst* liegen z. T. bis zur Jahresmitte 1998 vor (vgl. Tabellen 8a und 8b)<sup>24</sup>. Danach nahmen die Erwerbstätigenzahlen des Öffentlichen Dienstes insgesamt (Bund, Länder, Kommunen sowie mittelbarer Öffentlicher Dienst) 1998 zu 1997 um 90.000 Personen ab, darunter im Bundesgebiet Ost um 30.000.

Auf 10.000 Einwohner in den neuen Bundesländern kamen Mitte 1998 nach unserer Rechnung 507 Vollzeitbeschäftigte im unmittelbaren Öffentlichen Dienst. Die Vergleichsquote für Westdeutschland betrug 416 Vollzeitbeschäftigte. Bei Ansatz einer gleichen Quote für den Osten wie im Westen resultierte daraus ein Überhang von rd. 140.000 Vollzeitbeschäftigten. 1997 betrug der Überhang rd. 150.000 und 1991 noch 475.000 Personen. Der Abstand zur Personalausstattung im westlichen Bundesgebiet wurde also nach dieser Rechnung auch im letzten Jahr weiter abgebaut.

Auch für die kommenden Jahre ist mit einem weiteren Abbau des Arbeitsvolumens im Öffentlichen Dienst zu rechnen. Anhaltende Bemühungen um Einsparungen legen diese Entwicklung nahe. Die dabei beschrittenen Wege werden wiederum sehr unterschiedlich sein: verschiedene Formen der Teilzeitarbeit einschl. der Intensivierung von Möglichkeiten zur Altersteilzeit, Ausgliederung von Dienstleistungen, die nicht zum Kernbereich der öffentlichen Verwaltung zählen, in privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen u.a. Der Beschäftigungsabbau erfolgt dabei in West- und Ostdeutschland zunehmend nach den gleichen Mustern.

Bei den *Organisationen ohne Erwerbszweck und Privaten Haushalten* nahm die Beschäftigung sowohl im Westen als auch im Osten nur noch geringfügig zu. Dazu trugen die Auswirkungen aus den Einschränkungen im Kur- und Bäderwesen bei.

Im ganzen nahmen auch 1998 im Dienstleistungssektor die Beschäftigtenzahlen zu. Die Zuwächse reichten aber weder in West noch Ost aus, die infolge von Arbeitsplatzverlusten in anderen Wirtschaftszweigen freigesetzten Arbeitskräfte vollständig aufzunehmen.

### 3.3 Begrenzte Potentiale für mehr Teilzeitbeschäftigung

#### *Begriff der Teilzeitbeschäftigung*

Im Hinblick auf die aktuelle beschäftigungspolitische Diskussion und international vergleichende Analysen von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Arbeitszeiten ist ein eindeutiger und einheitlicher Begriff der Teilzeitbeschäftigung dringend erforderlich. Die amtliche Definition des Statistischen Bundesamtes nach dem Mikrozensus<sup>25</sup> orientiert sich an der Selbsteinstufung der Befragten. Dabei dürfte es sich weit überwiegend um freiwillige Teilzeitarbeit aus eigenem Entschluß handeln. Außerdem gibt es akzeptierte Teil-

zeitarbeit, die zur Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen tarifvertraglich oder auf betrieblicher Ebene vereinbart wird. Im folgenden ist allein von erstgenannter freiwilliger Teilzeitarbeit die Rede. Im Bereich der akzeptierten Teilzeitarbeit ist die Informationsbasis ausgesprochen schmal.

#### *Umfang, Struktur und Entwicklung*

Der Trend zur freiwilligen Teilzeitarbeit ist ungebrochen und entlastet den Arbeitsmarkt spürbar. Die Teilzeitquote hat sich in Deutschland 1998 auf 19 % erhöht (West 21 %, Ost 12 %). In den letzten 5 Jahren ist sie in West und Ost um durchschnittlich 0,7 %-Punkte angestiegen.<sup>26</sup>

Während die Zahl der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer von 1991 bis 1998 um rd. 3,8 Mio abgenommen hat, ist die der Teilzeitbeschäftigten um gut 1 Mio angestiegen. Per Saldo ging die Beschäftigung in diesem Zeitraum insgesamt um knapp 2,8 Mio Personen zurück. Diese Entwicklungstendenzen waren sowohl in West- als auch in Ostdeutschland zu verzeichnen.

In den alten Bundesländern gab es insgesamt 1998 gut 1,3 Mio Beschäftigte weniger als 1991. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten nahm um gut 2,3 Mio ab, die der Teilzeitbeschäftigten um 1 Mio zu. Die Teilzeitquote erhöhte sich von 15,7 % auf 20,6 %.

In den neuen Bundesländern verringerte sich von 1991 bis 1998 die Gesamtzahl der Arbeitnehmer um gut 1,4 Mio Personen. Dahinter standen Rückgänge bei den Vollzeitbeschäftigten von knapp 1,5 Mio und Zunahmen bei der Teilzeitbeschäftigung von gut 30.000. Die Teilzeitquote erhöhte sich entsprechend von 8,9 % auf 11,8 % (vgl. Tabelle 9).

Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen der Arbeitnehmer in Deutschland ist von 1992 bis 1998 um rd. 9 % geschrumpft. Die Zahl der *Arbeitnehmer* ging um gut 6 % zurück und die Zahl der von ihnen *geleisteten Arbeitsstunden* um knapp 3 %. <sup>2/3</sup> der Verkürzung der Jahresarbeitszeit entfallen auf die Zunahme der Teilzeitarbeit. Durch mehr Teilzeitarbeit wurde das schrumpfende Arbeitsvolumen auf mehr Personen verteilt und der Beschäftigungsrückgang gemildert (vgl. Tabelle 9).

Dieser Befund macht deutlich, daß die Förderung von Teilzeitarbeit im Rahmen einer Strategie für mehr Beschäftigung große Bedeutung haben kann. Teilzeitarbeitsplätze können durch Teilung zu Lasten *bestehender* Vollzeitarbeitsplätze entstehen. Andererseits spricht einiges dafür, daß sich die Teilzeitarbeit großenteils im längerfristigen Prozeß des Werdens und Vergehens von Arbeitsplätzen sowie im Zusammenspiel mit der zunehmenden Erwerbsbeteiligung der Frauen entwickelt.

Für das Jahr 1999 erwarten wir in der mittleren Variante (BIP +2 %) einen leichten Rückgang der Zahl der Arbeitnehmer. Wie schon in der Vergangenheit ist die Entwicklung weiterhin gespalten. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten dürfte kräftig abnehmen (- 220.000), und die der Teilzeitbeschäftigten weiter stark zunehmen (+ 215.000). Die Teilzeitquote schätzen wir für 1999 auf knapp 20 %.

Die Zunahme der Teilzeitquoten betraf in der Vergangenheit alle Wirtschaftszweige (vgl. Tabelle 10). Die stärkste Entwicklung und das höchste Niveau sind im Dienstleistungssektor festzustellen. Dort sind allein 80 % aller Teilzeitbeschäftigten tätig. Von der Gesamtzunahme der Teilzeitquote (West) im Zeitraum 1960 bis 1998 um insgesamt 18 Prozentpunkte sind (nach eigener Berechnung) 13 Prozentpunkte auf die allgemeine Tendenz zu mehr Teilzeitarbeit zurückzuführen.

<sup>24</sup> Vgl. hierzu auch Breidenstein, W.: Beschäftigte der öffentlichen Arbeitgeber am 30. Juni 1997, in: *Wirtschaft und Statistik*, 10/1998, S. 833-839

<sup>25</sup> Beim Mikrozensus stufen die Befragten ihre Beschäftigungsart selbst ein. Teilzeitarbeit sollte gewöhnlich alle Beschäftigungsverhältnisse einschließen, die eine Arbeitszeit unterhalb der Normalarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten haben, ganz gleich ob sie versicherungspflichtig oder geringfügig sind. Dieser Begriff ist allerdings mehrdimensional (im Hinblick auf den Grund bzw. die individuelle Akzeptanz der Teilzeitarbeit) sowie nicht trennscharf (im Hinblick auf Arbeitnehmer- bzw. Betriebsperspektiven).

<sup>26</sup> Die wirtschaftsfachlichen Teilzeitquoten des Mikrozensus (vgl. Tabelle 10) wurden in die Arbeitszeitrechnung des IAB übernommen. Durch Struktureffekte und die Umrechnung auf Jahresdurchschnitte ergeben sich gesamtwirtschaftlich zum Mikrozensus leichte Abweichungen.

ren. Der intersektorale Strukturwandel – hin zu mehr Dienstleistungen und mehr Frauenbeschäftigung – erklärt 5 Prozentpunkte. Demnach überwog die *allgemeine* Tendenz zu mehr Teilzeitarbeit die Einflüsse aus dem Wandel der Wirtschaftsstruktur.

Die innere Zeitstruktur der Teilzeitbeschäftigung hat sich im Zeitablauf verändert (vgl. Tabelle 11). Überdurchschnittlich zugenommen hat die Zahl der Beschäftigten im Niedrigstundenbereich (bis 15 Wochenstunden), v.a. die der sogenannten geringfügig Beschäftigten.<sup>27</sup>

So gab es in Deutschland 1998 rd. 3,8 Mio. sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigte, rd. 400.000 bzw. 13 % mehr als 1994. Die Zahl der (ausschließlich) geringfügig Beschäftigten (nach dem Mikrozensus) war 1998 mit gut 2,1 Mio doppelt so groß wie 1994. Beleuchtet man einige strukturelle Aspekte der geringfügig Beschäftigten, so zeigt sich, daß drei Viertel davon Frauen, und wiederum drei Viertel von ihnen *verheiratete* Frauen sind, die – freiwillig oder mangels anderer Alternativen – das Haushalts- und Familieneinkommen aufstocken. Die Hälfte der geringfügig beschäftigten Männer sind Rentner oder Studenten.

Feststeht allerdings, daß bei der Erfassung der geringfügigen Beschäftigung im Rahmen des amtlichen Mikrozensus aufgrund eines „zögerlichen Antwortverhaltens“ der Befragten<sup>28</sup> eine Untererfassung gegeben ist. Der Bestand wird je nach Erfassungsmethode und erfassender Institution auf 2 bis gut 7 Mio veranschlagt. Hier muß allerdings insbesondere beachtet werden, ob jeweils der Erwerbseinkommensbegriff im Sinne der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und eine Jahresdurchschnitts- oder Fallbetrachtung zugrunde liegen.

#### *Internationale Vergleiche*

In der Europäischen Gemeinschaft mit bisher 15 Mitgliedstaaten liegt Deutschland mit einer Teilzeitquote von 17,6 % (im Jahr 1997) nach der Selbsteinstufung der befragten Arbeitnehmer in der Arbeitskräfteerhebung der EU (im Rahmen des Mikrozensus) knapp im Durchschnitt. Die Extrema bilden hier mit 38,4 % die Niederlande und mit 3,4 % Griechenland. Gemessen an der Teilzeitquote rangiert Deutschland mit Frankreich an fünfter Stelle (vgl. Tabelle 12).

Betrachtet man die Entwicklung seit 1992, so ist die Teilzeitquote in Deutschland mit + 3,4 %-Punkten überdurchschnittlich gestiegen. (EU-15: + 1,8 %-Punkte).

Die von den Teilzeitbeschäftigten normalerweise im Durchschnitt geleistete Wochenarbeitszeit lag in Deutschland 1997 mit 18,5 Stunden etwas unter dem EU-Durchschnitt (19,7 Stunden). Im Bereich der geringfügigen Beschäftigung (1-10 Wochenstunden) waren in Deutschland im Jahre 1997 21,0 % der Teilzeitbeschäftigten tätig. Im europäischen Durchschnitt waren es 19 % (zum Vergleich: in Holland lag dieser Anteil mit 28 % weit höher).

<sup>27</sup> Die Zunahme ist teilweise auch bedingt durch Änderungen im Erhebungskonzept des Mikrozensus (vor allem Änderung der Leitfrage im Jahr 1996).

<sup>28</sup> Unklarheiten über Steuer- und Versicherungspflicht sowie vereinzelt auch der Versuch, ihr auszuweichen, dürften dazu beitragen.

<sup>29</sup> Vgl. Beckmann, P., Kempf, B.: Arbeitszeit und Arbeitszeitwünsche von Frauen in West- und Ostdeutschland, in: MittAB 3/1996, S. 388 ff. Holst, E., Schupp, J.: Erwerbsbeteiligung und Arbeitszeitwünsche 1993 und 1997. West- und Ostdeutschland im Vergleich, in: Deutschland im Wandel, Glotzer/Ostner (Hrsg.), 1999, S. 289 ff.

<sup>30</sup> Die folgenden Ausführungen stützen sich auf aktualisierte Auswertungen des SOEP von Holst /Schupp: Arbeitszeitpräferenzen in West- und Ostdeutschland, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 37 /1998, S. 667 ff.

Die Höhe der Teilzeitquote in den einzelnen Mitgliedstaaten der EU wird auch durch den jeweiligen Anteil der Frauen und den Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor bestimmt. Eine tiefgehende Ursachenanalyse würde allerdings den hier gesetzten Rahmen sprengen.

#### *Potentiale für mehr Teilzeitbeschäftigung*

Es wird allgemein mit einem weiteren Anstieg der Teilzeitbeschäftigung gerechnet. Die Aussagekraft und Realitätsnähe von Befragungen der Arbeitnehmer zu ihrer Neigung von Vollzeit- in Teilzeitbeschäftigung zu wechseln, hängt allerdings davon ab, ob dabei auch die Bedingungen, insbesondere im Hinblick auf entsprechende Einkommensverzichte, angegeben werden. Individuelle und familiäre Realeinkommensverluste der letzten Jahre dürften dazu beigetragen haben, daß es für viele Arbeitnehmer heute schwieriger als früher sein dürfte, auf einen Teil ihres Einkommens infolge einer kräftigen Verkürzung ihrer Arbeitszeit zu verzichten.

So zeigen Erhebungen zur Feststellung der Arbeitszeitpräferenzen, daß die Bereitschaft zur Teilzeitbeschäftigung unter den derzeitigen Arbeitsmarkt- und Einkommensbedingungen nachgelassen hat.<sup>29</sup> Im Zuge der Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung und aufgrund von tariflichen Arbeitszeitverkürzungen wurden in der Vergangenheit zudem viele Wünsche nach kürzeren Arbeitszeiten schon befriedigt. Das arbeitnehmerseitige Wunsch-Potential ist deshalb heute wohl kleiner als früher.

Dennoch ist bei Männern und Frauen der Wunsch nach kürzeren Arbeitszeiten auch unter entsprechendem Einkommensverzicht nach wie vor weit verbreitet. Immerhin möchte fast ein Drittel der Vollzeit-Beschäftigten in Deutschland auch unter entsprechendem Einkommensverzicht kürzere Zeit arbeiten (nach SOEP 1997).<sup>30</sup> Dies schließt Wünsche nach weniger Überstunden, kürzerer tariflicher Arbeitszeit und nach Teilzeitarbeit ein.

In Westdeutschland wünschten sich im Jahr 1997 31 % aller Vollzeitbeschäftigten eine um durchschnittlich 8,2 Stunden geringere Wochenarbeitszeit. In Ostdeutschland war es nicht viel anders (33 % bzw. 8,6 Wochenstunden). Die meisten Arbeitnehmer waren allerdings mit ihrer Arbeitszeit zufrieden. Der kleinere Teil wollte länger arbeiten (vgl. Tabelle 13). Per Saldo wünschten sich die Vollzeitbeschäftigten eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit um durchschnittlich 0,8 bzw. 1,2 Stunden. Die Teilzeitbeschäftigten in West- und Ostdeutschland wünschen sich demgegenüber per Saldo jeweils eine um rd. 4,5 Stunden längere Wochenarbeitszeit.

Eine an gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungserfordernissen orientierte Arbeitszeitpolitik müßte primär die Verwirklichung von Wünschen nach kürzerer Arbeitszeit unterstützen, denn dieses Potential könnte beschäftigungswirksam genutzt werden. Zugleich dürfte sie aber den Wünschen der Teilzeitbeschäftigten, die länger arbeiten wollen, nichts entgegenzusetzen, wenn sie bei Wahlentscheidungen zwischen Voll- und Teilzeitarbeit den Prinzipien von Freiwilligkeit und Reversibilität verpflichtet ist. So dürfte sie nicht dazu beitragen, daß sich unfreiwillige Teilzeitarbeit verfestigt, z.B. in beschäftigungsschaffenden Maßnahmen mangels anderer Alternative. Die auf Arbeitszeitverlängerung gerichteten Wünsche der Vollzeitbeschäftigten (z.B. nach mehr Überstunden) wären im Hinblick auf die hohe unfreiwillige Arbeitslosigkeit demgegenüber nachrangig.

Würden die Arbeitszeitwünsche *ohne* die Verlängerungswünsche der Vollzeitbeschäftigten verwirklicht, so entspräche

dies per Saldo einer um 0,9 bzw. 1,8 Stunden kürzeren Wochenarbeit und (unter sonst gleichen Bedingungen) einem Jahresarbeitsvolumen von rd. 1,4 Mrd Stunden (West: 1 Mrd, Ost: 0,4 Mrd). Unter der Annahme, daß es durch Vollzeit- oder Teilzeitkräfte in durchschnittlicher Mischung kostenneutral ersetzt wird, steht es für ein Beschäftigungsäquivalent von rd. 1 Mio Personen (West: 0,7 Mio, Ost: 0,3 Mio).

Diese Rechnung soll aber lediglich Größenordnungen deutlich machen. Zu warnen ist vor der Erwartung schneller Umsetzungserfolge.<sup>31</sup> Die beschriebenen Potentiale sind bestenfalls langfristig auszuschöpfen. Mögliche Produktivitäts- und Überstundeneffekte sind ins Kalkül einzubeziehen. Der potentielle Beschäftigungseffekt wäre entsprechend niedriger einzuschätzen. Zu berücksichtigen wären außerdem Wirkungen aus der volkswirtschaftlichen Interdependenz.

---

<sup>31</sup> Zu Möglichkeiten und Grenzen einer Umsetzung vgl. Teriet, B.: Mit mehr Teilzeit zu mehr Beschäftigung, in: Autorengemeinschaft: IAB-AGENDA '98 – Wissenschaftliche Befunde und Empfehlungen zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. IAB-Werkstattbericht 10/1998, S. 63 ff.

Mögliche Substitutionsvorgänge dürften nicht friktionsfrei ablaufen. Den auf Teilarbeitsmärkten zu erwartenden Mismatch von Angebot und Nachfrage könnten die berufliche Beweglichkeit der Arbeitnehmer, betriebliche Weiterbildung sowie flankierende Maßnahmen zur beruflichen Bildung mindern.

Mit Blick auf den Abbau der Arbeitslosigkeit ist u.a. zu bedenken, daß in Deutschland eine große Stille Reserve existiert. Teile davon könnten mobilisiert werden, wenn von den Betrieben zusätzliche Teilzeitangebote gemacht werden. Nicht auszuschließen ist auch, daß vermehrte Teilzeitangebote die Erwerbsneigung und damit das Erwerbspersonenpotential erhöhen. Beides würde den möglichen Entlastungseffekt bei der registrierten Arbeitslosigkeit mindern.

Die Förderung von Teilzeitarbeit hat im Rahmen einer Strategie für mehr Beschäftigung und weniger Arbeitslosigkeit zwar nach wie vor hohe Bedeutung. Dennoch sollte ihr kurzfristig erwartbarer Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit aus den genannten Gründen nicht überschätzt werden.

Tabelle 1: Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung 1999

		1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999			
										Var. I	Var. II	Var. III
<b>A. Die Nachfrage nach Arbeitskräften</b>												
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
Bruttoinlandsprodukt (real)	West	+ 1,8	- 2,0	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,1	+ 2,3	+ 2,8	+ 1,0	+ 2,0	+ 3,0	
	Ost	+ 7,8	+ 9,3	+ 9,6	+ 4,4	+ 3,2	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,3	+ 2,0	+ 2,8	
	Insg.	+ 2,2	- 1,2	+ 2,7	+ 1,2	+ 1,3	+ 2,2	+ 2,8	+ 1,0	+ 2,0	+ 3,0	
Stundenproduktivität	West	+ 0,2	+ 0,7	+ 3,4	+ 2,9	+ 2,4	+ 3,5	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,7	+ 2,1	
	Ost	+ 7,4	+ 10,6	+ 9,8	+ 5,5	+ 6,0	+ 5,6	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,4	
	Insg.	+ 0,8	+ 1,3	+ 3,8	+ 3,0	+ 2,9	+ 4,0	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,2	
Arbeitsvolumen	West	+ 1,6	- 2,8	- 1,3	- 1,9	- 1,3	- 1,2	+ 0,8	- 0,3	+ 0,3	+ 0,9	
	Ost	+ 0,4	- 1,1	- 0,2	- 1,0	- 2,6	- 3,7	+ 0,5	- 0,7	- 0,1	+ 0,4	
	Insg.	+ 1,4	- 2,5	- 1,1	- 1,8	- 1,6	- 1,7	+ 0,8	- 0,4	+ 0,2	+ 0,8	
Durchschnittliche Arbeitszeit	West	+ 0,7	- 1,2	- 0,1	- 1,3	- 0,2	- 0,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,1	+ 0,3	
	Ost	+ 15,1	+ 1,6	- 1,9	- 2,0	- 0,6	- 0,7	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,6	
	Insg.	+ 3,3	- 0,7	- 0,4	- 1,4	- 0,3	- 0,4	+ 0,7	- 0,1	+ 0,1	+ 0,3	
dav. Arbeitstage-Effekt	West	+ 1,4	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	- 0,2	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	
	Ost	+ 1,5	+ 0,4	- 0,8	- 0,5	+ 0,1	- 0,5	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	
	Insg.	+ 1,5	+ 0,1	- 0,5	- 0,4	+ 0,1	- 0,3	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	
Tägliche Arbeitszeit	West	- 0,8	- 1,3	+ 0,3	- 0,9	- 0,4	- 0,1	- 0,1	- 0,6	- 0,4	- 0,2	
	Ost	+ 13,4	+ 1,2	- 1,1	- 1,5	- 0,6	- 0,2	- 0,3	- 0,7	- 0,4	- 0,2	
	Insg.	+ 1,8	- 0,9	+ 0,1	- 1,0	- 0,4	- 0,1	- 0,2	- 0,6	- 0,4	- 0,2	
Erwerbstätige	West	+ 0,9	- 1,5	- 1,2	- 0,7	- 1,1	- 1,0	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,6	
	Ost	- 12,8	- 2,6	+ 1,8	+ 1,0	- 2,0	- 3,0	- 0,4	- 0,8	- 0,5	- 0,2	
	Insg.	- 1,8	- 1,7	- 0,7	- 0,4	- 1,3	- 1,3	+ 0,0	- 0,3	+ 0,1	+ 0,5	
Personen in 1000 bzw. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000												
Erwerbstätige	West	29.457	29.002	28.656	28.464	28.156	27.884	27.915	27.865	27.965	28.085	
	Ost	6.387	6.219	6.330	6.396	6.267	6.078	6.055	6.005	6.025	6.045	
	Insg.	35.844	35.221	34.986	34.860	34.423	33.962	33.970	33.870	33.990	34.130	
	West	+ 268	- 455	- 346	- 192	- 308	- 272	+ 31	- 50	+ 50	+ 170	
	Ost	- 934	- 168	+ 111	+ 66	- 129	- 189	- 23	- 50	- 30	- 10	
	Insg.	- 666	- 623	- 235	- 126	- 437	- 461	+ 8	- 100	+ 20	+ 160	
Selbständige und Mithelfende	West	3.067	3.071	3.086	3.099	3.104	3.114	3.130	3.140	3.140	3.140	
	Ost	418	462	501	515	518	534	557	572	572	572	
	Insg.	3.485	3.533	3.587	3.614	3.622	3.648	3.687	3.712	3.712	3.712	
	West	+ 14	+ 4	+ 15	+ 13	+ 5	+ 10	+ 16	+ 10	+ 10	+ 10	
	Ost	+ 47	+ 44	+ 39	+ 14	+ 3	+ 16	+ 23	+ 15	+ 15	+ 15	
	Insg.	+ 61	+ 48	+ 54	+ 27	+ 8	+ 26	+ 39	+ 25	+ 25	+ 25	
Beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt	West	26.390	25.931	25.570	25.365	25.052	24.770	24.785	24.725	24.825	24.945	
	Ost	5.969	5.757	5.829	5.881	5.749	5.544	5.498	5.433	5.453	5.473	
	Insg.	32.359	31.688	31.399	31.246	30.801	30.314	30.283	30.158	30.278	30.418	
	West	+ 254	- 459	- 361	- 205	- 313	- 282	+ 15	- 60	+ 40	+ 160	
	Ost	- 981	- 212	+ 72	+ 52	- 132	- 205	- 46	- 65	- 45	- 25	
	Insg.	- 727	- 671	- 289	- 153	- 445	- 487	- 31	- 125	- 5	+ 135	
1. "Erster" Arbeitsmarkt (hier: Insgesamt ohne ABM und SAM)	West	26.312	25.880	25.513	25.294	24.976	24.703	24.714	24.612	24.712	24.832	
	Ost	5.581	5.498	5.549	5.569	5.472	5.310	5.181	5.048	5.068	5.088	
	Insg.	31.893	31.378	31.062	30.863	30.448	30.013	29.895	29.660	29.780	29.920	
	West	+ 259	- 432	- 367	- 219	- 318	- 273	+ 11	- 102	- 2	+ 118	
	Ost	- 1186	- 83	+ 51	+ 20	- 97	- 162	- 129	- 133	- 113	- 93	
	Insg.	- 927	- 515	- 316	- 199	- 415	- 435	- 118	- 235	- 115	+ 25	
2. "Zweiter" Arbeitsmarkt (hier: ABM und SAM)	West	78	51	57	71	76	67	71	83	83	83	
	Ost	388	259	280	312	277	234	317	370	370	370	
	Insg.	466	310	337	383	353	301	388	453	453	453	
	West	- 5	- 27	+ 6	+ 14	+ 5	- 9	+ 4	+ 12	+ 12	+ 12	
	Ost	+ 205	- 129	+ 21	+ 32	- 35	- 43	+ 83	+ 53	+ 53	+ 53	
	Insg.	+ 200	- 156	+ 27	+ 46	- 30	- 52	+ 87	+ 65	+ 65	+ 65	
dav. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)	West	78	51	57	70	70	59	59	70	70	70	
	Ost	388	237	192	206	191	154	152	170	170	170	
	Insg.	466	288	249	276	261	213	211	240	240	240	
Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM)	West				1	6	8	12	13	13	13	
	Ost		22	88	106	86	80	165	200	200	200	
	Insg.		22	88	107	92	88	177	213	213	213	
3. Außerdem: Aus Sofortprogramm Jugendarbeitslosigkeit	West								30	30	30	
	Ost								15	15	15	
	Insg.								45	45	45	
Nachr.: Kurzarbeiter	West	283	767	275	128	206	133	81	200	100	60	
	Ost	370	181	97	71	71	49	34	80	50	30	
	Insg.	653	948	372	199	277	182	115	280	150	90	

Noch Tabelle 1: Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung 1999

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999		
								Var. I	Var. II	Var. III

**B. Das Arbeitskräfteangebot**

Personen in 1000 bzw. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000

<b>Erwerbspersonenpotential insgesamt</b>	<b>West</b>	<b>32.525</b>	<b>32.698</b>	<b>32.707</b>	<b>32.750</b>	<b>32.781</b>	<b>32.823</b>	<b>32.744</b>	<b>32.598</b>	<b>32.598</b>	<b>32.598</b>
	<b>Ost</b>	<b>8.836</b>	<b>8.731</b>	<b>8.612</b>	<b>8.467</b>	<b>8.345</b>	<b>8.227</b>	<b>8.151</b>	<b>8.078</b>	<b>8.078</b>	<b>8.078</b>
	<b>Insg.</b>	<b>41.361</b>	<b>41.429</b>	<b>41.319</b>	<b>41.217</b>	<b>41.126</b>	<b>41.050</b>	<b>40.895</b>	<b>40.677</b>	<b>40.677</b>	<b>40.677</b>
	<b>West</b>	<b>+ 392</b>	<b>+ 173</b>	<b>+ 9</b>	<b>+ 43</b>	<b>+ 31</b>	<b>+ 43</b>	<b>- 79</b>	<b>- 146</b>	<b>- 146</b>	<b>- 146</b>
	<b>Ost</b>	<b>- 125</b>	<b>- 105</b>	<b>- 119</b>	<b>- 145</b>	<b>- 122</b>	<b>- 119</b>	<b>- 76</b>	<b>- 72</b>	<b>- 72</b>	<b>- 72</b>
	<b>Insg.</b>	<b>+ 267</b>	<b>+ 68</b>	<b>- 110</b>	<b>- 102</b>	<b>- 91</b>	<b>- 76</b>	<b>- 156</b>	<b>- 218</b>	<b>- 218</b>	<b>- 218</b>
	<b>West</b>	<b>- 90</b>	<b>- 112</b>	<b>- 158</b>	<b>- 180</b>	<b>- 162</b>	<b>- 128</b>	<b>- 140</b>	<b>- 198</b>	<b>- 198</b>	<b>- 198</b>
dav. Demographie	<b>Ost</b>	<b>- 28</b>	<b>- 27</b>	<b>- 39</b>	<b>- 48</b>	<b>- 45</b>	<b>- 29</b>	<b>- 21</b>	<b>- 32</b>	<b>- 32</b>	<b>- 32</b>
	<b>Insg.</b>	<b>- 118</b>	<b>- 139</b>	<b>- 197</b>	<b>- 228</b>	<b>- 207</b>	<b>- 157</b>	<b>- 161</b>	<b>- 230</b>	<b>- 230</b>	<b>- 230</b>
	<b>West</b>	<b>- 99</b>	<b>- 45</b>	<b>- 25</b>	<b>+ 13</b>	<b>+ 29</b>	<b>+ 77</b>	<b>+ 77</b>	<b>+ 87</b>	<b>+ 87</b>	<b>+ 87</b>
Verhaltenskomponente	<b>Ost</b>	<b>+ 40</b>	<b>- 93</b>	<b>- 82</b>	<b>- 105</b>	<b>- 103</b>	<b>- 88</b>	<b>- 44</b>	<b>- 44</b>	<b>- 44</b>	<b>- 44</b>
	<b>Insg.</b>	<b>- 59</b>	<b>- 138</b>	<b>- 107</b>	<b>- 92</b>	<b>- 74</b>	<b>- 11</b>	<b>+ 33</b>	<b>+ 43</b>	<b>+ 43</b>	<b>+ 43</b>
	<b>West</b>	<b>+ 475</b>	<b>+ 327</b>	<b>+ 177</b>	<b>+ 167</b>	<b>+ 160</b>	<b>+ 81</b>	<b>- 16</b>	<b>- 21</b>	<b>- 21</b>	<b>- 21</b>
Wanderungen	<b>Ost</b>	<b>- 68</b>	<b>+ 2</b>	<b>+ 3</b>	<b>+ 22</b>	<b>+ 22</b>	<b>+ 9</b>	<b>- 12</b>	<b>- 12</b>	<b>- 12</b>	<b>- 12</b>
	<b>Insg.</b>	<b>+ 407</b>	<b>+ 329</b>	<b>+ 180</b>	<b>+ 189</b>	<b>+ 182</b>	<b>+ 90</b>	<b>- 28</b>	<b>- 33</b>	<b>- 33</b>	<b>- 33</b>
	<b>West</b>	<b>+ 106</b>	<b>+ 3</b>	<b>+ 15</b>	<b>+ 43</b>	<b>+ 4</b>	<b>+ 13</b>	<b>- 0</b>	<b>- 14</b>	<b>- 14</b>	<b>- 14</b>
Veränderung Pendlersaldo	<b>Ost</b>	<b>- 69</b>	<b>+ 13</b>	<b>- 1</b>	<b>- 14</b>	<b>+ 4</b>	<b>- 11</b>	<b>+ 1</b>	<b>+ 16</b>	<b>+ 16</b>	<b>+ 16</b>
	<b>Insg.</b>	<b>+ 37</b>	<b>+ 16</b>	<b>+ 14</b>	<b>+ 29</b>	<b>+ 8</b>	<b>+ 2</b>	<b>+ 1</b>	<b>+ 2</b>	<b>+ 2</b>	<b>+ 2</b>

<b>Erwerbspersonenpotential Deutsche</b>	<b>West</b>	<b>29.348</b>	<b>29.317</b>	<b>29.229</b>	<b>29.142</b>	<b>29.056</b>	<b>29.031</b>	<b>28.979</b>	<b>28.872</b>	<b>28.872</b>	<b>28.872</b>
	<b>Ost</b>	<b>8.717</b>	<b>8.580</b>	<b>8.435</b>	<b>8.273</b>	<b>8.135</b>	<b>8.009</b>	<b>7.941</b>	<b>7.876</b>	<b>7.876</b>	<b>7.876</b>
	<b>Insg.</b>	<b>38.065</b>	<b>37.897</b>	<b>37.664</b>	<b>37.415</b>	<b>37.191</b>	<b>37.040</b>	<b>36.920</b>	<b>36.748</b>	<b>36.748</b>	<b>36.748</b>
	<b>West</b>	<b>+ 51</b>	<b>- 31</b>	<b>- 88</b>	<b>- 87</b>	<b>- 86</b>	<b>- 24</b>	<b>- 52</b>	<b>- 108</b>	<b>- 108</b>	<b>- 108</b>
	<b>Ost</b>	<b>- 151</b>	<b>- 137</b>	<b>- 145</b>	<b>- 162</b>	<b>- 138</b>	<b>- 127</b>	<b>- 68</b>	<b>- 64</b>	<b>- 64</b>	<b>- 64</b>
	<b>Insg.</b>	<b>- 100</b>	<b>- 168</b>	<b>- 233</b>	<b>- 249</b>	<b>- 224</b>	<b>- 151</b>	<b>- 120</b>	<b>- 172</b>	<b>- 172</b>	<b>- 172</b>
	<b>West</b>	<b>- 144</b>	<b>- 171</b>	<b>- 214</b>	<b>- 235</b>	<b>- 216</b>	<b>- 186</b>	<b>- 187</b>	<b>- 230</b>	<b>- 230</b>	<b>- 230</b>
dav. Demographie	<b>Ost</b>	<b>- 26</b>	<b>- 24</b>	<b>- 39</b>	<b>- 50</b>	<b>- 47</b>	<b>- 32</b>	<b>- 24</b>	<b>- 34</b>	<b>- 34</b>	<b>- 34</b>
	<b>Insg.</b>	<b>- 170</b>	<b>- 195</b>	<b>- 253</b>	<b>- 285</b>	<b>- 263</b>	<b>- 218</b>	<b>- 211</b>	<b>- 264</b>	<b>- 264</b>	<b>- 264</b>
	<b>West</b>	<b>- 64</b>	<b>+ 7</b>	<b>+ 3</b>	<b>+ 28</b>	<b>+ 48</b>	<b>+ 83</b>	<b>+ 83</b>	<b>+ 92</b>	<b>+ 92</b>	<b>+ 92</b>
Verhaltenskomponente	<b>Ost</b>	<b>+ 30</b>	<b>- 100</b>	<b>- 100</b>	<b>- 100</b>	<b>- 100</b>	<b>- 88</b>	<b>- 44</b>	<b>- 44</b>	<b>- 44</b>	<b>- 44</b>
	<b>Insg.</b>	<b>- 34</b>	<b>- 93</b>	<b>- 97</b>	<b>- 72</b>	<b>- 52</b>	<b>- 5</b>	<b>+ 39</b>	<b>+ 48</b>	<b>+ 48</b>	<b>+ 48</b>
	<b>West</b>	<b>+ 176</b>	<b>+ 129</b>	<b>+ 106</b>	<b>+ 92</b>	<b>+ 82</b>	<b>+ 66</b>	<b>+ 51</b>	<b>+ 44</b>	<b>+ 44</b>	<b>+ 44</b>
Wanderungen	<b>Ost</b>	<b>- 85</b>	<b>- 25</b>	<b>- 4</b>	<b>+ 3</b>	<b>+ 5</b>	<b>+ 4</b>	<b>- 1</b>	<b>- 2</b>	<b>- 2</b>	<b>- 2</b>
	<b>Insg.</b>	<b>+ 91</b>	<b>+ 104</b>	<b>+ 102</b>	<b>+ 95</b>	<b>+ 87</b>	<b>+ 70</b>	<b>+ 50</b>	<b>+ 42</b>	<b>+ 42</b>	<b>+ 42</b>
	<b>West</b>	<b>+ 83</b>	<b>+ 4</b>	<b>+ 17</b>	<b>+ 28</b>	<b>- 0</b>	<b>+ 13</b>	<b>+ 1</b>	<b>- 14</b>	<b>- 14</b>	<b>- 14</b>
Veränderung Pendlersaldo	<b>Ost</b>	<b>- 70</b>	<b>+ 12</b>	<b>- 2</b>	<b>- 15</b>	<b>+ 4</b>	<b>- 11</b>	<b>+ 1</b>	<b>+ 16</b>	<b>+ 16</b>	<b>+ 16</b>
	<b>Insg.</b>	<b>+ 13</b>	<b>+ 16</b>	<b>+ 15</b>	<b>+ 13</b>	<b>+ 4</b>	<b>+ 2</b>				

<b>Erwerbspersonenpotential Ausländer</b>	<b>West</b>	<b>3.177</b>	<b>3.381</b>	<b>3.478</b>	<b>3.608</b>	<b>3.725</b>	<b>3.792</b>	<b>3.765</b>	<b>3.727</b>	<b>3.727</b>	<b>3.727</b>
	<b>Ost</b>	<b>119</b>	<b>151</b>	<b>177</b>	<b>194</b>	<b>210</b>	<b>218</b>	<b>210</b>	<b>202</b>	<b>202</b>	<b>202</b>
	<b>Insg.</b>	<b>3.296</b>	<b>3.532</b>	<b>3.655</b>	<b>3.802</b>	<b>3.935</b>	<b>4.010</b>	<b>3.975</b>	<b>3.929</b>	<b>3.929</b>	<b>3.929</b>
	<b>West</b>	<b>+ 341</b>	<b>+ 204</b>	<b>+ 97</b>	<b>+ 130</b>	<b>+ 117</b>	<b>+ 67</b>	<b>- 27</b>	<b>- 38</b>	<b>- 38</b>	<b>- 38</b>
	<b>Ost</b>	<b>+ 26</b>	<b>+ 32</b>	<b>+ 26</b>	<b>+ 17</b>	<b>+ 16</b>	<b>+ 8</b>	<b>- 8</b>	<b>- 8</b>	<b>- 8</b>	<b>- 8</b>
	<b>Insg.</b>	<b>+ 367</b>	<b>+ 236</b>	<b>+ 123</b>	<b>+ 147</b>	<b>+ 133</b>	<b>+ 75</b>	<b>- 35</b>	<b>- 46</b>	<b>- 46</b>	<b>- 46</b>
	<b>West</b>	<b>+ 54</b>	<b>+ 59</b>	<b>+ 56</b>	<b>+ 55</b>	<b>+ 54</b>	<b>+ 58</b>	<b>+ 47</b>	<b>+ 32</b>	<b>+ 32</b>	<b>+ 32</b>
dav. Demographie	<b>Ost</b>	<b>- 2</b>	<b>- 3</b>	<b>0</b>	<b>+ 2</b>	<b>+ 2</b>	<b>+ 3</b>	<b>+ 3</b>	<b>+ 2</b>	<b>+ 2</b>	<b>+ 2</b>
	<b>Insg.</b>	<b>+ 52</b>	<b>+ 56</b>	<b>+ 56</b>	<b>+ 57</b>	<b>+ 56</b>	<b>+ 61</b>	<b>+ 50</b>	<b>+ 34</b>	<b>+ 34</b>	<b>+ 34</b>
	<b>West</b>	<b>- 35</b>	<b>- 52</b>	<b>- 28</b>	<b>- 15</b>	<b>- 19</b>	<b>- 6</b>	<b>- 6</b>	<b>- 5</b>	<b>- 5</b>	<b>- 5</b>
Verhaltenskomponente	<b>Ost</b>	<b>+ 10</b>	<b>+ 7</b>	<b>+ 18</b>	<b>- 5</b>	<b>- 3</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	<b>Insg.</b>	<b>- 25</b>	<b>- 45</b>	<b>- 10</b>	<b>- 20</b>	<b>- 22</b>	<b>- 6</b>	<b>- 6</b>	<b>- 5</b>	<b>- 5</b>	<b>- 5</b>
	<b>West</b>	<b>+ 299</b>	<b>+ 198</b>	<b>+ 71</b>	<b>+ 75</b>	<b>+ 78</b>	<b>+ 15</b>	<b>- 67</b>	<b>- 65</b>	<b>- 65</b>	<b>- 65</b>
Wanderungen	<b>Ost</b>	<b>+ 17</b>	<b>+ 27</b>	<b>+ 7</b>	<b>+ 19</b>	<b>+ 17</b>	<b>+ 5</b>	<b>- 11</b>	<b>- 10</b>	<b>- 10</b>	<b>- 10</b>
	<b>Insg.</b>	<b>+ 316</b>	<b>+ 225</b>	<b>+ 78</b>	<b>+ 94</b>	<b>+ 95</b>	<b>+ 20</b>	<b>- 78</b>	<b>- 75</b>	<b>- 75</b>	<b>- 75</b>
	<b>West</b>	<b>+ 23</b>	<b>- 1</b>	<b>- 2</b>	<b>+ 15</b>	<b>+ 4</b>	<b>0</b>	<b>- 1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Veränderung Pendlersaldo	<b>Ost</b>	<b>+ 1</b>	<b>+ 1</b>	<b>+ 1</b>	<b>+ 1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
	<b>Insg.</b>	<b>+ 24</b>	<b>0</b>	<b>- 1</b>	<b>+ 16</b>	<b>+ 4</b>	<b>0</b>	<b>- 1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Noch Tabelle 1: Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung 1999

		1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999			
										Var. I	Var. II	Var. III
<b>C. Die Arbeitsmarktbilanz</b>												
Personen in 1000 bzw. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000												
Registrierte Arbeitslose	West	1.808	2.270	2.556	2.565	2.796	3.021	2.904	2.818	2.752	2.672	
	Ost	1.170	1.149	1.142	1.047	1.169	1.364	1.375	1.343	1.330	1.317	
	Insg.	2.978	3.419	3.698	3.612	3.965	4.385	4.279	4.161	4.081	3.988	
	West	+ 119	+ 462	+ 286	+ 9	+ 231	+ 225	- 117	- 86	- 152	- 232	
	Ost	+ 257	- 21	- 7	- 95	+ 122	+ 195	+ 11	- 32	- 45	- 58	
	Insg.	+ 376	+ 441	+ 279	- 86	+ 353	+ 420	- 106	- 118	- 198	- 291	
Arbeitslosenquoten (%) (bezogen auf alle Erwerbspersonen)	West	5,9	7,3	8,2	8,3	9,1	9,8	9,3	9,1	8,8	8,6	
	Ost	15,4	15,1	15,2	14,0	15,7	18,1	18,2	18,0	17,8	17,6	
	Insg.	7,7	8,9	9,6	9,4	10,4	11,4	11,1	10,9	10,6	10,4	
	West											
	Ost											
	Insg.											
Stille Reserve insgesamt	West	1.260	1.426	1.495	1.721	1.829	1.918	1.925	1.915	1.882	1.842	
	Ost	1.279	1.363	1.140	1.024	909	785	721	730	723	717	
	Insg.	2.539	2.789	2.635	2.745	2.738	2.703	2.646	2.645	2.605	2.559	
	West	+ 5	+ 166	+ 69	+ 226	+ 108	+ 90	+ 7	- 10	- 43	- 83	
	Ost	+ 552	+ 84	- 223	- 116	- 115	- 125	- 64	+ 10	+ 3	- 4	
	Insg.	+ 557	+ 250	- 154	+ 110	- 7	- 35	- 58	- 0	- 40	- 87	
dav. Stille Reserve im engeren Sinne	West	802	925	1.010	1.207	1.305	1.456	1.516	1.479	1.446	1.406	
	Ost	69	172	235	383	437	433	428	430	423	417	
	Insg.	871	1.097	1.245	1.590	1.742	1.889	1.944	1.909	1.869	1.823	
	West	- 7	+ 123	+ 85	+ 197	+ 98	+ 151	+ 60	- 37	- 70	- 110	
	Ost	+ 52	+ 104	+ 63	+ 147	+ 55	- 5	- 5	+ 3	- 4	- 11	
	Insg.	+ 45	+ 226	+ 148	+ 344	+ 153	+ 147	+ 55	- 34	- 74	- 121	
Stille Reserve in Maßnahmen	West	458	501	485	514	524	462	409	436	436	436	
	Ost	1.210	1.191	905	642	472	352	293	300	300	300	
	Insg.	1.668	1.692	1.390	1.155	996	814	702	736	736	736	
	West	+ 12	+ 43	- 16	+ 29	+ 10	- 62	- 53	+ 27	+ 27	+ 27	
	Ost	+ 500	- 20	- 286	- 263	- 170	- 120	- 59	+ 7	+ 7	+ 7	
	Insg.	+ 512	+ 24	- 302	- 234	- 160	- 182	- 112	+ 34	+ 34	+ 34	
Vollzeit-Weiterbildung 1)	West	225	214	203	231	248	201	179	208	208	208	
	Ost	383	311	217	219	207	159	149	157	157	157	
	Insg.	608	525	420	450	455	360	328	365	365	365	
Deutschlehrgänge 1)	West	41	44	40	37	34	27	22	21	21	21	
	Ost	2	5	6	6	7	8	6	6	6	6	
	Insg.	43	49	46	42	41	35	28	27	27	27	
Reha 2)	West	55	54	39	38	39	36	35	34	34	34	
	Ost	4	5	4	4	5	6	7	6	6	6	
	Insg.	59	59	43	42	44	42	42	40	40	40	
Leistungsempf. § 125 SGB III 3)	West	12	16	17	17	19	18	17	16	16	16	
	Ost	0	3	8	11	13	13	10	10	10	10	
	Insg.	12	19	25	28	32	31	27	26	26	26	
Leistungsempf. § 126 SGB III 4)	West	30	38	41	42	43	49	45	42	42	42	
	Ost	9	13	18	21	24	29	27	26	26	26	
	Insg.	39	51	59	63	67	78	72	68	68	68	
Leistungsempf. § 428 SGB III 5)	West	82	127	139	146	139	130	111	105	105	105	
	Ost	1	1	2	7	30	79	93	90	90	90	
	Insg.	83	128	141	153	169	209	204	195	195	195	
Altersübergangsgeld	West	1	2	3	2	2	1	0	0	0	0	
	Ost	516	639	524	341	186	58	1	0	0	0	
	Insg.	517	641	527	343	188	59	1	0	0	0	
Vorruhestandsgeld	West	12	6	3	1	-	-	-	-	-	-	
	Ost	295	214	126	33	-	-	-	-	-	-	
	Insg.	307	220	129	34	-	-	-	-	-	-	
Außerdem: Aus Sofortprogramm Jugendarbeitslosigkeit	West	-	-	-	-	-	-	-	10	10	10	
	Ost	-	-	-	-	-	-	-	5	5	5	
	Insg.	-	-	-	-	-	-	-	15	15	15	

- 1) Die tagesgenaue Erfassung ab 1998 führte bei FuU zu einer Bestandsabsenkung von ca. 10 %, bei Deutschlehrgängen um ca. 20 %. Um die Vergleichbarkeit mit den früheren Beständen zu erhalten, wurden diese ebenfalls entsprechend abgesenkt.
- 2) Rehabilitanden in berufsfördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Maßnahmen der berufl. Weiterbildung.
- 3) Nahtlosigkeitsleistungen (bis Ende 1997 § 105 a AFG)
- 4) Leistungsfortzahlung im Krankheitsfall (bis Ende 1997 § 105 b AFG)
- 5) 58jährige und ältere Empfänger von Alg, Alhi, Egg und Eghi, die der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen (bis Ende 1997 § 105 c AFG).

Tabelle 2a: Ableitung der Entwicklung des Arbeitskräftepotentials für Westdeutschland

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
<b>A. Wohnortskonzept (Vorjahresveränderung in 1000)</b>									
<b>Deutsche</b>	+ 27	- 32	- 35	- 105	- 115	- 86	- 37	- 53	- 94
Demographie (ohne Wanderungen)	- 139	- 144	- 171	- 214	- 235	- 216	- 186	- 187	- 230
Verhaltenskomponente 1)	- 79	- 64	+ 7	+ 3	+ 28	+ 48	+ 83	+ 83	+ 92
Wanderungseffekte insgesamt	+ 245	+ 176	+ 129	+ 106	+ 92	+ 82	+ 66	+ 51	+ 44
davon Aus Zuzügen aus Ostdeutschland	+ 173	+ 157	+ 111	+ 83	+ 72	+ 73	+ 73	+ 75	+ 76
Aus Fortzügen nach Ostdeutschland	- 39	- 62	- 68	- 62	- 61	- 64	- 68	- 69	- 70
Aus Zuzügen von Aussiedlern 2)	+ 142	+ 99	+ 97	+ 94	+ 88	+ 80	+ 67	+ 49	+ 44
Aus sonstigem Wanderungssaldo	- 31	- 18	- 11	- 9	- 7	- 7	- 6	- 4	- 6
<b>Ausländer</b>	+ 181	+ 318	+ 205	+ 99	+ 115	+ 113	+ 67	- 26	- 38
Demographie (ohne Wanderungen)	+ 47	+ 54	+ 59	+ 56	+ 55	+ 54	+ 58	+ 47	+ 32
Verhaltenskomponente 1)	- 86	- 35	- 52	- 28	- 15	- 19	- 6	- 6	- 5
Wanderungseffekte insgesamt	+ 220	+ 299	+ 198	+ 71	+ 75	+ 78	+ 15	- 67	- 65
davon Aus Wanderungssaldo ohne Asylzuw.	+ 89	+ 77	+ 29	- 2	+ 25	+ 28	- 19	- 69	- 65
Aus Asylzuwanderungen 2)	+ 131	+ 222	+ 169	+ 73	+ 50	+ 50	+ 34	+ 2	0
<b>Deutsche und Ausländer</b>	+ 208	+ 286	+ 170	- 6	0	+ 27	+ 30	- 79	- 132
<b>B. Pendler (Jahresdurchschnitte in 1000)</b>									
Einpendler aus Ostdeutschland	325	425	432	439	458	474	493	503	493
Auspender nach Ostdeutschland	54	84	103	108	112	132	141	151	158
Auspender in das Ausland	151	138	122	107	94	90	88	86	84
<b>Pendlersaldo Deutsche</b>	+ 120	+ 203	+ 207	+ 224	+ 252	+ 252	+ 264	+ 265	+ 252
<b>Vorjahresveränderung in 1000</b>	+ 200	+ 83	+ 4	+ 17	+ 28	- 0	+ 13	+ 1	- 14
Einpendler aus dem Ausland	96	119	118	116	131	135	135	134	134
<b>Pendlersaldo Ausländer</b>	+ 96	+ 119	+ 118	+ 116	+ 131	+ 135	+ 135	+ 134	+ 134
<b>Vorjahresveränderung in 1000</b>	+ 23	+ 23	- 1	- 2	+ 15	+ 4	0	- 1	0
<b>Pendlersaldo insgesamt</b>	+ 216	+ 322	+ 325	+ 340	+ 383	+ 387	+ 399	+ 399	+ 385
<b>Vorjahresveränderung in 1000</b>	+ 223	+ 106	+ 3	+ 15	+ 43	+ 4	+ 13	- 0	- 14
<b>C. Beschäftigungsortskonzept (Vorjahresveränderung in 1000)</b>									
<b>Deutsche</b>	+ 227	+ 51	- 31	- 88	- 87	- 86	- 24	- 52	- 108
<b>Ausländer</b>	+ 204	+ 341	+ 204	+ 97	+ 130	+ 117	+ 67	- 27	- 38
<b>Deutsche und Ausländer</b>	+ 431	+ 392	+ 173	+ 9	+ 43	+ 31	+ 43	- 79	- 146
<b>D. Nachr.: Wanderungsannahmen 3) (Jahressummen bzw. -salden in 1000)</b>									
Zuzüge von Aussiedlern	205	196	174	171	162	134	107	82	80
Zuzüge (Deutsche) aus Ostdeutschland	244	190	158	147	149	145	147	151	151
Fortzüge (Deutsche) nach Ostdeutschland	76	102	106	120	124	134	139	139	141
<b>Sonstiger Wanderungssaldo Deutsche</b>	- 39	- 32	- 13	- 22	- 7	- 21	- 5	- 12	- 12
Wanderungssaldo Ausländer (ohne Asylzuw.)	+ 167	+ 139	- 25	+ 16	+ 82	+ 31	- 108	- 169	- 93
Asylzuwanderungen	246	394	258	102	102	93	84	79	79

1) Bis 1996 rechnerische Restgröße, ab 1997 Vorgabe Langfristprojektion

2) Abgeleitet aus monatlichen Zuzugszahlen.

3) Bevölkerung.

Quelle: Berechnungen des IAB

Tabelle 2b: Ableitung der Entwicklung des Arbeitskräftepotentials für Ostdeutschland

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
<b>A. Wohnortskonzept (Vorjahresveränderung in 1000)</b>									
<b>Deutsche</b>	- 63	- 81	- 149	- 143	- 147	- 142	- 116	- 69	- 80
Demographie (ohne Wanderungen)	- 53	- 26	- 24	- 39	- 50	- 47	- 32	- 24	- 34
Verhaltenskomponente 1)	+ 121	+ 30	- 100	- 100	- 100	- 100	- 88	- 44	- 44
Wanderungseffekte insgesamt	- 131	- 85	- 25	- 4	+ 3	+ 5	+ 4	- 1	- 2
davon Aus Zuzügen aus Westdeutschland	+ 39	+ 62	+ 68	+ 62	+ 61	+ 64	+ 68	+ 69	+ 70
Aus Fortzügen nach Westdeutschland	- 173	- 157	- 111	- 83	- 72	- 73	- 73	- 75	- 76
Aus Zuzügen von Aussiedlern 2)	+ 4	+ 12	+ 22	+ 26	+ 29	+ 29	+ 19	+ 12	+ 11
Aus sonstigem Wanderungssaldo	- 1	- 2	- 4	- 9	- 15	- 15	- 10	- 7	- 7
<b>Ausländer</b>	- 43	+ 25	+ 31	+ 25	+ 16	+ 16	+ 8	- 8	- 8
Demographie (ohne Wanderungen)	+ 1	- 2	- 3	0	+ 2	+ 2	+ 3	+ 3	+ 2
Verhaltenskomponente 1)	- 4	+ 10	+ 7	+ 18	- 5	- 3	0	0	0
Wanderungseffekte insgesamt	- 40	+ 17	+ 27	+ 7	+ 19	+ 17	+ 5	- 11	- 10
davon Aus Wanderungssaldo ohne Asylzuw.	- 45	- 8	- 15	- 11	+ 6	+ 5	- 4	- 11	- 10
Aus Asylzuwanderungen 2)	+ 5	+ 25	+ 42	+ 18	+ 13	+ 12	+ 9	0	0
<b>Deutsche und Ausländer</b>	<b>- 106</b>	<b>- 56</b>	<b>- 118</b>	<b>- 118</b>	<b>- 131</b>	<b>- 126</b>	<b>- 108</b>	<b>- 77</b>	<b>- 88</b>

**B. Pendler (Jahresdurchschnitte in 1000)**

Einpendler aus Westdeutschland	54	84	103	108	112	132	141	151	158
Auspender nach Westdeutschland	325	425	432	439	458	474	493	503	493
Auspender in das Ausland	.	.	.	.	.	.	.	.	.
<b>Pendlersaldo Deutsche</b>	<b>- 271</b>	<b>- 341</b>	<b>- 329</b>	<b>- 331</b>	<b>- 346</b>	<b>- 342</b>	<b>- 352</b>	<b>- 351</b>	<b>- 336</b>
<b>Vorjahresveränderung in 1000</b>	<b>- 192</b>	<b>- 70</b>	<b>+ 12</b>	<b>- 2</b>	<b>- 15</b>	<b>+ 4</b>	<b>- 11</b>	<b>+ 1</b>	<b>+ 16</b>
Einpendler aus dem Ausland	2	3	4	5	6	6	6	6	6
<b>Pendlersaldo Ausländer</b>	<b>+ 2</b>	<b>+ 3</b>	<b>+ 4</b>	<b>+ 5</b>	<b>+ 6</b>				
<b>Vorjahresveränderung in 1000</b>	<b>+ 2</b>	<b>+ 1</b>	<b>+ 1</b>	<b>+ 1</b>	<b>+ 1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Pendlersaldo insgesamt</b>	<b>- 269</b>	<b>- 338</b>	<b>- 325</b>	<b>- 326</b>	<b>- 340</b>	<b>- 336</b>	<b>- 346</b>	<b>- 345</b>	<b>- 330</b>
<b>Vorjahresveränderung in 1000</b>	<b>- 190</b>	<b>- 69</b>	<b>+ 13</b>	<b>- 1</b>	<b>- 14</b>	<b>+ 4</b>	<b>- 11</b>	<b>+ 1</b>	<b>+ 16</b>

**C. Beschäftigungsortskonzept (Vorjahresveränderung in 1000)**

<b>Deutsche</b>	<b>- 255</b>	<b>- 151</b>	<b>- 137</b>	<b>- 145</b>	<b>- 162</b>	<b>- 138</b>	<b>- 127</b>	<b>- 68</b>	<b>- 64</b>
<b>Ausländer</b>	<b>- 41</b>	<b>+ 26</b>	<b>+ 32</b>	<b>+ 26</b>	<b>+ 17</b>	<b>+ 16</b>	<b>+ 8</b>	<b>- 8</b>	<b>- 8</b>
<b>Deutsche und Ausländer</b>	<b>- 296</b>	<b>- 125</b>	<b>- 105</b>	<b>- 119</b>	<b>- 145</b>	<b>- 122</b>	<b>- 119</b>	<b>- 76</b>	<b>- 72</b>

**D. Nachr.: Wanderungsannahmen 3) (Jahressummen bzw. -salden in 1000)**

Zuzüge von Aussiedlern	17	34	45	52	56	44	28	21	20
Zuzüge (Deutsche) aus Westdeutschland	76	102	106	120	124	134	139	139	141
Fortzüge (Deutsche) nach Westdeutschland	244	190	158	147	149	145	147	151	151
<b>Sonstiger Wanderungssaldo Deutsche</b>	<b>- 5</b>	<b>- 4</b>	<b>- 12</b>	<b>- 24</b>	<b>- 35</b>	<b>- 24</b>	<b>- 15</b>	<b>- 14</b>	<b>- 14</b>
Wanderungssaldo Ausländer (ohne Asylzuw.)	0	+ 16	- 21	+ 9	+ 16	+ 3	- 18	- 25	- 16
Asylzuwanderungen	10	44	65	25	26	23	21	20	20

1) Bis 1996 Schätzung, ab 1997 Vorgabe Langfristprojektion

2) Abgeleitet aus monatlichen Zuzugszahlen.

3) Bevölkerung.

Quelle: Berechnungen des IAB

Tabelle 3a: Durchschnittliche Arbeitszeit und ihre Komponenten für alle Arbeitnehmer in Westdeutschland

		1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999		
								Var. I	Var. II	Var. III
<b>1. Personen</b>										
Beschäftigte Arbeitnehmer	1000	25.931	25.570	25.365	25.052	24.770	24.785	24.725	24.825	24.945
<b>2. Potentielle Arbeitstage</b>										
Tage	Tage	365	365	365	366	365	365	365	365	365
Sonntage	"	52	52	53	52	52	52	52	52	52
Samstage	"	52	53	52	52	52	52	52	52	52
Feiertage	"	8,9	9,0	10,0	11,7	11,2	9,1	7,9	7,9	7,9
Potentielle Arbeitstage	Tage	252,1	251,0	250,0	250,3	249,8	251,9	253,1	253,1	253,1
<b>3. Tarifliche Arbeitszeit 1)</b>										
Wochenarbeitszeit	Stunden	37,92	37,82	37,68	37,56	37,52	37,51	37,51	37,51	37,51
Tägliche Arbeitszeit	"	7,58	7,56	7,54	7,51	7,50	7,50	7,50	7,50	7,50
Tariflicher Urlaub	Tage	31,20	31,24	31,28	31,11	31,11	31,11	31,11	31,11	31,11
Urlaubsbereinigte Arbeitstage	"	220,9	219,8	218,7	219,2	218,7	220,8	222,0	222,0	222,0
Tarifliche Arbeitszeit	Stunden	1.675,4	1.662,5	1.648,1	1.646,3	1.641,3	1.656,7	1.665,4	1.665,4	1.665,4
<b>4. Krankenstand</b>										
der Personen	in %	4,95	4,93	5,20	4,68	4,14	4,08	4,08	4,08	4,08
in Arbeitstagen	Tage	10,9	10,8	11,4	10,3	9,0	9,0	9,1	9,1	9,1
in Arbeitsstunden	Stunden	82,9	81,9	85,7	77,0	67,9	67,5	67,9	67,9	67,9
Krankenstandsber. Arbeitszeit	Stunden	1.592,4	1.580,5	1.562,4	1.569,3	1.573,4	1.589,1	1.597,4	1.597,4	1.597,4
<b>5. Effektive Arbeitstage</b>										
Effektive Arbeitstage	Tage	210,0	208,9	207,3	208,9	209,6	211,8	212,9	212,9	212,9
<b>6. Mehrarbeitsstunden</b>										
pro Woche	Stunden	1,38	1,60	1,66	1,51	1,52	1,52	1,43	1,47	1,51
pro Tag	"	0,28	0,32	0,33	0,30	0,30	0,30	0,29	0,29	0,30
pro Jahr	"	57,9	66,8	68,7	63,1	63,6	64,2	60,9	62,6	64,3
Mehrarbeitsstundenvolumen	Mio Std	1.501,75	1.708,68	1.742,92	1.580,98	1.574,44	1.591,11	1.505,72	1.554,10	1.604,11
Arbeitszeit einschl. Mehrarb.stunden	Stunden	1.650,3	1.647,4	1.631,1	1.632,5	1.636,9	1.653,3	1.658,3	1.660,0	1.661,7
<b>7. Kurzarbeit</b>										
Kurzarbeiter	1000	766,9	275,5	128,1	206,4	133,4	81,3	200,0	100,0	60,0
Arbeitsausfall je Kurzarbeiter	%	29,1	31,7	36,8	35,7	41,0	44,1	39,0	42,0	45,0
" " "	Stunden	487,6	526,4	606,4	587,1	672,2	731,2	649,5	699,5	749,4
Ausfallvolumen	Mio Std	373,96	144,98	77,65	121,15	89,65	59,41	129,90	69,95	44,96
Kurzarbeiterereffekt	Stunden	14,4	5,7	3,1	4,8	3,6	2,4	5,3	2,8	1,8
<b>8. Freiwillige Teilzeit</b>										
Teilzeitquote	%	16,99	17,66	18,20	18,74	19,91	20,60	21,30	21,30	21,30
Teilzeitbeschäftigte	1000	4406	4516	4616	4695	4932	5106	5266	5288	5313
Arbeitszeitverkürzung	%	32,6	32,6	33,0	33,2	33,2	34,0	34,0	34,0	34,0
Stundenausfall je Teilzeitbesch.	Stunden	538,0	537,0	538,2	541,9	543,5	562,1	563,8	564,4	565,0
Ausfallvolumen	Mio Std	2.370,39	2.424,97	2.484,61	2.544,15	2.680,23	2.870,10	2.969,36	2.984,44	3.001,94
Effekt der freiwilligen Teilzeit	Stunden	91,4	94,8	98,0	101,6	108,2	115,8	120,1	120,2	120,3
<b>9. Erziehungsurlaub</b>										
Inanspruchnahme (Personen)	1000	249	260	339	336	384	365	354	354	354
Ausfallvolumen	Mio Std	356,47	371,43	478,49	472,58	539,90	515,46	500,97	501,48	502,00
Erziehungsurlaubseffekt	Stunden	13,7	14,5	18,9	18,9	21,8	20,8	20,3	20,2	20,1
<b>10. Sonstiges 2)</b>										
Sonstige Effekte	Stunden	3,9	5,7	5,1	5,6	5,0	5,1	5,8	5,3	4,9
<b>11. Summe Ausfallstunden</b>										
Summe 7 bis 10	Stunden	123,5	120,8	125,0	130,9	138,6	144,1	151,4	148,6	147,2
<b>12. Tatsächliche Arbeitszeit</b>										
Absolut	Stunden	1.526,9	1.526,6	1.506,1	1.501,6	1.498,3	1.509,2	1.506,9	1.511,4	1.514,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-1,5	-0,0	-1,3	-0,3	-0,2	+0,7	- 0,1	+ 0,1	+ 0,4
dav. Arbeitstage-Effekt	"	+0,1	-0,4	-0,4	+0,1	-0,2	+0,8	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Tägliche Arbeitszeit	"	-1,5	+0,4	-1,0	-0,4	-0,0	-0,1	- 0,6	- 0,3	- 0,1

1) bzw. betrieblich vereinbarte Arbeitszeit (soweit erfaßt)

2) Schlechtwetter, Tarifaueinandersetzungen, akzeptierte Teilzeit

Quelle: Berechnungen des IAB

Tabelle 3b: Durchschnittliche Arbeitszeit und ihre Komponenten für alle Arbeitnehmer in Ostdeutschland

		1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999		
								Var. I	Var. II	Var. III
<b>1. Personen</b>										
Beschäftigte Arbeitnehmer	1000	5.757	5.829	5.881	5.749	5.544	5.498	5.433	5.453	5.473
<b>2. Potentielle Arbeitstage</b>										
Tage	Tage	365	365	365	366	365	365	365	365	365
Sonntage	"	52	52	53	52	52	52	52	52	52
Samstage	"	52	53	52	52	52	52	52	52	52
Feiertage	"	7,3	8,2	9,5	11,3	11,5	8,5	6,6	6,6	6,6
Potentielle Arbeitstage	Tage	253,7	251,8	250,5	250,7	249,5	252,5	254,4	254,4	254,4
<b>3. Tarifliche Arbeitszeit 1)</b>										
Wochenarbeitszeit	Stunden	40,29	39,87	39,70	39,50	39,12	39,00	38,93	38,93	38,93
Tägliche Arbeitszeit	"	8,06	7,97	7,94	7,90	7,82	7,80	7,79	7,79	7,79
Tariflicher Urlaub	Tage	28,00	28,70	29,40	29,70	30,14	30,30	30,50	30,50	30,50
Urlaubsbereinigte Arbeitstage	"	225,7	223,1	221,1	221,0	219,4	222,1	223,9	223,9	223,9
Tarifliche Arbeitszeit	Stunden	1.818,7	1.778,8	1.755,4	1.745,8	1.716,5	1.732,8	1.743,3	1.743,3	1.743,3
<b>4. Krankenstand</b>										
der Personen	in %	4,46	4,60	5,11	4,91	4,36	4,28	4,28	4,28	4,28
in Arbeitstagen	Tage	10,1	10,3	11,3	10,9	9,6	9,5	9,6	9,6	9,6
in Arbeitsstunden	Stunden	81,1	81,9	89,6	85,8	74,8	74,2	74,6	74,6	74,6
Krankenstandsber. Arbeitszeit	Stunden	1.737,6	1.696,9	1.665,8	1.660,0	1.641,7	1.658,6	1.668,7	1.668,7	1.668,7
<b>5. Effektive Arbeitstage</b>										
Effektive Arbeitstage	Tage	215,6	212,8	209,8	210,1	209,8	212,6	214,3	214,3	214,3
<b>6. Mehrarbeitsstunden</b>										
pro Woche	Stunden	1,16	1,20	1,13	1,02	1,00	1,00	0,96	1,00	1,04
pro Tag	"	0,23	0,24	0,23	0,20	0,20	0,20	0,19	0,20	0,21
pro Jahr	"	50,2	51,1	47,3	42,9	42,0	42,7	41,1	42,9	44,6
Mehrarbeitsstundenvolumen	Mio Std	288,74	297,92	278,38	246,52	232,68	234,53	223,56	233,73	243,98
Arbeitszeit einschl. Mehrarb.stunden	Stunden	1.787,8	1.748,0	1.713,1	1.702,9	1.683,7	1.701,2	1.709,8	1.711,5	1.713,3
<b>7. Kurzarbeit</b>										
Kurzarbeiter	1000	181,4	96,9	70,5	70,9	49,5	34,0	80,0	50,0	30,0
Arbeitsausfall je Kurzarbeiter	%	46,6	48,0	56,0	54,1	51,3	49,3	46,0	48,0	50,0
" " " "	Stunden	848,3	854,3	983,1	943,8	879,7	854,7	801,9	836,8	871,6
Ausfallvolumen	Mio Std	153,90	82,74	69,31	66,94	43,55	29,04	64,15	41,84	26,15
Kurzarbeitereffekt	Stunden	26,7	14,2	11,8	11,6	7,9	5,3	11,8	7,7	4,8
<b>8. Freiwillige Teilzeit</b>										
Teilzeitquote	%	8,20	10,66	10,97	10,94	10,91	11,80	12,50	12,50	12,50
Teilzeitbeschäftigte	1000	472	621	645	629	605	649	679	682	684
Arbeitszeitverkürzung	%	31,5	32,4	33,2	34,0	34,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Stundenausfall je Teilzeitbesch.	Stunden	563,5	566,2	568,8	578,9	572,5	595,5	598,4	599,0	599,6
Ausfallvolumen	Mio Std	266,03	351,79	366,96	364,08	346,25	386,32	406,41	408,32	410,23
Effekt der freiwilligen Teilzeit	Stunden	46,2	60,4	62,4	63,3	62,5	70,3	74,8	74,9	75,0
<b>9. Erziehungsurlaub</b>										
Inanspruchnahme (Personen)	1000	34	29	36	38	48	51	53	53	53
Ausfallvolumen	Mio Std	53,65	45,42	53,92	56,94	71,62	76,93	79,72	79,80	79,88
Erziehungsurlaubseffekt	Stunden	9,3	7,8	9,2	9,9	12,9	14,0	14,7	14,6	14,6
<b>10. Sonstiges 2)</b>										
Sonstige Effekte	Stunden	5,7	2,3	3,2	2,9	1,2	2,1	2,1	2,1	2,1
<b>11. Summe Ausfallstunden</b>										
Summe 7 bis 10	Stunden	88,0	84,7	86,6	87,7	84,4	91,6	103,4	99,3	96,4
<b>12. Tatsächliche Arbeitszeit</b>										
Absolut	Stunden	1699,8	1663,4	1626,6	1615,1	1599,3	1609,6	1.606,4	1.612,3	1.616,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 1,2	- 2,1	- 2,2	- 0,7	- 1,0	+ 0,6	- 0,2	+ 0,2	+ 0,4
dav. Arbeitstage-Effekt	"	+ 0,4	- 0,7	- 0,5	+ 0,1	- 0,5	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8
Tägliche Arbeitszeit	"	+ 0,8	- 1,4	- 1,7	- 0,8	- 0,5	- 0,5	- 1,0	- 0,6	- 0,3

1) bzw. betrieblich vereinbarte Arbeitszeit (soweit erfaßt)  
 2) Schlechtwetter, Tarifaueinandersetzungen, akzeptierte Teilzeit  
 Quelle: Berechnungen des IAB

**Tabelle 4a: Trend-, Konjunktur- und sonstige Komponenten der Jahresarbeitszeitveränderung in Westdeutschland**  
 – Veränderungen in % \*) –

		1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999			
									Var. I	Var. II	Var. III	
1	<b>Trend</b>	%	- 0,7	- 1,0	- 0,6	- 1,0	- 0,5	- 0,8	- 0,4	- 0,2	- 0,2	- 0,2
2	dav. Tarifliche Wochenarbeitszeit	%	- 0,4	- 0,6	- 0,3	- 0,5	- 0,4	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0
3	Tariflicher Urlaub	%	+ 0,0	- 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0
4	Freiwillige Teilzeit	%	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,5	- 0,3	- 0,3	- 0,3
5	Erziehungsurlaub	%	- 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	- 0,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1
6	<b>Konjunktur</b>	%	- 0,3	- 0,9	+ 0,9	+ 0,4	- 0,5	+ 0,1	+ 0,2	- 0,4	- 0,1	+ 0,1
7	dav. Kurzarbeit	%	- 0,1	- 0,6	+ 0,6	+ 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	+ 0,1
8	Mehrarbeitsstunden	%	- 0,1	- 0,3	+ 0,6	+ 0,1	- 0,4	+ 0,0	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	+ 0,0
9	Akzeptierte Teilzeit	%	.	.	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,0
10	<b>Sonstiges</b>	%	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	- 0,3	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0
11	dav. Krankenstand	%	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	- 0,3	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0
12	Schlechtwetter	%	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0
13	Tarifaueinandersetzungen	%	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0
14	<b>Tägliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer</b>	%	- 0,7	- 1,5	+ 0,4	- 1,0	- 0,4	- 0,0	- 0,1	- 0,6	- 0,3	- 0,1
15	<b>Arbeitstageeffekt</b>	%	+ 1,5	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	- 0,2	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
16	<b>Jährliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer</b>	%	+ 0,7	- 1,5	- 0,0	- 1,3	- 0,3	- 0,2	+ 0,7	- 0,1	+ 0,1	+ 0,4
17	<b>Jährliche Arbeitszeit der Selbständigen und Mithelfenden</b>	%	+ 0,7	- 0,2	- 1,1	- 1,0	- 0,2	- 0,9	+ 0,5	- 0,0	- 0,0	- 0,0
18	<b>Jährliche Arbeitszeit der Erwerbstätigen</b>	%	+ 0,7	- 1,2	- 0,1	- 1,3	- 0,2	- 0,3	+ 0,7	- 0,1	+ 0,1	+ 0,3

\*) Zeile 1-13: Veränderung der jeweiligen Komponente (in Arbeitsstunden) in % der Jahresarbeitszeit je Arbeitnehmer im Vorjahr  
 Zeile 14-18: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Quelle: Berechnungen des IAB

**Tabelle 4b: Trend-, Konjunktur- und sonstige Komponenten der Jahresarbeitszeitveränderung in Ostdeutschland**  
 – Veränderungen in % \*) –

		1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999			
									Var. I	Var. II	Var. III	
1	<b>Trend</b>	%	- 0,6	- 1,3	- 2,3	- 1,1	- 0,8	- 1,5	- 0,9	- 0,6	- 0,6	- 0,6
2	dav. Tarifliche Wochenarbeitszeit	%	- 0,2	- 0,4	- 1,3	- 0,5	- 0,6	- 1,2	- 0,4	- 0,2	- 0,2	- 0,2
3	Tariflicher Urlaub	%	- 0,6	- 0,6	- 0,3	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,1
4	Freiwillige Teilzeit	%	+ 0,6	- 0,4	- 0,8	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 0,5	- 0,3	- 0,3	- 0,3
5	Erziehungsurlaub	%	- 0,5	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,2	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0
6	<b>Konjunktur</b>	%	+ 13,1	+ 2,4	+ 0,8	- 0,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,3	- 0,5	- 0,1	+ 0,2
7	dav. Kurzarbeit	%	+ 12,0	+ 2,0	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,2	- 0,4	- 0,1	+ 0,1
8	Mehrarbeitsstunden	%	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1
9	Akzeptierte Teilzeit	%	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
10	<b>Sonstiges</b>	%	+ 0,5	- 0,4	+ 0,1	- 0,5	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0
11	dav. Krankenstand	%	+ 0,5	- 0,2	- 0,1	- 0,5	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,0
12	Schlechtwetter	%	- 0,1	- 0,2	+ 0,2	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0
13	Tarifaueinandersetzungen	%	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0
14	<b>Tägliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer</b>	%	+ 13,1	+ 0,8	- 1,4	- 1,7	- 0,8	- 0,5	- 0,5	- 1,0	- 0,6	- 0,3
15	<b>Arbeitstageeffekt</b>	%	+ 1,5	+ 0,4	- 0,7	- 0,5	+ 0,1	- 0,5	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8
16	<b>Jährliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer</b>	%	+ 14,7	+ 1,2	- 2,1	- 2,2	- 0,7	- 1,0	+ 0,6	- 0,2	+ 0,2	+ 0,4
17	<b>Jährliche Arbeitszeit der Selbständigen und Mithelfenden</b>	%	+ 3,2	+ 2,1	- 1,3	- 0,9	- 0,1	- 0,2	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8
18	<b>Jährliche Arbeitszeit der Erwerbstätigen</b>	%	+ 14,4	+ 1,6	- 1,9	- 2,0	- 0,6	- 0,7	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,6

\*) Zeile 1-13: Veränderung der jeweiligen Komponente (in Arbeitsstunden) in % der Jahresarbeitszeit je Arbeitnehmer im Vorjahr  
 Zeile 14-18: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Quelle: Berechnungen des IAB

**Tabelle 5a: Entlastung des Arbeitsmarkts durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit in Westdeutschland**

– Personen in 1000 –

**A. Inanspruchnahme**

Kurzarbeit	56	145	283	767	275	128	206	133	116	83	50	76	81	100
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	41	47	41	54	30	44	7	3	17	-	-	3	5	5
Beschäftigungschaffende Maßnahmen	83	83	78	51	58	72	76	68	59	65	75	84	71	83
Allgemeine ABM 2)	83	83	78	51	58	70	70	59	51	54	62	68	59	70
Strukturanpassungsmaßnahmen 3)	0	0	0	0	0	2	6	8	8	11	13	15	12	13
Ohne LKZ für Wirtschaftsunternehm.	0	0	0	0	0	2	6	8	8	10	10	11	10	9
LKZ für Wirtschaftsunternehmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	3	5	2	4
Förd. d. berufl. Weiterbildung (FbW) 5)	194	213	225	214	203	231	248	201	159	174	178	204	179	208
Reha 6)	43	49	55	54	40	38	39	37	34	35	34	36	35	34
Teilnehmer an Sprachlehrgängen	88	60	41	44	40	37	34	27	24	22	20	22	22	21
Vorruhestandsgeld 7)	36	23	12	6	3	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Altersübergangsgeld 8)	0	0	1	2	3	2	2	1	0	0	0	0	0	0
Altersteilzeit (AtG)	0	0	0	0	0	0	0	2	4	6	7	9	6	19
<b>Summe</b>	<b>541</b>	<b>620</b>	<b>736</b>	<b>1191</b>	<b>651</b>	<b>552</b>	<b>612</b>	<b>471</b>	<b>414</b>	<b>384</b>	<b>364</b>	<b>433</b>	<b>399</b>	<b>470</b>
Außerdem: Personen nach §428 SGB III	63	63	82	127	139	146	139	130	115	111	109	110	111	105
<b>Insgesamt</b>	<b>604</b>	<b>683</b>	<b>819</b>	<b>1318</b>	<b>790</b>	<b>698</b>	<b>751</b>	<b>601</b>	<b>529</b>	<b>495</b>	<b>473</b>	<b>543</b>	<b>510</b>	<b>575</b>

**B. Beschäftigungsäquivalent**

Kurzarbeit	20	43	88	228	89	48	74	55	51	36	24	33	36	42
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	27	31	27	36	20	29	7	3	17	-	-	3	5	5
Beschäftigungschaffende Maßnahmen	117	116	109	71	81	100	106	94	81	88	100	109	95	109
Allgemeine ABM 2)	117	116	109	71	81	98	97	82	71	75	86	95	81	97
Strukturanpassungsmaßnahmen 3)	0	0	0	0	0	2	9	12	11	13	15	15	13	12
Ohne LKZ für Wirtschaftsunternehm.	0	0	0	0	0	2	9	12	11	13	15	15	13	12
LKZ für Wirtschaftsunternehmen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Förd. d. berufl. Weiterbildung (FbW) 5)	194	213	225	214	203	231	248	201	159	174	178	204	179	208
Reha 6)	43	49	55	54	40	38	39	37	34	35	34	36	35	34
Teilnehmer an Sprachlehrgängen	88	60	41	44	40	37	34	27	24	22	20	22	22	21
Vorruhestandsgeld 7)	36	23	12	6	3	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Altersübergangsgeld 8)	0	0	1	2	3	2	2	1	0	0	0	0	0	0
Altersteilzeit (AtG)	0	0	0	0	0	0	0	1	2	3	3	4	3	10
<b>Summe</b>	<b>525</b>	<b>536</b>	<b>559</b>	<b>655</b>	<b>478</b>	<b>486</b>	<b>510</b>	<b>418</b>	<b>369</b>	<b>357</b>	<b>360</b>	<b>411</b>	<b>374</b>	<b>428</b>
Außerdem: Personen nach §428 SGB III	63	63	82	127	139	146	139	130	115	111	109	110	111	105
<b>Insgesamt</b>	<b>588</b>	<b>599</b>	<b>641</b>	<b>781</b>	<b>618</b>	<b>632</b>	<b>649</b>	<b>547</b>	<b>484</b>	<b>468</b>	<b>468</b>	<b>521</b>	<b>486</b>	<b>533</b>

**C. Entlastung der Arbeitslosenzahl**

Kurzarbeit	13	29	59	152	60	32	50	37	34	24	16	22	24	28
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	27	31	27	36	20	29	7	3	17	-	-	3	5	5
Beschäftigungschaffende Maßnahmen	106	105	99	64	73	91	96	85	74	80	91	99	86	99
Allgemeine ABM 2)	106	105	99	64	73	89	88	75	64	68	78	86	74	88
Strukturanpassungsmaßnahmen 3)	0	0	0	0	0	2	8	11	10	12	13	13	12	11
Ohne LKZ für Wirtschaftsunternehm.	0	0	0	0	0	2	8	11	10	12	13	13	12	11
LKZ für Wirtschaftsunternehmen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Förd. d. berufl. Weiterbildung (FbW) 5)	172	189	198	187	183	220	240	194	154	168	173	198	173	201
Reha 6)	33	37	42	41	31	30	31	30	28	29	28	29	28	27
Teilnehmer an Sprachlehrgängen	88	60	41	44	40	37	34	27	24	22	20	22	22	21
Vorruhestandsgeld 7)	36	23	12	6	3	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Altersübergangsgeld 8)	0	0	1	2	3	2	2	1	0	0	0	0	0	0
Altersteilzeit (AtG)	0	0	0	0	0	0	0	1	2	3	3	4	3	10
<b>Summe</b>	<b>476</b>	<b>475</b>	<b>480</b>	<b>532</b>	<b>412</b>	<b>442</b>	<b>460</b>	<b>377</b>	<b>333</b>	<b>325</b>	<b>330</b>	<b>377</b>	<b>341</b>	<b>391</b>
Außerdem: Personen nach §428 SGB III	63	63	82	127	139	146	139	130	115	111	109	110	111	105
<b>Insgesamt</b>	<b>539</b>	<b>538</b>	<b>562</b>	<b>659</b>	<b>552</b>	<b>588</b>	<b>598</b>	<b>507</b>	<b>448</b>	<b>436</b>	<b>439</b>	<b>487</b>	<b>452</b>	<b>496</b>

\*) Schätzung des IAB in Anlehnung an den Haushalt der BA

1) Bis 1995 Schlechtwettergeld, ab 1996 Winterausfallgeld nach § 81 ff AFG; ab 1998 Winterausfallgeld nach § 214 SGB III.

Aus dem von den Betrieben angezeigten witterungsbedingten Arbeitsausfall wird eine entsprechende Zahl von „Vollzeitbeschäftigten“ errechnet.

Die Inanspruchnahme im Sinne der durchschnittlichen Zahl der Bauarbeiter ist statistisch nicht belegt.

2) Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung; 1993 einschließlich ABM-Stabil.progr. des Bundes

3) §§ 272-279, 415 SGB III, bis Ende 1997 produktive Arbeitsförderung (Lohnkostenzuschüsse) nach § 249 h AFG.

4) Bei LKZ für Wirtschaftsunternehmen [Ausnahmeregelung für Berlin (West)] derzeit keine Quantifizierung möglich

5) Ohne Einarbeitung; bis 1992 einschl. Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten (§ 41a AFG).

6) Rehabilitanden in berufl. fördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung

7) Vorruhestandsfälle mit Zuschuß zum Vorruhestandsgeld (aus Haushaltsmitteln der BA).

8) Einschl. der aus dem Bundeshaushalt zu finanzierenden Empfänger; Altersübergangsgeld im Westen ist durch Umzüge bedingt

9) 58jährige und ältere Empf. von Alg, Alhi, Egg und Eghi, die der Arbeitsvermittlung nicht mehr zur Verfügung stehen (bis Ende 1997 § 105c AFG).

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IAB

**Tabelle 5b: Entlastung des Arbeitsmarkts durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit in Ostdeutschland**

– Personen in 1000 –

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998				1998	1999*
	Jahr	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Jahr	Jahr							

**A. Inanspruchnahme**

Kurzarbeit	758	1616	370	181	97	71	71	50	47	39	25	25	34	50
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	-	3	6	18	9	16	3	0	6	-	-	0	2	2
Beschäftigungschaffende Maßnahmen	3	183	388	260	281	312	278	235	194	265	376	434	317	370
Allgemeine ABM 2)	3	183	388	237	193	206	191	154	81	113	188	226	152	170
Strukturanpassungsmaßnahmen 3)	0	0	0	22	88	107	86	80	113	152	188	208	165	200
Ohne LKZ für Wirtschaftsunternehm.	0	0	0	22	88	107	86	64	41	45	51	55	48	50
LKZ für Wirtschaftsunternehmen	0	0	0	0	0	0	0	16	72	106	137	153	117	150
Förd. d. berufl. Weiterbildung (FbW) 5)	6	152	383	311	217	219	207	160	124	141	155	176	149	157
Reha 6)	0	1	4	5	4	4	5	6	6	6	7	8	7	6
Teilnehmer an Sprachlehrgängen	0	0	2	5	6	6	7	8	7	7	6	6	6	6
Vorruhestandsgeld 7)	180	365	295	214	126	33	0	0	0	0	0	0	0	0
Altersübergangsgeld 8)	10	189	516	639	524	341	186	58	2	2	1	1	1	0
Altersteilzeit (AtG)	0	0	0	0	0	0	0	1	2	2	2	3	2	7
<b>Summe</b>	<b>957</b>	<b>2509</b>	<b>1964</b>	<b>1633</b>	<b>1263</b>	<b>1002</b>	<b>756</b>	<b>516</b>	<b>387</b>	<b>462</b>	<b>571</b>	<b>653</b>	<b>518</b>	<b>598</b>
Außerdem: Personen nach §428 SGB III	0	0	1	1	2	7	30	79	97	93	89	91	93	90
<b>Insgesamt</b>	<b>957</b>	<b>2509</b>	<b>1964</b>	<b>1633</b>	<b>1266</b>	<b>1009</b>	<b>785</b>	<b>596</b>	<b>485</b>	<b>555</b>	<b>660</b>	<b>744</b>	<b>611</b>	<b>688</b>

**B. Beschäftigungsäquivalent**

Kurzarbeit	341	898	194	85	46	40	38	25	23	19	13	13	17	24
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	-	2	4	12	6	11	3	0	6	-	-	0	2	2
Beschäftigungschaffende Maßnahmen	5	257	543	364	379	419	380	298	163	210	311	366	262	287
Allgemeine ABM 2)	5	257	543	333	257	270	259	208	105	146	240	289	195	217
Strukturanpassungsmaßnahmen 3)	0	0	0	31	123	149	121	89	57	64	71	77	67	70
Ohne LKZ für Wirtschaftsunternehm.	0	0	0	31	123	149	121	89	57	64	71	77	67	70
LKZ für Wirtschaftsunternehmen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Förd. d. berufl. Weiterbildung (FbW) 5)	6	152	383	311	217	219	207	160	124	141	155	176	149	157
Reha 6)	0	1	4	5	4	4	5	6	6	6	7	8	7	6
Teilnehmer an Sprachlehrgängen	0	0	2	5	6	6	7	8	7	7	6	6	6	6
Vorruhestandsgeld 7)	180	365	295	214	126	33	0	0	0	0	0	0	0	0
Altersübergangsgeld 8)	10	189	516	639	524	341	186	58	2	2	1	1	1	0
Altersteilzeit (AtG)	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	1	2	1	4
<b>Summe</b>	<b>542</b>	<b>1864</b>	<b>1941</b>	<b>1634</b>	<b>1308</b>	<b>1072</b>	<b>825</b>	<b>555</b>	<b>331</b>	<b>385</b>	<b>493</b>	<b>571</b>	<b>445</b>	<b>485</b>
Außerdem: Personen nach §428 SGB III	0	0	1	1	2	7	30	79	97	93	89	91	93	90
<b>Insgesamt</b>	<b>542</b>	<b>1864</b>	<b>1941</b>	<b>1635</b>	<b>1311</b>	<b>1078</b>	<b>855</b>	<b>634</b>	<b>428</b>	<b>478</b>	<b>582</b>	<b>662</b>	<b>538</b>	<b>575</b>

**C. Entlastung der Arbeitslosenzahl**

Kurzarbeit	341	898	189	75	39	30	29	19	17	14	10	10	13	18
Schlechtwettergeld, Winterausfallgeld 1)	-	2	4	12	6	11	3	0	6	-	-	0	2	2
Beschäftigungschaffende Maßnahmen	5	257	540	352	363	392	355	279	153	197	294	346	247	271
Allgemeine ABM 2)	5	257	540	322	246	253	242	195	99	138	227	274	185	206
Strukturanpassungsmaßnahmen 3)	0	0	0	30	117	138	112	83	53	59	66	72	63	65
Ohne LKZ für Wirtschaftsunternehm.	0	0	0	30	117	138	112	83	53	59	66	72	63	65
LKZ für Wirtschaftsunternehmen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Förd. d. berufl. Weiterbildung (FbW) 5)	6	152	383	305	214	216	205	158	123	140	154	175	148	156
Reha 6)	0	1	4	4	3	4	5	5	5	6	6	7	6	6
Teilnehmer an Sprachlehrgängen	0	0	2	5	6	6	7	8	7	7	6	6	6	6
Vorruhestandsgeld 7)	180	365	295	214	126	33	0	0	0	0	0	0	0	0
Altersübergangsgeld 8)	10	189	516	639	524	341	186	58	2	2	1	1	1	0
Altersteilzeit (AtG)	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	1	2	1	4
<b>Summe</b>	<b>542</b>	<b>1864</b>	<b>1933</b>	<b>1607</b>	<b>1282</b>	<b>1032</b>	<b>788</b>	<b>528</b>	<b>315</b>	<b>367</b>	<b>472</b>	<b>546</b>	<b>425</b>	<b>461</b>
Außerdem: Personen nach §428 SGB III	0	0	1	1	2	7	30	79	97	93	89	91	93	90
<b>Insgesamt</b>	<b>542</b>	<b>1864</b>	<b>1933</b>	<b>1608</b>	<b>1284</b>	<b>1038</b>	<b>817</b>	<b>607</b>	<b>412</b>	<b>460</b>	<b>560</b>	<b>637</b>	<b>517</b>	<b>551</b>

\*) Schätzung des IAB in Anlehnung an den Haushalt der BA

1) Bis 1995 Schlechtwettergeld, ab 1996 Winterausfallgeld nach § 81 ff AFG; ab 1998 Winterausfallgeld nach § 214 SGB III.

Aus dem von den Betrieben angezeigten witterungsbedingten Arbeitsausfall wird eine entsprechende Zahl von „Vollzeitbeschäftigten“ errechnet.

Die Inanspruchnahme im Sinne der durchschnittlichen Zahl der Bauarbeiter ist statistisch nicht belegt.

2) Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung; 1993 einschließlich ABM-Stabil.progr. des Bundes

3) §§ 272-279, 415 SGB III, bis Ende 1997 produktive Arbeitsförderung (Lohnkostenzuschüsse) nach § 242 s AFG.

4) Bei LKZ für Wirtschaftsunternehmen derzeit keine Quantifizierung möglich

5) Ohne Einarbeitung; bis 1992 einschl. Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten (§ 41a AFG).

6) Rehabilitanden in berufsfördernden Maßnahmen mit dem Ziel der Wiedereingliederung sowie in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung

7) Das Vorruhestandsgeld Ost wird aus Haushaltsmitteln des Bundes getragen

8) Einschl. der aus dem Bundeshaushalt zu finanzierenden Empfänger

9) 58jährige und ältere Empfänger von Alg, Alhi, Egg und Eghi, die der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung stehen (bis Ende 1997 § 105c AFG).

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IAB

Tabelle 6: Zur Entwicklung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen

	Wirt- schaft ins- gesamt	Land- und Forst- wirtsch.	Warenproduzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr			Dienstleistungsunternehmen			Staat, Private Haushalte 1)		
			Zu- sammen	Energie, Bergbau	Verar- beitendes Gewerbe	Bau- gewerbe	Zu- sammen	Handel	Verkehr, Nach- richten	Zu- sammen	Kredit, Ver- sicherung	Sonstige Dienst- leistungen	Zu- sammen	Staat	Private Haushalte 1)
<b>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000</b>															
<b>Westdeutschland</b>															
1990	+ 821	- 33	+ 312	- 6	+ 240	+ 78	+ 156	+ 126	+ 30	+ 302	+ 42	+ 260	+ 84	+ 32	+ 52
1991	+ 710	- 25	+ 141	- 6	+ 128	+ 19	+ 233	+ 174	+ 59	+ 298	+ 27	+ 271	+ 63	+ 2	+ 61
1992	+ 268	- 40	- 144	- 9	- 158	+ 23	+ 111	+ 91	+ 20	+ 261	+ 22	+ 239	+ 80	+ 22	+ 58
1993	- 455	- 48	- 540	- 10	- 531	+ 1	- 47	- 18	- 29	+ 169	+ 13	+ 156	+ 11	- 27	+ 38
1994	- 346	- 42	- 425	- 11	- 424	+ 10	- 77	- 42	- 35	+ 178	+ 4	+ 174	+ 20	- 27	+ 47
1995	- 192	- 39	- 206	- 15	- 175	- 16	- 88	- 39	- 49	+ 166	- 11	+ 177	- 25	- 65	+ 40
1996	- 308	- 50	- 351	- 12	- 244	- 95	- 79	- 29	- 50	+ 170	- 10	+ 180	+ 2	- 46	+ 48
1997	- 272	- 33	- 290	- 20	- 176	- 94	- 57	- 13	- 44	+ 125	- 10	+ 135	- 17	- 44	+ 27
1998	+ 31	- 28	- 74	- 12	- 18	- 44	- 25	- 8	- 17	+ 223	- 1	+ 224	- 65	- 72	+ 7
<b>Ostdeutschland</b>															
1990	- 927	- 195	- 441	- 13	- 428	± 0	- 108	- 76	- 32	+ 65	+ 12	+ 53	- 248	- 153	- 95
1991	- 1499	- 327	- 956	- 104	- 929	+ 77	- 164	- 73	- 91	+ 248	+ 13	+ 235	- 300	- 383	+ 83
1992	- 934	- 172	- 705	- 57	- 743	+ 95	- 95	- 37	- 58	+ 79	+ 8	+ 71	- 41	- 78	+ 37
1993	- 168	- 49	- 111	- 34	- 196	+ 119	- 17	+ 10	- 27	+ 100	+ 4	+ 96	- 91	- 104	+ 33
1994	+ 111	- 6	+ 36	- 23	- 60	+ 119	+ 6	+ 32	- 26	+ 112	± 0	+ 112	- 37	- 73	+ 16
1995	+ 66	- 3	+ 28	- 10	- 15	+ 53	- 14	+ 9	- 23	+ 83	± 0	+ 83	- 28	- 50	+ 22
1996	- 129	- 11	- 88	- 16	- 32	- 40	- 24	- 3	- 21	+ 35	- 1	+ 36	- 41	- 43	+ 2
1997	- 189	± 0	- 87	- 9	- 14	- 64	- 21	- 6	- 15	- 4	- 1	- 3	- 77	- 66	- 11
1998	- 23	+ 1	- 41	- 6	+ 14	- 49	- 11	- 1	- 10	+ 55	+ 2	+ 53	- 27	- 30	+ 3
<b>Deutschland</b>															
1990	- 106	- 228	- 129	- 19	- 188	+ 78	+ 48	+ 50	- 2	+ 367	+ 54	+ 313	- 164	- 121	- 43
1991	- 789	- 352	- 815	- 110	- 801	+ 96	+ 69	+ 101	- 32	+ 546	+ 40	+ 506	- 237	- 381	+ 144
1992	- 666	- 212	- 849	- 66	- 901	+ 118	+ 16	+ 54	- 38	+ 340	+ 30	+ 310	+ 39	- 56	+ 95
1993	- 623	- 97	- 651	- 44	- 727	+ 120	- 64	- 8	- 56	+ 269	+ 17	+ 252	- 80	- 131	+ 51
1994	- 235	- 48	- 389	- 34	- 484	+ 129	- 71	- 10	- 61	+ 290	+ 4	+ 286	- 17	- 100	+ 83
1995	- 126	- 42	- 178	- 25	- 190	+ 37	- 102	- 30	- 72	+ 249	- 11	+ 260	- 53	- 115	+ 62
1996	- 437	- 61	- 439	- 28	- 276	- 135	- 103	- 32	- 71	+ 205	- 11	+ 216	- 39	- 89	+ 50
1997	- 461	- 33	- 377	- 29	- 190	- 158	- 78	- 19	- 59	+ 121	- 11	+ 132	- 94	- 110	+ 16
1998	+ 8	- 27	- 115	- 18	- 4	- 93	- 36	- 9	- 27	+ 278	+ 1	+ 277	- 92	- 102	+ 10

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Einschließlich Private Organisationen ohne Erwerbszweck

Tabelle 7: Bauinvestitionen (in Preisen von 1991) in der Bundesrepublik Deutschland

	1995	1996	1997	1998	1995	1996	1997	1998	1995	1996	1997	1998
	Mrd. DM				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteile in %			
<b>Bundesgebiet West</b>												
Wohnungsbau	167,3	163,5	162,0	158,6	- 2,5	- 2,3	- 0,9	- 2,1	56,5	57,3	57,9	58,3
Wirtschaftsbau	87,3	83,2	82,3	79,6	- 0,9	- 4,7	- 1,1	- 3,3	29,5	29,1	29,4	29,3
Öffentlicher Bau	41,4	38,8	35,3	34,0	- 5,1	- 6,4	- 9,0	- 3,7	14,0	13,6	12,6	12,5
Bau insgesamt	296,0	285,5	279,6	272,0	- 2,5	- 3,5	- 2,1	- 2,7	100	100	100	100
<b>Bundesgebiet Ost</b>												
Wohnungsbau	47,6	50,2	50,1	45,3	+ 13,7	+ 5,4	- 0,2	- 9,5	42,1	45,4	46,9	46,3
Wirtschaftsbau	44,6	39,3	38,0	33,9	- 0,7	- 10,2	- 3,3	- 10,8	39,5	35,5	35,6	34,6
Öffentlicher Bau	20,9	20,5	18,6	18,6	- 9,6	- 2,0	- 9,3	+ 0,1	18,5	18,5	17,4	19,0
Bau insgesamt	113,0	110,6	106,8	97,9	+ 2,9	- 2,1	- 3,4	- 8,3	100	100	100	100
<b>Deutschland</b>												
Wohnungsbau	214,9	213,7	212,1	204,1	+ 0,6	- 0,5	- 0,7	- 3,8	52,5	54,0	54,9	55,1
Wirtschaftsbau	131,9	122,5	120,3	113,4	- 0,8	- 6,5	- 2,4	- 5,7	32,2	30,9	31,1	30,6
Öffentlicher Bau	62,3	59,3	53,9	52,6	- 6,7	- 5,0	- 9,0	- 2,4	15,2	15,0	13,9	14,2
Bau insgesamt	409,0	396,1	386,4	370,1	- 1,0	- 3,1	- 2,5	- 4,2	100	100	100	100

Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand Januar 1999

**Tabelle 8a: Personal im Öffentlichen Dienst  
(jeweils Jahresmitte, Personen in 1000)**

	West				Ost				Zusammen						
	1991	1995	1996	1997	1998	1991	1995	1996	1997	1998	1991	1995	1996	1997	1998
Unmittelbarer Öffentlicher Dienst 1)	3.894,1	3.748,8	3.688,1	3.641,6	3.579,6	1.381,3	1.052,5	1.014,3	969,4	942,1	5.275,4	4.799,5	4.702,4	4.611,0	4.521,7
Bund 2)	567,1	469,2	456,1	449,7	436,6	84,9	77,1	77,1	76,6	79,4	652,0	546,3	533,2	526,3	516,0
Länder	1.937,5	1.925,6	1.910,2	1.889,5	1.863,9	634,5	527,8	519,7	512,4	498,1	2.572,0	2.451,6	2.429,9	2.401,9	2.362,0
Kommunen 3)	1.389,5	1.354,0	1.321,8	1.302,4	1.279,1	661,9	447,6	417,5	380,4	364,6	2.051,4	1.801,6	1.739,3	1.682,8	1.643,7
Mittelbarer Öffentlicher Dienst	277,2	363,7	375,8	368,1	369,6	47,8	86,2	86,8	82,4	80,2	325,0	449,9	462,6	450,5	449,8
darunter Sozialversicherungsträger	206,7	220,2	222,5	.	.	27,4	46,6	46,1	.	.	234,1	266,8	268,6	.	.
Bundesanstalt für Arbeit	68,7	69,4	63,4	67,5	.	20,5	27,0	27,8	24,9	.	89,2	96,4	91,2	92,4	.
Träger der Zusatzversorgung Öffentlicher Dienst	1,8	1,5	1,5	.	.	-	-	-	.	.	1,8	1,5	1,5	.	.
zusammen	4.171,3	4.112,5	4.063,9	4.009,7	3.949,2	1.429,1	1.138,7	1.101,1	1.051,8	1.022,3	5.600,4	5.249,4	5.165,0	5.061,5	4.971,5
nachrichtlich:															
Bevölkerungszahl	64.036	66.140	66.431	66.652	66.689	15.912	15.503	15.451	15.409	15.335	79.948	81.643	81.882	82.061	82.024

1) ohne Bundesbahn/Reichsbahn (ab Anfang 1994 zur Deutschen Bahn AG privatisiert), ohne Bundespost (ab Anfang 1995 in drei Unternehmensteile privatisiert)

2) einschl. Soldaten, ohne Grundwehrendienstleistende

3) Gemeinden, Gemeindeverbände, kommunale Zweckverbände

Quelle: Berechnung nach Daten der Personalstandsstatistik (Statistisches Bundesamt)

**Tabelle 8b: Vollzeitbeschäftigte im unmittelbaren Öffentlichen Dienst  
(jeweils Jahresmitte, Personen in 1000)**

	West				Ost				West		Ost			
	1991	1995	1996	1997	1998 <sup>2)</sup>	1991	1995	1996	1997	1998 <sup>2)</sup>	Je 10 000 Einwohner			
											1991	1998	1991	1998
Bund 1)	544,7	445,7	432,2	424,2	417	84,1	75,9	75,7	75,3	73	85	63	53	48
Länder	1532,6	1500,0	1472,8	1449,4	1424	596,4	438,3	435,8	441,6	429	239	213	375	280
Kommunen	1058,0	1004,1	968,2	949,5	933	573,3	329,3	316,3	281,1	274	165	140	360	179
Zusammen	3135,3	2949,9	2873,2	2823,1	2774	1253,8	843,8	827,8	798,0	776	489	416	788	507

1) ohne Grundwehrendienstleistende, ohne Bundesbahn/Reichsbahn, ohne Bundespost

2) IAB-Schätzung

Quelle: Berechnung nach Daten der Personalstandsstatistik (Statistisches Bundesamt)

Tabelle 9: Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer, Teilzeitquoten (Inlandskonzept)

Jahres- durchschnitte	Beschäftigte Arbeitnehmer	davon		Teilzeitquoten
		Vollzeit	Teilzeit	

**Westdeutschland**

	Personen in 1000			in %
1991	26.136	22.027	4.109	15,7
1992	26.390	22.157	4.233	16,0
1993	25.931	21.525	4.406	17,0
1994	25.570	21.054	4.516	17,7
1995	25.365	20.749	4.616	18,2
1996	25.052	20.357	4.695	18,7
1997 1)	24.770	19.838	4.932	19,9
1998 1)	24.785	19.679	5.106	20,6
1999 2)	24.825	19.537	5.288	21,3

	Veränderung in 1000			in %-Punkten
1997 / 1998 1)	+ 15	- 159	+ 174	+ 0,7
1998 / 1999 2)	+ 40	- 142	+ 182	+ 0,7
1991 - 1998	- 1.351	- 2.348	+ 997	+ 4,9

**Ostdeutschland**

	Personen in 1000			in %
1991	6.950	6.331	619	8,9
1992	5.969	5.539	430	7,2
1993	5.757	5.285	472	8,2
1994	5.829	5.208	621	10,7
1995	5.881	5.236	645	11,0
1996	5.749	5.120	629	10,9
1997 1)	5.544	4.939	605	10,9
1998 1)	5.498	4.849	649	11,8
1999 2)	5.453	4.771	682	12,5

	Veränderung in 1000			in %-Punkten
1997 / 1998 1)	- 46	- 90	+ 44	+ 0,9
1998 / 1999 2)	- 45	- 78	+ 33	+ 0,7
1991 - 1998	- 1.452	- 1.482	+ 30	+ 2,9

**Deutschland**

	Personen in 1000			in %
1991	33.086	28.359	4.727	14,3
1992	32.359	27.696	4.663	14,4
1993	31.688	26.810	4.878	15,4
1994	31.399	26.262	5.137	16,4
1995	31.246	25.984	5.262	16,8
1996	30.801	25.477	5.324	17,3
1997 1)	30.314	24.777	5.537	18,3
1998 1)	30.283	24.529	5.754	19,0
1999 2)	30.278	24.309	5.969	19,7

	Veränderung in 1000			in %-Punkten
1997 / 1998 1)	- 31	- 249	+ 218	+ 0,7
1998 / 1999 2)	- 5	- 220	+ 215	+ 0,7
1991 - 1998	- 2.780	- 3.830	+ 1.027	+ 4,7

1) vorläufig

2) Schätzung/Prognose (Variante II)

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IAB

Tabelle 10: Teilzeitquoten (%) der Arbeitnehmer nach wirtschaftsfachlicher Gliederung

	Westdeutschland						Ostdeutschland				
	1981	1991	1995 *)	1996	1997	1998	1991	1995 *)	1996	1997	1998
<b>Land- und Forstwirtschaft</b>	10,3	13,4	16,3	16,0	17,9	17,5	5,8	11,2	5,9	5,7	6,2
<b>Warenproduzierendes Gewerbe</b>	5,9	7,0	8,0	8,2	8,7	9,2	5,7	3,6	3,2	3,8	4,3
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	6,6	7,5	8,6	8,8	9,3	9,7	6,8	5,1	4,8	5,7	5,9
Energie- und Wasserversorgung	2,0	3,3	4,9	5,1	5,9	5,5	4,2	.	.	.	3,1
Baugewerbe	3,4	5,5	6,3	6,5	6,9	7,8	2,8	2,4	2,1	2,3	2,7
<b>Handel, Gastgewerbe und Verkehr 1)</b>	17,3	22,0	22,8	24,1	25,7	26,4	13,7	14,1	15,2	16,9	17,9
Handel und Gastgewerbe 1)	22,5	27,8	26,4	27,6	29,7	30,5	18,4	17,9	19,1	20,9	21,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	7,7	10,9	12,4	13,4	13,9	14,2	8,1	5,8	5,3	6,4	7,2
<b>Sonstige Dienstleistungen 2)</b>	15,4	21,9	24,1	24,2	25,5	26,1	11,2	16,1	13,4	14,1	15,0
Kredit- und Versicherungsgewerbe 3)	11,1	14,6	15,5	15,1	16,2	16,8	9,0	6,6	6,8	6,8	8,5
Grundstückswesen, Dienstl. f. Unternehm.	.	.	26,9	27,4	28,5	28,3	.	15,6	15,4	16,3	18,6
Öffentliche Verwaltung u. ä.	.	.	14,0	13,4	14,4	14,5	.	10,5	6,3	6,7	5,7
Öffentl. u. private Dienstleistungen	.	.	30,5	30,5	31,7	32,8	.	20,5	17,9	18,6	19,4
<b>Wirtschaft insgesamt</b>	11,1	15,4	17,6	18,2	19,3	20,0	8,9	11,0	10,0	10,9	11,8

\*) ab 1995 neue Systematik „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993)“;

Vergleichbarkeit mit den Jahren vorher eingeschränkt

1) Vor 1995 ohne Gastgewerbe

2) Vor 1995 einschließlich Gastgewerbe

3) Vor 1995 ohne Kredit- und Versicherungshilfsgewerbe

Quelle: Mikrozensusergebnisse (Selbsteinschätzung)

Tabelle 11: Abhängig Erwerbstätige nach normalerweise geleisteter Wochenarbeitszeit (Teilzeit)

Wochenstunden	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
	Entwicklung 1991 = 100						

#### Westdeutschland

1 - 5 Stunden	100,0	118,9	114,0	114,4	139,2	171,0	195,8
6 - 10 Stunden	100,0	111,7	113,8	117,7	129,3	149,1	164,2
11 - 15 Stunden	100,0	108,2	107,8	109,6	121,3	133,2	146,6
16 - 20 Stunden	100,0	104,8	108,8	111,0	112,0	112,5	116,2
21 - 25 Stunden	100,0	100,6	103,0	101,7	101,3	101,0	103,4
26 - 30 Stunden	100,0	102,8	105,5	107,4	106,3	111,9	117,7
31 - 34 Stunden	100,0	111,3	114,3	109,5	119,8	.	.
35 - 36 Stunden *)	100,0	106,0	100,9	107,3	.	.	.
<b>Zusammen</b>	100,0	105,6	108,0	109,5	112,3	116,0	122,9

#### Ostdeutschland

1 - 5 Stunden	.	.	.	.	.	.	.
6 - 10 Stunden	100,0	87,9	104,0	136,4	287,9	386,9	589,9
11 - 15 Stunden	100,0	94,6	73,1	126,2	180,8	255,4	369,2
16 - 20 Stunden	100,0	76,7	86,1	99,4	117,3	134,6	151,9
21 - 25 Stunden	100,0	62,9	73,1	79,7	77,3	80,1	82,3
26 - 30 Stunden	100,0	69,7	71,7	88,4	99,5	97,2	104,6
31 - 34 Stunden	100,0	56,2	63,7	236,1	300,5	.	.
35 - 36 Stunden *)	100,0	59,3	63,8	72,3	.	.	.
<b>Zusammen</b>	100,0	67,9	73,1	98,4	106,3	92,5	106,5

\*) Ab 1995 vom Statistischen Bundesamt nicht mehr als Teilzeitarbeit eingestuft

Quelle: Mikrozensus

**Tabelle 12: Normalerweise von teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmern geleistete Wochenarbeitszeit und Teilzeitquoten in den EU-Ländern**

	Wochenarbeitszeit		Teilzeitquoten	
	1992	1997	1992	1997
	Stunden		%	
Niederlande	18,0	18,9	34,2	38,4
Großbritannien	17,4	18,0	24,0	25,3
Dänemark	18,7	19,0	23,4	23,6
Deutschland	20,0	18,5	14,2	17,6
- West	19,6	17,9	16,0	18,2
- Ost	25,0	22,3	7,2	10,9
Frankreich	22,1	22,6	12,9	17,6
Belgien	20,7	21,6	14,0	16,8
Irland	18,5	18,4	10,0	13,7
Portugal	24,5	21,6	4,3	5,3
Spanien	18,5	18,0	5,0	8,1
Italien	26,4	23,7	5,5	7,0
Griechenland	25,5	21,4	3,6	3,4
Luxemburg	20,0	19,8	6,8	8,5
EU 12	19,5	•	14,7	17,2
Finnland	•	20,7	8,3	10,9
Schweden	•	23,9	24,0	25,2
Österreich	•	22,4	9,0	14,8
EU 15	•	19,7	15,9	17,7

Quelle: Arbeitskräftestichprobe der EU

**Tabelle 13: Arbeitszeitwünsche der beschäftigten Arbeitnehmer 1997**

Gewünschte Wochenarbeitszeit gegenüber der bisherigen		Westdeutschland			Ostdeutschland		
		Beschäftigte Arbeitnehmer					
		Vollzeit	Teilzeit	Zusammen	Vollzeit	Teilzeit	Zusammen
<b>Personen (in %)</b>							
Weniger	Männer	26,5	5,3	25,1	27,2	19,5	27,0
	Frauen	42,3	13,6	29,3	40,8	13,5	33,6
	Zusammen	31,3	12,3	26,9	32,6	14,1	30,1
Gleich	Männer	41,2	31,6	40,6	50,0	35,1	49,6
	Frauen	42,3	46,3	44,1	43,0	33,4	40,5
	Zusammen	41,6	43,9	42,1	47,2	33,6	45,4
Mehr	Männer	32,2	63,1	34,3	22,8	45,5	23,4
	Frauen	15,3	40,1	26,5	16,2	53,1	25,9
	Zusammen	27,1	43,8	31,0	20,2	52,3	24,6
Insgesamt	Männer	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	Frauen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
<b>Gewünschte Veränderung der Wochenarbeitszeit (in Stunden)</b>							
Weniger	Männer	- 8,0	0,0	- 8,0	- 9,2	0,0	- 9,0
	Frauen	- 8,5	- 7,1	- 8,2	- 8,0	- 5,1	- 7,7
	Zusammen	- 8,2	- 7,0	- 8,1	- 8,6	- 5,0	- 8,3
Mehr	Männer	+ 6,8	+ 22,7	+ 8,7	+ 8,0	+ 16,1	+ 8,3
	Frauen	+ 5,6	+ 9,4	+ 8,0	+ 7,2	+ 9,3	+ 8,3
	Zusammen	+ 6,6	+ 12,5	+ 8,5	+ 7,7	+ 9,9	+ 8,3
Insgesamt	Männer	+ 0,1	+ 14,3	+ 1,0	- 0,7	+ 7,3	- 0,5
	Frauen	- 2,7	+ 2,8	- 0,3	- 2,1	+ 4,3	- 0,4
	Zusammen	- 0,8	+ 4,6	+ 0,5	- 1,2	+ 4,5	- 0,5
Ohne Verlängerungswünsche von Vollzeitbeschäftigten	Männer	- 2,1	+ 14,3	- 1,0	- 2,5	+ 7,3	- 2,2
	Frauen	- 3,6	+ 2,8	- 0,7	- 3,3	+ 4,3	- 1,3
	Zusammen	- 2,6	+ 4,6	- 0,9	- 2,8	+ 4,5	- 1,8

Quelle: SOEP 1997; vgl. E. Holst, J. Schupp: Erwerbsbeteiligung und Arbeitszeitwünsche 1993 und 1997, in: W. Glatzer, I. Ostner (Hrsg.): Deutschland im Wandel, Opladen 1999; eigene Berechnungen